



universität
wien

MASTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Masterarbeit / Title of the Master's Thesis

„Anhaltelager Wöllersdorf
Berichte der Printmedien von 1933 bis 1938“

verfasst von / submitted by

Franz Gehringer, BA

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Master of Arts (MA)

Wien, 2020 / Vienna 2020

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on
the student record sheet:

A 066 803

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on
the student record sheet:

Masterstudium Geschichte

Betreut von / Supervisor:

Univ.-Prof. Mag. Dr. Dr. Oliver Rathkolb

Diese Arbeit widme ich meiner Gattin Margarete und meinem Sohn Andreas für deren mentale Unterstützung.

Herrn Univ.-Prof. Mag. Dr. Dr. Oliver Rathkolb möchte ich für die Betreuung und der wertvollen Hilfe bei der Erstellung der Arbeit meinen besonderen Dank aussprechen.

Herrn Dr. Gerald Netzl (Bund Sozialdemokratischer FreiheitskämpferInnen) danke ich für die wertvollen Tipps und der Hilfe bei der Korrektur der Arbeit.

Meinen Dank möchte ich auch Frau Dr. Birgit Nagy-Glaser für die zahlreichen Tipps beim Recherchieren und der kritischen formalen Überarbeitung,

Herrn Dr. Johann Stippel (NR. i. R.) und

Frau Mag. Maria Steiner (Kreisky Archiv) für die Unterstützung bei der Recherche zum Mahnmal Wöllersdorf,

Frau Maria Wöhrer (Industrieviertelmuseum Wiener Neustadt), für ihre Hilfe im Archiv und

Herrn Helmut Meitz (Lokalhistoriker in Wöllersdorf) für die zahlreichen Informationen aus seinem Privatarchiv, aussprechen.

INHALTSVERZEICHNIS

_Toc32162319

1. Einleitung	6
2. Typus Lager	8
2.1 Friedliche und freiwillige Lager	9
2.2 Unfreiwillige Lager	9
2.2.1 Concentration Camps /Reconcentración	10
2.2.2 Burenkriege 1900	11
2.2.3 Hereros - Konzentrationslager und Zwangsarbeit	12
2.2.4 Internierungslager	13
2.2.5 Sonderfall: Kein umzäuntes und doch ein Todeslager	15
2.2.6 GULag	16
2.2.7 Konzentrationslager in Europa	18
2.2.8 Zwangsarbeitslager außerhalb Europas.	25
2.2.9 Anhaltelager in Österreich	26
3. Anhaltelager Wöllersdorf	28
3.1 Geschichte Wöllersdorf: vom Raketendörfel bis zum Anhaltelager	28
3.2 Politische Vorgeschichte, der Weg zu den Anhaltelagern in Österreich	28
3.3 Verschiedene Bezeichnungen der Zeit zwischen 1933 und 1938	33
3.4 Widerstand in der Regierung und im Wiener Rathaus	36
3.5 Das Anhaltelager Wöllersdorf in den Ministerratsprotokollen 1933-1938	40
4. Erforschung und Analyse der Printmedien im Kontext zu Wöllersdorf	54
4.1 Einleitung, Kontext	54
4.2 Forschungsthema	54
4.3 Fragestellung	54
4.4 These	54
4.5 Stand der Forschung	55
4.6 Methoden und Theorien	55
5. Analyse von öffentlichen Ansprachen	57
5.1 Trabrennplatzrede	58
5.2 Rede von Gauleiter Bürckel	67
5.3 Interpretation und Vergleich der zwei Analysen:	71
6. Analyse von Zeitungen	72
6.1 Analyse zu Begriff „Wöllersdorf“, „Anhaltelager“ und „AnhaltelagerWöllersdorf“	73
6.2 Arbeiter-Zeitung	75

6.3 Der Kampf	85
6.4 Die Rote Fahne	86
6.5 Neue Freie Presse	89
6.6 Österreichischer Beobachter	92
6.7 Triestingtaler und Piestingtaler Wochenblatt	95
6.8 Metaphernanalyse	98
6.9 Gleichgeschaltung der Presse	110
7. Erinnerungen nach 1945.....	115
7.1 RÜCKBLICKE IN ZEITUNGEN.....	115
7.2 MAHNMAL DES ANHALTELAGERS IN WÖLLERSDORF	118
8. Conclusio	125
9. Anhang	127
10. Abstract	134
11. Quellenverzeichnis	135
11.1 Literatur	135
11.2 Archive	137
11.3 Internetquellen	137

.... Als Vertreter des Heimatschutzes freue ich mich ganz besonders über den autoritären Grundzug der neuen Verfassung.....Nie soll es fürder (sic!) möglich sein, dass es hier endlose Geschäftsordnungsdebatten und Obstruktionsreden gibt....¹

(Eduard Baar Baarenfels (Rede im NÖ Landtag 30.10.1934).

1. EINLEITUNG

Mit dieser Masterarbeit möchte ich mich auf Zeitungsberichte und Formen der Berichterstattung über das Anhaltelager in Wöllersdorf während der Dollfuß-Schuschnigg Diktatur von 1933 bis 1938 konzentrieren. Da die Anhaltelager in Österreich eine Form von Internierungslagern die es Global gab (und gibt) sind, werde ich auch eine Übersicht dieser Lagerarten geben, unter welchen Umständen sie entstanden sind und welche Spezifika sie hatten. Auch möchte ich aufzeigen, in welchen Ländern und unter welchen politischen Bedingungen Konzentrations- und andere Lager errichtet wurden.

Lager im Sinne eines Ortes der Häufung von Menschen gab es schon seit der Antike. Doch wie wurden sie gehalten? Was waren ihre Auswirkungen? Ihre Besonderheiten? Welche Auswirkung hatte die Erfindung des Stacheldrahtes? Wo und unter welchen Umständen entstanden Lager? Was sind „friedliche“ Lager und was verstehe ich unter „unfreiwillige“ Lager? Alle diese Fragen werde ich in kurzer Form beantworten.

Im zweiten Teil der Masterarbeit werde ich eine kurze Einführung zur Gründung der „Feuerwerksanstalt Wöllersdorf“, einen knappen Abriss der Industrieanlage bis 1933 und sowie der anschließenden Entstehung des Anhaltelagers bis zur Schließung und dem anschließenden „Abbrennen“ durch die Nationalsozialisten 1938, wie es die gleichgeschalteten Zeitungen berichten, zeichnen.

Zusätzlich möchte ich anhand der Ministerratsprotokolle nachweisen, ob und wie die Anhalte-

¹ Österreichische Mediathek, Audiovisuelles Archiv, Online Archiv, Sitzung des NÖ Landtages vom 30. 10. 1934, online unter <<https://www.mediathek.at/akustische-chronik/suche/detail/atom/136BC08D-0DA-02D28-00000904-136AFAF1/pool/BWEB/>> (2018-08-09).

lager in Österreich und speziell das Lager in Wöllersdorf, im Ministerrat thematisiert wurden. Wie oft wurde darüber gesprochen? Gab es Widerstand innerhalb der Regierung und am Beispiel der Rathauskorrespondenz auch von außerhalb?

In einem weiteren Teil der Arbeit werde ich Berichte aus ausgewählten Zeitungen aus dem Zeitraum von 1933 bis 1938 zum Stichwort „Wöllersdorf“ untersuchen und den Schwerpunkt auf die Herausarbeitung derer politischer Ausrichtung legen. Für diesen Abschnitt werde ich ausschließlich eingescannte Printmedien aus ANNO (Österreichische Nationalbibliothek) heranziehen.

Im letzten Abschnitt werde ich die lange Entstehungsgeschichte der heute noch sichtbaren Erinnerung an das Anhaltelager, dem Mahnmal, skizzieren und kurz die Erinnerungen nach 1945 beschreiben.

2. TYPUS LAGER

Lager bezeichnen Bereiche, die abgegrenzt und geschlossen sind. Sie sind bestimmten Personen vorbehalten, nicht frei zugänglich und nur mit Einschränkungen oder Kontrollen zu betreten oder zu verlassen. Für eine beschränkte Zeit werden Menschen zu bestimmtem Zwecke, konzentriert in einem Ort und unter Kontrolle, im Lager versammelt. Schon in Zedler's Universal Lexikon wird ein Lager als ein „Ort im freyen Felde“ in unterschiedlicher Größe, Funktion und Dauer definiert.²

Lager als abgegrenzte Flächen gab es von der Antike an. Römische Heere wurden in Lagern, oft durch Palisaden umzäunt, gefasst.

Ein berüchtigtes Internierungslager während des amerikanischen Bürgerkrieges war das 1864 in Andersonville für 45.000 gefangene Soldaten der Nordstaaten errichtete Lager, in welchem innerhalb von 15 Monaten 13.000 Soldaten der Nordstaaten ums Leben kamen. Die Umgrenzung war noch durch einfachen Draht gegeben, Stacheldraht wurde erst einige Jahre danach patentiert. Nach der Erfindung des Stacheldrahts im 19. Jahrhundert, wurde dieser verwendet, um die Überwindung der Umzäunung zu erschweren und damit die Ein- und Ausgangskontrolle effektiver zu gestalten.

Denkt man heute an „Lager“ erinnert man sich unwillkürlich an Konzentrationslager und an Vernichtungsorte wie Auschwitz, Dachau, Mauthausen, usw. An jenen Lagertypus mit Stacheldraht umzäunt, mit Wachtürmen, mit Baracken die modular angefertigt und aufgestellt wurden, an Holocaust und Völkermord, an Leid und an Tod.

Zygmunt Bauman schreibt vom 20. Jahrhundert als dem Jahrhundert der Lager.³ Ich sehe das nur insofern richtig, als die Lager in dieser Anhäufung und in dieser Gewaltbereitschaft in diesem Jahrhundert durch das nationalsozialistische und das sowjetische Gewaltregime (GULag) extrem stark an Zahl gewachsen sind. In der Menschheitsgeschichte gab es Lager allerdings schon sehr früh. In der Antike errichteten Griechen und Römer Lager um den Soldaten eine Unterkunft zu geben und dieselben versorgen zu können, z.B. Vindobona und andere Orte am Limes und den Grenzen des Römischen Reiches. In allen Kulturen der Antike, im Mittelalter und in der Neuzeit wurden, nicht nur im Kriegsfall, Lager für Soldaten errichtet. Der Unterschied zum 19. und 20. Jahrhundert ist der, dass die früheren Lager rein militärischen Erfordernissen entsprachen und die Zivilbevölkerung nicht von deren Existenz betrof-

² Johann Heinrich Zedler, Großes vollständiges Universal-Lexicon aller Wissenschaften und Künste, online unter <<https://www.zedler-lexikon.de/index.html?c=blaettern&id=151600&bandnummer=16&seitenzahl=0123&supplement=0&dateiformat=1%27>> (2018-04-13).

³ Zygmunt Bauman, Das Jahrhundert der Lager? In: Mihran Dabag/Kristin Platt (Hg), Genozid und Moderne, Bd.1: Strukturen kollektiver Gewalt im 20. Jahrhundert. (Opladen 1998), 81-99.

fen war.⁴

2.1 Friedliche und freiwillige Lager

Anfang des 20. Jahrhundert entstanden die „friedlichen“ Lager, wie Pfadfinder-, Ferien-, Jugend-, oder Zeltlager.⁵ Sie entstanden aus der Jugendbewegung, aus der Pfadfinderbewegung und aus der Katholischen Jugend. Sie fanden meist in den Sommerferien statt und waren durch gemeinsame Aktivitäten, Sport und Wettbewerbe gekennzeichnet. Sie dienten der Erholung, dem Sport und der sozialen Gemeinschaft. Diese Form des Lagers ist auch heute noch existent. Eine besondere Form bilden noch heute die Trainingslager, in denen der Schwerpunkt auf sportlicher Ausbildung liegt.

Ebenso wurden unter den Nationalsozialisten, wenn auch nicht freiwillige, dann doch friedliche Lager eingerichtet. Diese dienten der „Erziehung“ (HJ, BDM) oder, wenn auch nur vereinzelt, der Unterbringung und Verpflegung von Arbeitslosen (Notstandsarbeiter) im Arbeitsdienst, die darin für Landwirtschafts- oder Forstarbeiten oder für Großbaustellen untergebracht wurden, wenn dies nicht auf Bauernhöfen oder Gasthäusern möglich war. Wenn aber schlecht gearbeitet wurde oder sie sich von der Arbeitsstelle unerlaubt entfernten, wurde sie in ein Auffanglager für Landhelfer verbracht und „zur Landhilfe erzogen“. Diese wurden sehr wohl als Straflager geführt.⁶

2.2 Unfreiwillige Lager

Einleitend sei gesagt, dass Gefängnisse und Lager rechtlich nicht zu vergleichen sind. Während Gefängnisaufenthalte immer auf den Urteilspruch eines Gerichtes folgen, werden Menschen willkürlich auf Grund ethnischer, religiöser oder staatlicher Zugehörigkeit oder aus politischen Gründen und ohne Rechtsspruch in Lagern gefangen gehalten.

Nicht in allen Lagern herrschten gleiche Bedingungen, wenn die Grenzen auch nicht immer scharf waren. So wurden in Internierungslagern (dazu gehören auch die Anhaltelager) präventiv Menschen gefangen gehalten, die vom Staat als verdächtig oder gefährlich eingestuft wurden.

Konzentrationslager (Engländer in Südafrika, NS Regime, GULag in der UDSSR, Laogai

⁴ Christoph Jahr, Jens Thiel, Prolegomena zu einer Geschichte der Lager. Eine Einführung. In: Christoph Jahr, Jens Thiel (Hg), Lager vor Auschwitz. Gewalt und Integration im 20. Jahrhundert. (Metropol 2013), 7-19.

⁵ Sucht man heute den Begriff „Jugendlager“ im Google, werden 260.000 Ergebnisse angezeigt. (2019-02-08).

⁶ Detlev Humann, Lager der Nationalsozialistischen Arbeitsschlacht. Unterbringung, Disziplinierung und Verwahrung in der Phase der Arbeitsbeschaffung. In: Christoph Jahr, Jens Thiel (Hg), Lager vor Auschwitz. Gewalt und Integration im 20. Jahrhundert. (Metropol 2013), 188-310.

(gerichtlich verhängte Haft) und Laojiao (Polizeihaft) in China) zeichneten sich durch menschenunwürdige Haftbedingungen aus (Erniedrigung, Zwangsarbeit,...). Allerdings kam es auch in Internierungslagern oft zu menschenunwürdigen Bedingungen (z.B. in Japan im Zweiten Weltkrieg).

Die Vernichtungslager des NS Regimes, die neuere Forschung spricht von „Vernichtungsorte“,⁷ wurden nur zum Zwecke der Massenvernichtung und raschen Tötung von Verfolgten errichtet. Sie waren nicht für einen längeren Aufenthalt von Gefangenen eingerichtet (Treblinka, Belzec, Chelmno und Sobibor). Auschwitz-Birkenau und Majdanek waren sowohl Konzentrationslager als auch Vernichtungsorte.

2.2.1 Concentration Camps /Reconcentración

Kuba 1895: Nach einem wiederholten Aufstand der Kubaner gegen Spanien, schlug der spanische General Arsenio Martínez de Campos dem Regierungschef vor, die ländliche Bevölkerung in städtischen Ballungsräumen zu *rekonzentrieren*. Er wollte damit die ländliche Bevölkerung isolieren und so Spionagetätigkeiten erschweren. Sehr wohl war ihm bewusst, dass in diesen *Rekonzentrations Lagern* Armut und Hunger herrschen würden. Warum der Name *Reconcentración* verwendet wurde und nicht *Concentración*, erklärt Francisco Pérez Guzmán, ein kubanischer Historiker damit, dass schon in den Jahren 1868 bis 1878 Konzentrationsmaßnahmen in kleinerem Ausmaße stattgefunden hatten und wegen einer massiven, landesweiten Maßnahme das *Re-* vorgesetzt wurde. Tatsächlich belegen die Quellen, dass von den Spaniern und auch von den Kubanern beide Begriffe verwendet wurden.

Sein Nachfolger, General Valeriano Weyler y Nicolau, ließ im Februar 1896 die Insel mittels Stacheldraht, Wachtürmen und Maschinengewehrstellungen in drei Zonen teilen und die Bevölkerung in fünf *Reconcentrationszonen* (Lager in der Umgebung von Städten) verlagern. Wurden die Inselbewohner nicht in Lager verschickt, durften sie sich nur in sehr enger Umgebung ihrer Dörfer bewegen. Bei Zuwiderhandeln oder Verlassen der Lager oder Dörfer wurden sie exekutiert. Hunger, Not und Tod waren die Folge. Schätzungen zufolge starben zwischen 200.000 und 300.000 Menschen. Die *Reconcentración* wurde im Mai 1898 nach der Eroberung durch die US-Amerikaner und der folgenden Unabhängigkeit, aufgehoben.⁸

⁷ Internationales Bildungs- und Begegnungswerk GmbH, Dortmund. Wanderausstellung „Vernichtungsort Maly Trostenez. Geschichte und Erinnerung. Online unter <<https://ibb-d.de/wanderausstellung-vernichtungsort-maly-trostenez-geschichte-und-erinnerung-ist-ab-4-dezember-in-der-kongresshalle-in-giessen-zu-sehen/>> (2019-12-08).

⁸ Joël Kotek, Pierre Rigoulot, Das Jahrhundert der Lager. Gefangenschaft, Zwangsarbeit, Vernichtung. (Propyläen Verlag, Berlin/München 2001) 20-56.

1899 errichteten die Vereinigten Staaten von Amerika auf den Philippinen Konzentrationslager nach demselben Schema, um die Zivilbevölkerung zu kontrollieren und so gegen vermeintliche Guerillakämpfer vorzugehen.⁹

2.2.2 Burenkriege 1900

Ab 1652 wurden die ersten niederländischen Bauern (Buren), unterstützt durch die VOC (Vereinigte Ostindische Companie), in Südafrika sesshaft. Mit der Ausbreitung der Briten ab 1814 in der Kapkolonie, sowie deren Aufhebung der Rassendiskriminierung (Hottentotten-Charta 1828) und der Sklaverei (1833) gegen den Willen der Buren, wanderten diese immer mehr von der Kapkolonie nach Norden (dieser Zug wird in der Geschichtsschreibung als der „große Treck“ bezeichnet) und riefen anschließend die Republiken *Transvaal* und *Oranje Freistaat* aus. 1884 wurde *Transvaal* durch Paulus „Ohm“ Krüger in die *Südafrikanische Republik* umbenannt. Da große Gold- und Diamantvorkommen gefunden wurden, initiierte 1895 Cecil Rhodes, der britische Gouverneur der Kapkolonie, einen Aufstand gegen die Buren, verlor aber. 1899 erklärten die Buren den Briten den Krieg, der mit der Niederlage der Buren endete, die daraufhin einen Guerillakrieg starteten. Weil die Briten dem Guerillakrieg nichts entgegensetzen hatten, wurden ab dem 21. Dezember 1900 die Zivilbevölkerung und die Familien der Kämpfer in Lagern außerhalb der Dörfer konzentriert. Ab 1900 wurden 58 Lager errichtet. In der britischen Öffentlichkeit wurde über eine „spanische Methode“, die *Reconcentración* und über eine Umsiedlung diskutiert. Im Mai 1902 wurden 116.000 Personen (meist Frauen und Kinder) in den Lagern in Transvaal, Oranje-Freistaat und in Natal (liegt östlich vom Oranje-Freistaat) festgehalten. Diese Konzentrationslager (die Briten bezeichneten sie als „Concentration camps“) waren mit bis zu drei Meter hohen Stacheldrahtzäunen umgeben, mit Einzelzellen für besonders harte Bestrafungen ausgestattet und oft von Schwarzen bewacht, was einer besonderen Form der Demütigung gleich kam. Überfüllte Zelte, niedrige Essensrationen, mangelhafte Hygiene, wenig Möglichkeit zum Wärmen in der kalten Jahreszeit, Wassermangel, Latrinen die einen bestialischen Gestank verbreiteten waren in den Lagern zu finden. Die Bedingungen in den Lagern waren oft so schlecht, dass sogar britische Offiziere und Ärzte die Zustände kritisierten.

Trotzdem spricht die Geschichtswissenschaft nicht von Todeslagern. Die zeitgenössischen Berichte sprechen von 21 Toten pro 1.000 Inhaftierten, aber der britische Historiker Thomas Pakenham spricht von 20.000 bis 28.000 Toten in Summe, was etwa 170 bis 240 Tote pro 1.000 Inhaftierten entspräche. Angesichts dieser hohen Zahlen an Toten, darf man sehr wohl

⁹ Joël Kotek, Pierre Rigoulot, Das Jahrhundert der Lager, 87-89.

von Todeslagern sprechen. Häufigste Todesursache waren Ruhr, Lungenentzündung, Keuchhusten, Masern, Bronchitis. Am häufigsten starben Kinder, im Lager von Bethulie (im Süden des Oranje-Freistaats) waren dies 80 Prozent der Todesfälle. Trotz der harten Haftbedingungen und der hohen Sterblichkeit unter Kindern wurden in den Lagern oft Schulen errichtet. Zwangsarbeit wurde nicht verordnet. Deshalb wird heute diskutiert, ob der Begriff „Konzentrationslager“ nicht vorsichtig angewendet werden soll. Auch wenn keine Zwangsarbeit verordnet wurde, die Insassen litten Qualen, Hunger war an der Tagesordnung, die Sterblichkeitsrate lag hoch und es gab keine Aussicht auf Entlassung. Deswegen ist dieser Begriff bis heute korrekt und wird weiterhin verwendet.

Ab 1901 wurde, bedingt durch die informierte Öffentlichkeit und einige kritische Abgeordnete, die Situation in den Lagern besser und sie wurden nach und nach aufgelöst.¹⁰

2.2.3 Hereros - Konzentrationslager und Zwangsarbeit

Ganz anders als im Burenkrieg verlief die Situation in der ehemaligen Kolonie Deutsch-Südwest-Afrika, dem heutigen Namibia, mit den Hereros. 1904 fand hier der erste Völkermord des 20. Jahrhunderts statt.

Das 80.000 Menschen zählende Volk der Hereros lebte hauptsächlich von Viehwirtschaft. Trotz beschränkender Verträge besetzten die deutschen Kolonialisten immer weitere Teile des fruchtbaren Weidelandes. 1904 brach ein Aufstand gegen diesen Landraub aus und schon in der Schlacht am Waterberg im August 1904 wurden ca. 6.000 Krieger und 20.000 bis 30.000 Zivilisten getötet. Im Oktober gab Generalleutnant Lothar von Trotha eine Proklamation an die Hereros heraus, in der er in „Negersprache“ erklärte, die sofortige Erschießung aller Einheimischen durchzuführen, sobald sie sich in deutsches Land wagen würden. Auch auf „*Weiber und Kinder lasse der große General des mächtigen Deutschen Kaisers*“ schießen. Von Trotha führte einen Rassenkrieg und erklärte dies auch in einem Brief an den Generalstabschef Graf von Schlieffen. Der Vernichtungsbefehl wurde 1905 aufgehoben (der Kaiser musste erst von der Aufhebung überzeugt werden), jedoch nicht aus humanitären Gründen, sondern aus Arbeitskräftemangel. Schürf-, Handels- und Eisenbahngesellschaften forderten nun die Hereros als Sklaven für Zwangsarbeiten an. Als Kennzeichnung wurde an die Kleidung ein „GH“ für „Gefangener Herero“ aufgenäht und sie wurden in Konzentrationslagern inhaftiert. Von den ca. 15.000 gefangenen Männern, Frauen und Kindern starben im ersten Jahr mehr als die Hälfte. Viele wurden am Rande der in Bau befindlichen Eisenbahnlinien erschlagen, wenn sie in Folge der Unterernährung, Misshandlungen, Peitschenhiebe und Vergewaltigungen zu-

¹⁰ Joël Kotek, Pierre Rigoulot, Das Jahrhundert der Lager, 57–73.

sammenbrachen. In den Totenregistern wurde Erschöpfung, Herzstillstand, Fleckfieber oder Bronchitis angegeben, eine verlogene Praxis, die später die Nationalsozialisten in den Konzentrationslagern übernehmen sollten.

Im Lager Swakopmund am Atlantik wurden medizinische Experimente an den Hereros durchgeführt, Schädel und Leichen an die Universitäten nach Breslau und Berlin geschickt. Unter dem Druck der Öffentlichkeit wurden die Konzentrationslager 1908 aufgelöst. 1911 wurden die Hereros durch die deutschen Behörden gezählt, weniger als 20 % überlebten den Genozid in den Konzentrationslagern und die Zwangsarbeit.

Bemerkenswert ist, dass Theodor Mollison und Eugen Fischer, beide Lehrer von Josef Mengele, anthropologische Untersuchungen zu Merkmalen an den Hereros durchführten. Fischer untersuchte auch die „schädlichen Einflüsse“ von Mischehen. Seine Bücher *„Menschliche Erblchkeitslehre und Rassehygiene“* und *„Die Rehobother Bastards und das Bastardisierungsproblem beim Menschen“* mit den „negative Einflüsse auf das deutsche Volk“ wurden für Hitler und den Nationalsozialisten zur Grundlage ihres Rassenreinheitswahns.¹¹

2.2.4 Internierungslager

Internierung bedeutet im juristischen Sinne, dass der Staat einen Freiheitsentzug verordnet, ohne dass die Person vorher gerichtlich dazu verurteilt wurde. Dies wurde im Haager Abkommen von 1907 im Artikel V (Landkriegsordnung) und XIII (Seekriegsordnung)¹² sowie ab dem 12. August 1949 durch das Genfer Abkommen zum Schutz von gefangenen Militär- oder Zivilpersonen in Kriegszeiten definiert. Anhang III dieses Abkommens zeigt, welche Daten über die Internierten gesammelt werden mussten.¹³

Internierungslager entstanden in den kriegsführenden Staaten des Ersten Weltkrieges, vor allem in Frankreich und Großbritannien. Der Unterschied zu den Konzentrationslagern ist, dass die Internierungslager durch eine zeitlich begrenzte Dauer der Haft gekennzeichnet sind. Auch waren die Bedingungen nicht so verheerend wie in den Konzentrationslagern. In Frankreich wurden mit Kriegsbeginn eigene Soldaten, -ab 1. September 1914 auch Zivilisten, Ausländer und eigene Bürger-, die als suspekt oder gefährlich eingeschätzt wurden, interniert. (Schon Napoleon ordnete 1803 die Inhaftierung aller Engländer an, es war also nichts Neues). Diese Lager dienten auch zum Schutz vor Übergriffen aus der heimischen Bevölkerung, die nach und nach radikaler gegen Ausländer, hauptsächlich Deutsche und Österreicher, vorging.

¹¹Joël Koteck, Pierre Rigoulot, Das Jahrhundert der Lager, 74-86.

¹² Abkommen betreffend der Gesetze und Gebräuche des Landkrieges (Haager Landkriegsordnung), online unter <https://www.1000dokumente.de/pdf/dok_0201_haa_de.pdf > (2019-02-18).

¹³ Der Bundesrat. Das Portal der Schweizer Regierung, online unter <<https://www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/19490188/index.html#app3ahref0>> (2019-02-18).

Inhaftierte Personen wurden zunächst in Durchgangslagern überprüft. Zirka 90 % der in Frankreich lebenden Österreicher und Deutschen, 50 % der Elsass-Lothringer und 1 % der Franzosen wurden nach einer solchen Überprüfung von den Durchgangslagern in diverse Internierungslager oder in Konzentrationslager überführt. In Frankreich gab es ca. 50 Lager, teils in Festungen, Klöstern, Abteien, Kasernen oder privaten Schulen. Nur ein einziges Konzentrationslager mit Stacheldraht umfasst und Baracken bestückt, gab es auf einer Halbinsel gegenüber von Brest (Bretagne). Etwa 60.000 Menschen waren in den Internierungslagern untergebracht, 40.000 Wehrfähige aus den feindlichen Staaten und 20.000 sonstige Verdächtige. Es gab Lager für hochgestellte Persönlichkeiten, für pro-französische Ausländer (Verdacht der Spionage), für Elsass-Lothringer, für Österreicher und Deutsche, für Geistliche und Prostituierte.

In den Lagern wurden Regeln zur Hygiene aufgestellt, auch wenn sie nicht immer eingehalten werden konnten. Post wurde regelmäßig zugestellt, Nahrung war ausreichend, wenn auch nicht üppig (600 Gramm Brot pro Tag, 4 x 200 Gramm Fleisch pro Woche). Beschwerden gab es wegen der Eintönigkeit der Kost und des Alltagslebens. Die Sterblichkeitsrate in den Lagern lag im Schnitt bei 2,2 %. Ein kurzzeitiger Anstieg auf 3,3 % durch die Spanische Grippe 1916 ist verzeichnet. Gewalt, Übergriffe oder unmenschliche Härte wurden nur in Einzelfällen berichtet (z. B. Fort Surville auf Ile de Groix).

In Österreich wurden britische und französische Staatsangehörige „festgesetzt“, sie standen aber unter Hausarrest.

In England wurden feindliche Ausländer im Ersten Weltkrieg gezielt verhaftet und interniert. Lager wurden rasch an verschiedenen Orten und auf der Isle of Man errichtet, mit Stacheldraht gesichert, Zelte und Baracken aus Wellblech aufgebaut. Auch stillgelegte Schiffe wurden als Internierungsstätten herangezogen. Die Versorgung in den Lagern mit Nahrungsmitteln wurde als gut beschrieben, die Gefangenen konnten sich Nahrung zukaufen. Um die Insassen zu beschäftigen, wurden Werkstätten eingerichtet und die Arbeit auch bezahlt. Die Sterblichkeitsrate lag laut Untersuchung des Britischen Roten Kreuzes weit unter 1%.¹⁴

In Deutschland reagierte man ähnlich wie in Frankreich. Zu Beginn des Krieges wurden die Überwachung und das Meldesystem für Ausländer verschärft, jedoch noch keine Maßnahmen zur Internierung getroffen. Erst ab dem Herbst 1916 wurde Franzosen und vor allem Belgier in Sammellagern oder Verteilungsstellen festgehalten. Der Begriff „Konzentrationslager“ wurde bewusst vermieden. Allen diesen Lagern waren aber die Stacheldrahtumzäunung, die Bewachung und eine derbere Behandlung als sie in Kriegsgefangenenlagern üblich war, gemein. Umzäunte Arbeitslager mit Baracken und Entlausungsstationen wurden auch in Polen

¹⁴ Joël Kotek, Pierre Rigoulot, *Das Jahrhundert der Lager*, 97.

errichtet.¹⁵

2.2.5 Sonderfall: Kein umzäuntes und doch ein Todeslager, Genozid an den Armeniern

Vorgeschichte: Es war den Osmanen durch den Islam verboten, sich mit Handel und Bankgeschäften zu beschäftigen. Diese Tätigkeit oblag den Griechen, Juden und Armeniern. Zunehmend engagierten sich die Armenier in der Medizin, dem Ingenieur- und Rechtswesen. Zusätzlich waren sie führend in der Textilerzeugung und in der Landwirtschaft an der Mittelmeerküste. Der Osmanische Staat geriet wirtschaftlich und militärisch immer mehr ins Hintertreffen zu den Europäern. Zar Nikolaus I nannte ihn in der Mitte des 19. Jahrhunderts „den kranken Mann am Bosphorus“.

Mit dem erstarkten Selbstbewusstsein der Armenier verlangten diese immer mehr Rechte und Autonomie und suchten Unterstützung bei europäischen Mächten und dem feindlichen Russland. 1894 weigerten sie sich im Osten des Landes eine Verdoppelung der Steuern zu tragen, es kam zu ersten Kämpfen mit der Osmanischen Armee und zu weiteren Aufständen, die sich bis 1896 zu Pogromen auswuchsen. Schätzungen zufolge wurden in dieser Zeit 200.000 Armenier getötet oder verwundet.

Um das außen- und innenpolitisch geschwächte Osmanische Reich durch Reformen wieder zu stärken, gründeten Offiziere Ende des 19. Jahrhunderts das „Komitee für Einheit und Fortschritt“ auch „Jungtürken“ genannt. 1908 fanden sie in der Anfangsphase und der Militärrevolte gegen Sultan Abdul Hamid II auch Unterstützung von den Armeniern. Bald danach erklärten die Jungtürken unter der Führung des Triumvirats Djemal Pascha, Enver Pascha und Talat Pascha, dass im türkischen Nationalismus für die Armenier kein Platz sei.

Mit dem Verlust von Territorien in Nordafrika und in der Ägäis verloren die Jungtürken Mitte 1912 die Regierungsmacht, putschen sich aber im Januar 1913 wieder zurück an die Macht, nachdem der Balkankrieg 1912/13 und damit Südosteuropa für die Osmanen verloren war. Der Zorn auf die Christen, Griechen, Armenier und Anatolen wuchs, weil sie als potentielle Abtrünnige galten. 1914/15 wurden 150.000 Griechen nach Griechenland deportiert. Gleichzeitig begannen die Planungen zum Völkermord an den Armeniern durch Enver Pascha (Kriegsminister) und Dr. Bahaeddin Schakir (Leiter einer Spezialorganisation).¹⁶

Nach einem Aufstand der Armenier gegen Übergriffe, Ausschreitungen, Morde und Willkür der Osmanen im April 1915, begann mit der Verhaftung von 2.345 Journalisten, Ärzten, Anwälten, Priestern, Schriftstellern und damit der Elite der Armenier, der geplante Genozid an

¹⁵ Jens Thiel, Christian Westerhoff, Deutsche Zwangsarbeitslager im Ersten Weltkrieg. Entstehung-Funktion-Lagerregimes. In: Christoph Jahr, Jens Thiel (Hg), Lager vor Auschwitz. Gewalt und Integration im 20. Jahrhundert. (Metropol 2013), 117-139.

¹⁶ Norman M. Naimark, Flammender Hass. Ethnische Säuberungen im 20. Jahrhundert. (C.H.Beck Verlag, Bonn 2009), 29-58.

diesem Volk. Im Militär und in der Verwaltung wurden alle Armenier verhaftet, zu Zwangsarbeit verurteilt und später erschossen. Innerhalb der nächsten Monate wurden in jedem armenischen Dorf die Oberschicht und die wehrfähigen Männer verhaftet (und häufig erschossen), Frauen, Kinder und Greise zusammengetrieben und zu langen Märschen durch die Wüste in das heutige Syrien gezwungen. Etwa 870.000 Armenier wurden so zwangsumgesiedelt, 850.000 waren bis zum Herbst 1915 bereits ermordet oder an Hunger, Krankheit oder Erschöpfung gestorben. In der Wüste wurden Lager errichtet, zwar ohne Umzäunung und ohne Bewachung, aber weit weg von den nächsten Dörfern oder Städten. Es gab kein Entrinnen, die Meisten starben in den Lagern. Die Überlebenden wurden nach wenigen Tagen oder Wochen in ein weiteres Lager geschickt, nur um sie weiter zu schwächen.

Das bemerkenswerte an diesen Lagern war, dass sie nicht umzäunt waren. Es gab keine Infrastruktur und keine organisierte Bewachung, die Menschen konnten sich frei bewegen. Nur waren sie ausgehungert, schwach, krank und in der Wüste. Es waren keine Konzentrationslager im Sinne umzäunter und bewachter Anlagen, es waren aber Todeslager, bewusst so angelegt, dass der Großteil der Insassen mangels Lebensmittelversorgung oder auf Grund von Erschöpfung sterben musste. Zusätzlich wurden die Lager von einheimischen Beduinen immer wieder überfallen um verbliebenes Geld zu rauben. Die überlebenden Männer wurden erschossen und die Frauen als Sklaven verschleppt. In den Jahren 1915/16 wurden geschätzte 1,2 Millionen Armenier ermordet, nur etwa 240.000 überlebten.

Die Hauptverantwortlichen des Genozids wurden 1918 angeklagt und flohen. Talaat Pascha floh mit Hilfe von deutschen Offizieren nach Berlin und wurde 1921 durch einen armenischen Nationalisten ermordet.¹⁷ Bereits am 24. Mai 1915 wurde von den Alliierten der Türken im Ersten Weltkrieg die Vernichtung als „Verbrechen gegen die Menschlichkeit und die Zivilisation“ bezeichnet, jedoch international nie geahndet. Bis heute leugnet die türkische Regierung den Genozid.¹⁸

2.2.6 GULag

GULag (russisch) steht für *glawnoje uprawleije lagerei*, übersetzt: Hauptverwaltung der Lager. Der Name taucht ab 1934 auf.

Straflager gab es schon in der Zarenzeit. Bekannt für ein Straflager im Zarenreich war die Insel Sachalin, weitere Straflager wurden über weite Teile von Sibirien verstreut errichtet. 1917 ordnete Lenin Zwangsarbeit für streikende Beamte an. 1918 sprachen Leo Trotzki, der

¹⁷ Joël Kotek, Pierre Rigoulot, Das Jahrhundert der Lager, 98-116.

¹⁸ Mihran Dabag, Kristin Platt, Verlust und Vermächtnis. Überlebende des Genozids an den Armeniern erinnern sich. (Paderborn 2015), 273-299.

Chef der roten Armee, von Konzentrationslagern. Gemeint war bereits ein Lager als Ort des Terrors. 1919 wurde im „Gesamtrussischen Zentral Exekutivkomitee“ der Beschluss zur Einführung von Zwangsarbeitslagern gefasst. Ziel war es, kriminelle Häftlinge umzuerziehen.

Die Lager wurden in 4 Hauptgruppen eingeteilt:

- Lager für besondere Verwendung
- Kriegsgefangenenlager
- Zwangsarbeiterlager, Produktionslager
- Lager für Minderjährige mit moralischen Defekten.

Die Häftlinge wurden zwar für Arbeiten eingesetzt, jedoch nicht als Zwangsarbeiter. Ende 1920 gab es bereits 84 Lager mit etwas weniger als 60.000 Häftlingen.

Ab 1929, unter Stalin, verschärfte sich die Situation. Menschen konnten ohne Gerichtsurteil, nur durch administrativen Beschluss, in Straflager gebracht werden; sie wurden Arbeitsklaven die bis zur Erschöpfung arbeiten mussten. Berüchtigt wurde das Lager Solowski am Weißen Meer mit 12.000 Gefangenen.¹⁹

Ab 1930 wurden durch die ULAG (Verwaltung Besserungsarbeitslager) und auf Beschluss des Politbüros die Anzahl und die Orte extrem ausgeweitet. In Kasachstan (Karagandinsker Besserungslager – Karlag),²⁰ in Sibirien (OSERLag, BAMLag) und im Fernen Osten (Komsomolsk) wurden mehr als 470 Lagerkomplexe mit tausenden Hauptlagern und zehntausenden Nebenlagern für 18 Millionen Häftlinge errichtet. 4,5 Millionen überlebten die Gefangenschaft nicht. Für die Frauen der Inhaftierten wurden eigene Lager eingerichtet (Kollektivschuld). Absicht Stalins war die Besiedelung Sibiriens und der Abbau der Rohstoffe mit geringen Kosten. Da für die Gefangenen eine Flucht wegen der Weiten schwer möglich war, eignete sich die Gegend für beides gut. Außerdem wurden hohe Belohnungen ausgesetzt, wenn Einheimische Geflohene einfingen und tot oder lebendig zurückbrachten.

Systematisch für diese Lager waren Zwangsarbeit, Unterernährung, mangelnde Hygiene, Seuchen, fehlende medizinische Versorgung, Gewalt und Hinrichtungen bei Vergehen. Eingesetzt wurden die Häftlinge auf Großbaustellen, in Bergwerken oder Goldgruben, Ziegel- und Glasfabriken und in den Kriegsjahren zur Sprengkörper- und Waffenproduktion. Die industrielle und landwirtschaftliche Erfüllung des Fünfjahresplanes wurde brutal durchgesetzt. Nahrung wurde streng reglementiert, teilweise mussten die Häftlinge in Erdlöchern hausen.²¹ Die

¹⁹ Wladislaw Hedeler, Zur Vorgeschichte des sowjetischen Gulag-systems. Die Kaderschmiede Solowski. In: Christoph Jahr, Jens Thiel (Hg), Lager vor Auschwitz. Gewalt und Integration im 20. Jahrhundert. (Metropol 2013), 214-233.

²⁰ Im Jahre 1939 waren in diesem Lager 32.000 Gefangene, darunter 17.000 Frauen inhaftiert. Mit einer Fläche von 34.000 km² war es jedoch nur das neuntgrößte Lager.

²¹ Meinhard Stark, Das Karlag. Ursprung und Funktionswandel eines Sowjetischen Besserungslagers 1930 bis 1945. In: Christoph Jahr, Jens Thiel (Hg), Lager vor Auschwitz. Gewalt und Integration im 20. Jahrhundert. (Metropol 2013), 234-249.

Sterblichkeitsrate lag in den Kriegsjahren durch die mangelnde Versorgung bei bis zu 25 % (andere Zahlen sprechen von 17 % 1942/43). Geschätzt werden 2,3 Millionen Gefangene zu Kriegsbeginn, deren Zahl aber rasch abnahm, da die Gefangenen an die Front geschickt wurden. Nach dem Krieg stieg die Zahl wieder auf ca. 2,5 Millionen an (1950). Disziplinierung, täglicher Appell, Terror der Wachmannschaften, Karzer, verschärft durch Hungerrationen waren an der Tagesordnung. Nach dem Tode von Stalin nahm die Anzahl der Inhaftierten rasch ab. Die GULags wurden erst 1986 durch Michail Gorbatschow aufgelöst.²²

2.2.7 Konzentrationslager in Europa

Italien

Vor 1939 verbannte Mussolini seine Gegner auf kleinere Inseln im Mittelmeer oder in abgelegene Dörfer in den Abruzzen und in Kalabrien, nicht jedoch in Konzentrationslagern (KZs). Ab dem Kriegsbeginn wurden Orte zur Errichtung von KZs gesucht. Ab dem 10. Juni 1940 setzte eine gezielte Verhaftung von Juden aus „Sicherheitsgründen“ und auf Grund der „Rassengesetze“ ein, woraufhin deren Unterbringung in KZs befohlen wurde. Bis Ende 1940 wurden über 10.000 internierte Juden, Ausländer und „verdächtige“ Italiener gezählt, davon bis zu 4.000 in KZs, der Rest in Verbannung. Mitte 1943 verfügte Italien über 51 KZs. Berichtet wurde, dass die Lebensbedingungen nicht menschenunwürdig waren. Auch hier waren die Lager mit Stacheldraht umgeben und mit Wachtürmen versehen. Appelle wurden regelmäßig durchgeführt.

Nach der Absetzung Mussolinis (25. Juli 1943) kamen alle Häftlinge, außer die Juden, frei. Erst nach dem Waffenstillstand Italiens mit den Westalliierten am 8. September 1943 wurden auch diese aus den KZs entlassen, um jedoch in der folgenden Regierung *Repubblica Sociale Italiana* (RSI) noch massiver verfolgt zu werden. Großrazzien, Gefangennahmen, menschenunwürdige Lebensbedingungen in den KZs, Deportationen nach Deutschland und Polen waren die Folge. Von 1.022 deportierten überlebten nur 17 Personen.²³

Spanien

Nach dem Sieg Francos wurden rasch Arbeitslager und Gefängnisse in ganz Spanien errichtet um Anarchisten, Sozialisten, Kommunisten, Revolutionäre und bürgerliche Demokraten zu internieren. Schätzungen zufolge wurden 50 Lager und Arbeiterbataillone errichtet, in denen

²² Diese Information wurde am 18.4.2018 im FS Kanal "ZDF Info", in der Serie „History“, während eines Berichtes über Michail Gorbatschow gegeben. Eine schriftliche Information dazu konnte ich nicht finden.

²³ Joël Kotek, Pierre Rigoulot, Das Jahrhundert der Lager, 214-222.

zeitweise 700.000 Personen inhaftiert waren. Die Haftbedingungen wurden als schlecht bezeichnet. Überbelegung, nicht beheizbare Baracken, keine Trennung zwischen Kriminellen und politischen Häftlingen, schlafen auf nacktem Boden und in manchen Fällen Folter durch sadistische Wächter waren üblich. Fluchtversuche wurden mit dem Tode bestraft. Kontakt nach außen wurde gestattet und Nahrung war ausreichend vorhanden.

Bem.: Zwangsarbeiter mussten 1940 das **Valle de los Caídos** („Nationalmonument des Heiligen Kreuzes im Tal der Gefallenen“), eine Gedenkstätte im Zentrum Spaniens, errichten. Hier befand sich bis zum 24. Oktober 2019 die Grabstätte des Diktators Francos.²⁴

Portugal

Salazar wird zwar nicht zu den faschistischen Regimeführern gezählt, autoritär regierte er trotzdem. Das Gefangenenlager in Tarraral, auf den Kapverdischen Inseln, wurde als KZ aufgebaut (Stacheldraht, 3m tiefe Gräben, Wach- und Maschinengewehrtürme). Die bis zu 340 Gefangenen (politische Gegner, Kommunisten, republikanische Spanienkämpfer), mussten auf einer Fläche von 200m x 150m in Steinhäusern ohne Dach hausen. Kälte oder heißes und schwüles Wetter, mangelnde Wasserversorgung sowie schlechte hygienische Bedingungen förderten Malaria, Ruhr und Tuberkulose. Die Verpflegung bestand meist aus Brot, Kürbis, Kartoffeln, Bohnen und nur selten aus Fleisch. Arbeitsbrigaden mussten unter sengender Sonne Steine klopfen. Strafen, wie einsperren in Käfigen, sogenannten „Eisschränken“ (Eisenschränke) in der prallen Sonne mit mehreren Gefangenen zugleich, waren üblich. Mario Soares, ehemaliger Präsident Portugals, verglich diese Misshandlungen mit den KZs in Deutschland.

Frankreich

Im Süden von Frankreich, in Gurs und Le Vernet,²⁵ wurden schon vor dem Einmarsch der Deutschen Internierungslager oder KZs (Stacheldraht) zur Aufnahme der Flüchtlinge aus Spanien, Italien und Osteuropa errichtet (siehe auch Kapitel: Internierungslager). Nach dem Waffenstillstand der Vichy-Regierung am 22. Juni 1940, wurden die Bedingungen in den Lagern verschärft und als Zeichen der Ausgrenzungspolitik ersichtlich. Überbelegung war üblich, Deportationen fanden in Zusammenarbeit mit der Vichy-Regierung statt. Im Norden, in *Drancy* und *Pithiviers Beaune-la-Rolande* wurden KZs als Zwischenlager für die Deportation der Juden nach Osten verwendet und auch als „Vorzimmer zur Vernichtung“ bezeichnet.

²⁴ Valle de los Caidos, online unter < https://de.wikipedia.org/wiki/Valle_de_los_Ca%C3%ADdos > (2019-12-07).

²⁵ DeuFraMat, Krieg und Aussöhnung, Französische Zwangsarbeiter in Deutschland, KZ Häftlinge, online unter <<http://www.deufamat.de/konflikte/krieg-und-aussoehnung/franzoesische-zwangsarbeiter-in-deutschland-1940-45/kz-haeftlinge.html>> (2019-12-07).

Schon ab 1939 wurden in Marokko und Algerien Arbeits- und Straflager errichtet um die Trans-Sahara Eisenbahn zu bauen. Die Arbeitsbedingungen waren unmenschlich, Folter an der Tagesordnung.²⁶

Deutschland

Konzentrationslager

Kennzeichnend für Deutsche KZs ist die Standardisierung der Lager. Durch die Erfahrung mit den Arbeitslagern, kristallisierte sich der Bau von Holzbaracken, zusammengestellt aus genormten Elementen, als effizienteste Lösung heraus. Die Größe der Baracke konnte durch zusammengesetzte Segmente beliebig variieren werden. Diese Bauweise wurde ab 1937 in den angelegten KZs im Doppelreihensystem angewendet. Eingefasst waren die KZs mit mehrreihigen, hohen, nach innen geneigten Stacheldrahtzäunen, davor fanden sich starkstromführende Absperrungen, oft mit geebener Erde um etwaige Fußritte schnell zu erkennen.

Wachtürme, Wachhunde und MG-Posten verhinderten Fluchtversuche.

Schon kurze Zeit nach der Machtübertragung an Hitler, wurden die ersten Arbeitslager und Schutzhaftlager errichtet. Am 21. März 1933 „weihte“ Himmler Dachau, eine ehemalige Pulverfabrik, als das erste „reguläre“ Konzentrationslager, ein.²⁷ Dies alles mit dem Ziel, Menschen „zweiter Klasse“, wie die SS erklärte, zu inhaftieren. Hier in Dachau wurde die Lagerordnung, die später für alle KZs galt, entwickelt: Klassifikation der Häftlinge, Arbeit als Repression, abgestuftes System von Strafen und Standrecht bei Fluchtversuch. Rudolf Höß und Theodor Eicke waren federführend bei der Entwicklung dieses Systems. Zu den ersten Verfolgten gehörten Deutsche, Oppositionelle, Kommunisten und Sozialisten. Es folgten die politischen Gegner der später okkupierten Länder und dann natürlich die Angehörigen des Jüdischen Volkes und der verfolgten Minderheiten (Widerstandskämpfer, Sinti, Roma, Russen, Ukrainer). Das Netz der KZs weitete sich in Deutschland und in den besetzten Ländern Österreich, Polen, Frankreich rasch aus. Wegen der Nachfrage nach Arbeitskräften wurden zu jedem Hauptlager etliche Nebenlager und Arbeitslager errichtet. Mit dem Vormarsch der Alliierten 1944 und 1945 wurden viele KZs zu Vernichtungsorten, z. B.: Bergen Belsen (siehe nächstes Kapitel). Die Bilder und Dokumentationen die von den einmarschierenden Alliierten gemacht wurden, erschüttern noch heute die Betrachter.

Auf dem Gebiet Österreichs (Ostmark) wurde bald nach dem Einmarsch das KZ Mauthausen mit etlichen Nebenlagern errichtet (die Einrichtung aus dem Anhaltelager Wöllersdorf wurde

²⁶ Joël Kotek, Pierre Rigoulot, Das Jahrhundert der Lager, 214–267.

²⁷ Kurt Bauer, Zum Entstehen der Anhaltelager in Österreich 1933/34. In: 7. Österreichischer Zeitgeschichtetag 2008 1968 - Vorgeschichten - Folgen ; Bestandsaufnahme der österreichischen Zeitgeschichte Ingrid Böhler; Eva Pfanzelter; Thomas Spielbüchler; Rolf Steininger (Hg.) (2008), 826.

innerhalb kürzester Zeit, gleich nach der effektvollen Schließung mit dem Abbrennen der „Schwarzen Baracke“, nach Mauthausen verfrachtet). Wegen der immer häufigeren Bombardierungen durch die Alliierten ab 1943, wurden die Produktion von Waffen oder Teile davon unter die Erdoberfläche verlegt. Beispiele sind ab den Jahren 1942/43 die Zwangsarbeitslager (Nebenstellen von Mauthausen). „Quarz“ bei Melk (Kugellager), „Zement“ in Ebensee (Raketenteile Produktion) und Gusen I, II, III (Flugzeugbau) gelten als die Größten. Weitere Nebenlager von Mauthausen wurden in Groß-Wien, dem südlichen NÖ (Flugzeugwerke) und in allen Bundesländern errichtet.

Die Anzahl der Zwangsarbeitslager, die dem Stammlager Mauthausen unterstellt waren, belief sich auf ca. 50 über das ganze Bundesgebiet verteilt (auf der Homepage der Mauthausen Guides sind diese aufgelistet und beschrieben).²⁸ Neben den Zwangsarbeitslagern, die dem KZ unterstellt waren, wurden unzählige kleinere Zwangsarbeitslager errichtet (z.B. Golling an der Erlauf, Felixdorf, Lichtenwörth, Groß-Wien, ...).

Eine Übersicht der Zwangsarbeitslager in Groß Wien gibt es seit Kurzem auf der Seite von Wien Geschichte Wiki.²⁹

Vernichtungslager, Vernichtungsorte, Massentötungsanlagen

Der Ausdruck „Vernichtungslager“ wird in der Geschichtswissenschaft immer mehr durch den Ausdruck „Vernichtungsorte“ ersetzt.³⁰ Auch wird anstatt von „Vernichtungslagern“ von „Massentötungsanlagen“ gesprochen.³¹

Ich wähle den Ausdruck „Vernichtungsorte“ weil es der Absicht der Nationalsozialisten mehr entspricht. Nicht das Lager stand im Vordergrund der Anforderung, sondern die Tötung von Menschen (Massentötungsanlagen).

In der Ideologie des Nationalsozialismus, geprägt durch Rassismus und Antisemitismus, beschreiben Hitler und Goebbels das jüdische Volk in Metaphern aus der Medizin und Chirurgie als Parasiten; sie übertrügen Krankheiten, seien Tumore, die herausgeschnitten werden müssen. „*Man muß hier Schnitte tuen, und zwar ganz radikale*“ (Goebbels, Tagebucheintrag vom 2. November 1939).

Mit der Machtübertragung an die Nationalsozialisten am 30. Jänner 1933 wurde Eugenik und

²⁸ Mauthause Komitee Österreich, online unter <<https://www.mauthausen-guides.at/aussenlager-des-kz-mauthausen/orte-ehemaliger-aussenlager>> (2019-05-20).

²⁹ Wien Geschichte Wiki, Lager in Wien, online unter <https://www.geschichtewiki.wien.gv.at/Lager_in_Wien> (2019-11-29).

³⁰ Justus Liebig Universität Giessen, Erinnerungsort Malyj Trostenez. Geschichte und Erinnerung, online unter <<https://www.uni-giessen.de/ueber-uns/veranstaltungen/ausstellungen/Vernichtungsort%20Malyj%20Trostenez>> (2019-12-08).

³¹ Jörg *Ganzenmüller* (Hg), Raphael *Utz* (Hg), Orte der Shoa in Polen. Gedenkstätten zwischen Mahnmal und Museum. (Böhlau Verlag, Köln, Weimar, Wien 2016), 9-24.

Rassenhygiene staatlich gefördert, am 14. Juli 1933 Zwangsterilisation bei erbkranken Menschen und Alkoholikern angeordnet. Ab Herbst 1938/39 wurde gezieltes Töten von körperlich und geistig Kranken mittels Giftspritze, Kohlenmonoxyd oder durch Erschießen im sogenannten T4 Programm angeordnet (auch in Österreich, im Schloss Hartheim wurden Kranke durch Spritzen oder durch Kohlenmonoxyd in dafür präparierten LKWs getötet und im hausinternen Krematorium eingeäschert). Erst durch massive Proteste von Verwandten und der Kirche zog Hitler im August 1941 den Erlass zurück (das Töten ging allerdings „diskreter“ weiter). Töten durch Aushungern oder mittels Gas wurde in den KZs ab 1941 durchgeführt. Vernichtungsorte, eine spezielle Form der Konzentrationslager wurden nur für den Zweck der massenhaften Tötung von Juden und „Asozialen“ gebaut. Getötet wurde durch Anwendung von Gas (Zyklon B) welches in die Gaskammern eingeleitet wurde oder durch Genickschuss.³² Ab dem 14. Juni 1940 erfolgte der erste Transport von polnischen Häftlingen nach Auschwitz. Rudolf Höß war bereits mit der Lagerleitung beauftragt. Im März 1941 wurde mit dem Bau von Birkenau (Auschwitz II) begonnen. Kennzeichnend für diese Vernichtungsorte war die große Anzahl der Krematorien. Die Transporte von Verhafteten aus allen besetzten Ländern Europas wurden rasch organisiert und durchgeführt. Auschwitz-Birkenau (geschätzt werden 1,1 bis 1,4 Million ermordete Menschen) und Majdanek (bis zu 200.000 Menschen getötete Menschen) wurden als Vernichtungsorte und KZ organisiert. Weitere Massentötungsanlagen, allein zur Tötung der Häftlinge konzipiert, befanden sich in Belzec (600.000 Juden ermordet), Chelmno (Kulmhof) bis 1943 150.000 Juden und 5000 Roma und Sinti ermordet, Sobibor (250.000 Juden ermordet), Treblinka (750.000 Juden, Roma und Sinti ermordet). Die Todesrate betrug in diesen Vernichtungsorten über 99,9 %.

Arbeitslager

Aufgabe dieser Lager war es, arbeitsfähige Gefangene unter schwersten Bedingungen zum Arbeiten zu zwingen oder zu vermieten. Sie wurden in der Landwirtschaft, in der Industrie (Volkswagen, BMW, Siemens, I.G. Farben...), Rüstungsindustrie, Privatunternehmen oder für infrastrukturelle Bauten (Eisenbahn, Straßen, Dämme) und mit fortschreitender Bombardierung der Alliierten von der Rüstungsindustrie zum Stollenbau eingesetzt. Für diese Arbei-

³² Im autobiographischen Film von Konrad Wolf „Ich war Neunzehn“, wird in einer Sequenz ein Originalverhör eines SS Mannes gezeigt, in der dieser den Vorgang der Ermordung durch Genickschuss erklärt. Erstaunlich ist, dass die Gefangenen in den letzten Sekunden ihres Lebens durch Berührung an der Schulter und freundlichen Anreden beruhigt wurden und dabei sanft zu der Stelle der Tötung (Schlitz in der Wand durch den geschossen wurde) geführt wurden.

Auch das Einlegen der Zyklon B Kartusche in das Rohrsystem und das Öffnen dieser zum Vergasen der Menschen, wird in diesem Film gezeigt. Regie: Konrad Wolf, der Bruder von Markus Wolf (Geheimdienstchef der DDR). DEFA 1967.

ter mussten Abgaben gezahlt werden. So musste für einen Facharbeiter acht Mark pro Tag (heute ca. 43 Euro), einen einfachen Arbeiter vier Mark pro Tag (heute ca. 21,50 Euro) bezahlt werden. Das Geld erhielt die SS.³³

Nach der Kapitulation des NS Regimes, wurden viele dieser Lager von den Alliierten übernommen und für die Inhaftierung von „Displaced Persons“ verwendet.

Arbeitserziehungslager

Bis in die 1980er Jahre stellt diese Lagerart ein wenig erforschtes Thema der Geschichtswissenschaft dar, erst seit den 1990ern erfährt es intensivere Erforschung. Warum? Im Gegensatz zu den KZs und Vernichtungsorten, wurden die Häftlinge generell nicht lange in diesen Lagern behalten, maximal 90 Tage. Danach wurden sie an den ursprünglichen Arbeitsplatz zurückgebracht oder in ein KZ verlagert. Ein zweiter großer Unterschied war, dass die Arbeitserziehungslager (AEL), meist errichtet auf Ersuchen oder in enger Zusammenarbeit mit Firmen, von der lokalen Gestapo geführt wurden und die SS oder das Reichssicherheitshauptamt (RSHA) wenig Zugriff hatten. Oft wurden die AEL auf Firmengrund und auf Kosten dieser errichtet, das Wachpersonal und die Häftlinge wurden von ihnen ernährt. Alle Einnahmen durch die Arbeitseinsätze gingen an die Gestapo.

Im Reich und in den besetzten Gebieten wurden ca. 200 AEL errichtet, ca. 500.000 Häftlinge dürften während der Kriegsjahre in den Straflagern inhaftiert gewesen sein.³⁴ Die Lagerbedingungen waren aber ähnlich verheerend wie in den KZs. Inhaftiert wurden „*arbeitsscheue, arbeitsunlustige und arbeitsvertragsbrüchige*“ Personen (Erlass Heinrich Himmler vom 8. März 1940 (Errichtung von AEL), 28. Mai und 12. Dezember 1941 (Einsperren von Arbeitsverweigerern und „arbeitsunlustigen Elementen“). Die Lager dienten zur Disziplinierung von Deutschen und Ausländern, die am Arbeitsplatz unpolitischen Widerstand durch langsames Arbeiten, nicht erscheinen am Arbeitsplatz, „Krankfeiern“ oder durch oftmaliges Zuspätkommen, leisteten. Erste AELs wurden nach dem März-Erlass von Himmler im Frühling und Sommer 1940 (bis Mai 1941 existierten acht Lager für 2.000 Häftlinge) und ab dem Sommer 1942 (nach dem „Ostarbeitererlass“) bis 1944 weitere 200 AELs (für bis zu 40.000 Häftlinge) errichtet. Sehr oft wurden Arbeiter von den Firmen wegen Arbeitsverweigerung angezeigt, meist ohne Gerichtsverfahren in das nahe AEL eingewiesen um dann zur Arbeit gezwungen zu werden. Der größte Teil des Lohnes wurde an die zuständige Gestapo überwiesen, der Inhaftierte bekam minimales Taschengeld.

³³ Kurt Bauer, Zum Entstehen der Anhaltelager in Österreich 1933/34, 268-428.

³⁴ Cord Pagenstecher, Arbeiterziehungslager. In: Wolfgang Benz (Hg), Barbara Distel (Hg), Der Ort des Terrors. Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager, Band 9. (Verlag C.H.Beck, München 2009), 75-99.

Ab 1944 wurden AELs auch für inländische und ausländische Frauen eingerichtet. Ziel war es, die „Bummelantinnen“, die wegen unentschuldigtem Fernbleiben inhaftiert wurden, zu disziplinieren. Gründe für die „Bummelei“ waren vielfach die um vieles schlechtere Bezahlung gegenüber Männern (fehlende Motivation) und natürlich die Familie. Da auch am Samstag gearbeitet werden musste, blieb wenig Zeit, sich um die Kinder zu kümmern, daher betrug gerade am Samstag die durchschnittliche unentschuldigte Abwesenheit bis zu 45 %. Wie auch bei den Männern, war das AEL sehr oft eine Durchgangsstation zum KZ. Infektionskrankheiten waren durch die schlechten Sanitäranlagen und die katastrophalen Haftbedingungen, üblich. Viele der Inhaftierten starben, auch durch Misshandlungen, in den Lagern. Im AEL Wilhelmsburg starb jede zweite Frau durch Infektion oder brutale Behandlung. Verglichen mit der Todesrate in den AELs für Männer, ist das extrem hoch. Als Todesursache wurde oft Herzversagen oder Lungenentzündung angegeben.

Bei den Nürnberger Prozessen gab RSHA-Chef Ernst Kaltenbrunner auch zu, dass die Arbeitsbedingungen und Lebensverhältnisse in diesen Einrichtungen härter waren als in den KZs. Schlechte Kleidung, ungeheizte und überfüllte Baracken, wenig Nahrung, keine ärztliche Betreuung und Misshandlungen waren üblich. Wegen der auf 21 Tage begrenzten Haftzeit (konnte verlängert werden, jedoch nicht über 56 Tage hinaus), sind weniger Tote als in den KZs verzeichnet, was jedoch nicht heißt, dass die Anzahl eine geringe war. Häftlinge wurden durch das Wachpersonal sehr oft misshandelt, wegen minimaler Vergehen erschlagen oder erschossen oder sie starben durch Seuchen im Lager. Die geringere Anzahl an Toten erklärt sich nicht nur durch die begrenzte Inhaftierungszeit, sondern damit, dass die Häftlinge bei Fehlen am Arbeitsplatz (durch Krankheit oder Ermattung) in KZs oder andere Arbeitslager überwiesen wurden. Trotz der begrenzten Inhaftierungszeit oder der rechtzeitigen Abschiebung in KZs stieg die Zahl der Toten in die - zigtausende.³⁵

Einige Lager waren trotzdem als Todeslager berüchtigt. In Farge (nördlich von Bremen), Lahde (westlich von Hannover), Watenstedt (bei Braunschweig) oder Rattwitz (Polen) starben bis zu 27 Personen pro Tag bei einer Belegschaft von ca. 200 bis 600 Häftlingen, entweder wegen der oben beschriebenen Lagerzustände, wegen Kameradschaftsdiebstählen (schwachen und kranken Insassen wurden oft Decken und Speisen gestohlen) oder wegen Ermordung durch das Wachpersonal.³⁶

Arbeitserziehungslager in Österreich (Schuschnigg Diktatur):

1935: Bettlerhaftanstalt Schlögen (OÖ).

³⁵ Cord Pagenstecher, *Arbeitserziehungslager*, 75-99.

³⁶ Gabriele Lotfi, *KZ der Gestapo. Arbeitserziehungslager im Dritten Reich*. (Stuttgart, München 2000), 19-292.

Nach dem Einmarsch der Nationalsozialisten errichtete AELs:

Oberlanzendorf (NÖ), Atzenbrugg/Moosbierbaum (NÖ), Schörgenhub-Wegscheid (OÖ), Weyer (bei Salzburg), Innsbruck-Reichenau (Tirol), Kraut bei Seeboden (Kärnten), Niklasdorf (Stmk), Frauenberg (Stmk), St. Dionysen (Stmk), Niklasdorf (Stmk).

Betriebliche Erziehungslager:

St. Valentin (NÖ), Siebenhirten (Wien).³⁷

2.2.8 Zwangsarbeitslager außerhalb Europas während und nach dem Zweitem Weltkrieg.

Hier möchte ich nur einen kurzen Überblick geben, um zu erinnern, dass KZs, wenn auch nicht in der negativen Konnotation der deutschen KZs, bis heute vorhanden sind. Dies soll kein detaillierter Bericht sein, sondern nur zeigen, dass das System der Masseninhaftierungen nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs nicht verschwunden ist.

Großbritannien inhaftierte ab Mai 1940 29.000 „Aliens“ und brachte sie auf St. Helena, nach Kanada oder nach Australien. Ab Jänner 1943 gab es in Australien fast 17.000 Kriegsgefangene.

In den *USA* wurden nach dem Angriff auf Pearl Harbour alle Japaner inhaftiert. Betroffen waren 240.000 Japaner, aber auch Italiener und Deutsche wurden in Sammelzentren angehalten.

Japan inhaftierte Briten und Amerikaner. Diese Lager waren wegen ihrer oft unmenschlichen Härte berüchtigt. Die Gefangenenlager waren auf den Philippinen und in Singapur.

In *Griechenland* wurden von 1947 bis 1974 Internierungslager für die „Umerziehung“ von Kommunisten und Systemkritikern errichtet. Gewaltanwendungen waren hier an der Tagesordnung.

Frankreich „sammelte“ 1954 während des Algerienkrieges die Zivilisten in Sperrzonen um den Kontakt zu den Rebellen zu unterbinden. Sie wählten dieselbe Isolationsmethode wie die Spanier auf Kuba 1895.

Vietnam/Laos/Kambodscha: Die ersten Internierungslager errichteten die Franzosen im Indochina-Krieg ab 1946. In Summe wurden 26.000 Kriegsgefangene in tlw. brutal geführten Lagern inhaftiert. Nach der Teilung Vietnams 1954 wurden im Süden des Landes „Zentren“ für Infrastrukturmaßnahmen errichtet um eine ideologische Umerziehung der Kommunisten durchzuführen. Dörfer als Zentrum der Gemeinschaft wurden zu „strategischen Orten“ ernannt und vom Militär bewacht um den Einfall von Norden zu verhindern. KZs waren diese

³⁷ Gabriele Lotfi, KZ der Gestapo, 440.

Dörfer nicht, aber das Leben war durch das Militär und durch die Einzäunung mit Stacheldraht kontrolliert. Gefangenenlager wurden durch hohe, zugespitzte Bambusstangen geschützt. Nach dem Zaun wurde ein tiefer Graben, bespickt mit zugespitzten Bambusstöcken gegraben, der das Fliehen unmöglich machte. In diesen Lagern herrschte totale Unterdrückung und Gewalt.

China, wurde zu einem Hort von Konzentrationslagern, Gewaltherrschaft, Willkür und Umerziehungsmaßnahmen ab der Machtergreifung Maos bis in die 1970er. Besserungslager (Laogai), Umerziehungslager (Laojiao)³⁸ oder Arbeitslager (Jiuye) sind unterschiedliche Typen und werden anhand der „Strenge der notwendigen Maßnahmen zur Umerziehung“ gegliedert. Laogai wird zum Überbegriff der chinesischen KZs. Verschiedene Schätzungen gehen von 20 bis 50 Millionen inhaftierter Chinesen zwischen 1949 und 1983 aus.

Heute noch gibt es in *Nordkorea* und *Kuba* Internierungslager.

Die Lager in *Argentinien* und *Chile* in den 1970er und den frühen 1980er Jahren wurden unter den Militärdiktaturen der beiden Länder durch die darin praktizierten brutalen Behandlungen bekannt. Folterungen und Erschießung wurden schnell publik und nach der Absetzung des diktatorisch regierenden Generäle Pinochet und der Militärjunta in Argentinien aufgelöst.

Jugoslawien: zwischen 1992 und 1993 errichteten alle kriegsführenden Parteien Internierungslager. Gefangene wurden unter menschenunwürdigen Bedingungen eingesperrt. Folter, Vergewaltigung und Mord waren besonders durch die Serben im Lager Omarska (Bosnien-Herzegovina) üblich. Schätzungen der UNHCR gehen von bis zu 5.000 Toten aus.³⁹

Amerika – Guantanamo: Das Lager wurde nach den Anschlägen am 11. 9. 2001 von den Amerikanern in ihrer Exklave auf Cuba errichtet um verdächtige Afghanen ohne Gerichtsurteil und ohne Recht als Kriegsgefangene oder als zivile Gefangene zu inhaftieren. Die Inhaftierten wurden in Käfigen ohne jeden Sichtschutz und ohne jede private Atmosphäre, den Witterungsbedingungen ausgesetzt, eingesperrt. Folter durch Schlafentzug oder Waterboarding wurden bekannt. Trotzdem Präsident Barack Obama die Schließung angekündigte, existiert das Lager noch immer.

2.2.9 Anhaltelager in Österreich

Die Regierung Dr. Dollfuß und danach Schuschnigg vermieden streng den Begriff "Konzentrationslager" und wählten bewusst, als Abstand zu den Konzentrationslagern in Deutschland,

³⁸ Bemerkenswert ist, dass dieser Typ von Lager 1957 als Reaktion des Volksaufstandes in Ungarn 1956 entstanden ist.

³⁹ Kurt Bauer, Zum Entstehen der Anhaltelager in Österreich 1933/34, 429-660.

den Begriff „Anhaltelager“. Vergleiche mit den deutschen Konzentrationslagern wurden heftig dementiert.

Allerdings wurden Angehaltene ohne gerichtliches Verfahren und Urteil willkürlich in Lagern inhaftiert. Die Lager waren ein umzäunter, bewachter Bereich, in denen die Gefangenen keinen Ausgang hatten, sich aber innerhalb der Umzäunung frei bewegen konnten. Arbeiten oder sonstige abwechselnde Beschäftigungen wurden nicht erlaubt. Mit der Verordnung BGBL Nr. 431 vom 23. September 1933 wurde die Basis zur Inhaftierung in Anhaltelagern geschaffen. In Niederösterreich, Oberösterreich, Kärnten, Salzburg, der Steiermark und dem Burgenland wurden, wenn auch oft nur kurzzeitig, 24 Anhaltelager errichtet. Das Größte war in Wöllersdorf mit einer Maximalbelegung von 5.063 Internierten (Stand: 23. September 1934). Das Kleinste im Burgenland (Kaisersteinbruch) mit 25 Inhaftierten vom 22. Jänner 1934 bis 30. April 1934. Anhaltelager existierten vom 17. Oktober 1933 bis Februar 1938.⁴⁰

Allerdings wurden in Österreich ab April 1947 wieder Anhaltelager gesetzlich legitimiert. Ziel war es, „belastete“ Personen einzusperren. Zum Unterschied der Kanzlerdiktatur, wurden die Angehaltenen mittels Haftbefehl und einem Urteil innerhalb von 15 Tagen verurteilt. Als Anhaltelager waren staatliche Gefängnisse vorgesehen (in Wien war es das "graue Haus", die Justizanstalt Josefstadt).⁴¹

Heute wird in der politischen Diskussion schon wieder von Anhaltelagern gesprochen. So forderte Sebastian Kurz, Bundeskanzler von Österreich, die Errichtung solcher in Lampedusa.⁴² Auch die Forderung nach „Transitzentren“ in Ägypten, Tunesien, Algerien, Marokko und Niger, kommt jener nach Anhaltelagern gleich. Die Flüchtlinge müssten sich im Lager bis zur Erteilung eines Visums aufhalten und das impliziert für mich ein bewachtes Lager.

⁴⁰ Wilhelm J. Wagner, *Bildatlas der österreichischen Zeitgeschichte 1918-1938*. (Wien/Köln/Weimar 2007).

⁴¹ Österreichische Nationalbibliothek, ANNO, Wiener Zeitung, 9. April 1947, 3.

⁴² Der Standard (20. 7. 2017), online unter <<https://www.derstandard.at/story/2000061591674/sozialdemokratischer-fraktionsvorsitzender-kurz-will-aus-lampedusa-ein-anhaltelager-machen>> (2018-12-08).

3. ANHALTELAGER WÖLLERSDORF

3.1 Geschichte Wöllersdorf: vom Raketendörfel bis zum Anhaltelager

Im Gebiet nordwestlich von Wiener Neustadt entstanden Ende des 18. Jahrhundert etliche kleine Pulvermühlen, die dann 1815 auf einem Areal bei Wöllersdorf konzentriert wurden. Im Volksmund hieß dieses Areal bald „Raketendörfel“ weil hier Versuche mit Raketen (Abschussvorrichtungen) gemacht wurden und Heißluftballone mit Spreng- und Brandkörpern hergestellt wurden.

Erste Erwähnung der Raketenanstalt findet sich in der „Wiener Zeitung“ vom 25. Juli 1849, die über einen Besuch des Kaisers in Wiener Neustadt und der Raketenanstalt berichtet. Ende des 19. Jahrhunderts wurde auf die Produktion von Artilleriegeschossen und Munition umgestellt und ab 1895 als „k. u. k. Munitionswerke Wöllersdorf“ ausgebaut. Umfasste der Mitarbeiterstab um 1900 800 Beschäftigte, stieg er während des Ersten Weltkrieges auf 15.000 an. Nach dem Krieg wurden die „Wöllersdorfer Werke AG“ durch private Unternehmer gegründet, aber durch Misswirtschaft und Streitereien unter den Aktionären immer mehr abgebaut. Ende der 1920er Jahre wurden Munition, landwirtschaftliche Maschinen, Metallwaren, Metallfedern aber auch Holzwaren, Bonbons und Marmelade hergestellt. 1933 wurde die AG aufgelöst, nur mehr kleinere Betriebe waren angesiedelt. Die Regierung Dollfuß beschloss im September 1933 den Ausbau des weitgehend leerstehenden Areals zum Anhaltelager. Am 2. April 1938, nach dem Einmarsch der Nationalsozialisten, wurde unter großer Inszenierung eine Halle („schwarze Baracke“) abgebrannt und der Ort „Wöllersdorf Feuerwerksanstalt“ in „Wöllersdorf Trutzdorf“ umbenannt und damit das Ende der „Gewaltherrschaft“ des Austrofaschismus gefeiert.⁴³ Das Inventar des Lagers wurde noch im April 1938 in das KZ Mauthausen transportiert.

3.2 Politische Vorgeschichte, der Weg zu den Anhaltelagern in Österreich

Kriegswirtschaftliches Ermächtigungsgesetz (KWEG):

Da das KWEG nach der Ausschaltung des Parlaments bis zur Verfassungsänderung vom 1. Mai 1934 von Dollfuß immer wieder als Vorwand für Verordnungen herangezogen wurde um die demokratischen Strukturen schrittweise abzubauen, möchte ich kurz darauf eingehen. Das KWEG wurde am 24. Juli 1917 als Nachfolge, der in der Monarchie erlassenen Verord-

⁴³ Klaus-Dieter Mulley (Hg), Hans Leopold, Geschoße-Skandale-Stacheldraht. Arbeiterschaft und Rüstungsindustrie in Wöllersdorf, Enzesfeld und Hirtenberg. Eigenverlag der Gewerkschaft der Eisenbahner, Ortsgruppe Ebenfurth Pottendorfer Linie. (Ebenfurth 1999).

nung vom 10. Oktober 1914 anlässlich des Kriegsbeginns, neu geregelt. Diese Verordnung vom 10. Oktober 1914 war wieder eine Folge des § 14 des Staatsgrundgesetzes vom 21. Dezember 1867, welches besagt, dass Verordnungen ohne Reichsrat beschlossen werden dürfen. Jedoch musste das Parlament (Abgeordneten- und Herrenhaus) innerhalb von vier Wochen der Verordnung zustimmen, sonst erlosch diese. Die Verordnung von 1914 wurde in den Kriegsjahren 510 Mal angewendet, allerdings nur für kriegswirtschaftliche Notwendigkeiten. Mit der Ausrufung der Republik blieb das KWEG bestehen und wurde bei zirka einem Viertel aller Gesetze und Verordnungen angewendet. Am 1. Oktober 1920 wurde das KWEG in die neue Verfassung übernommen (§7/2) und verblieb auch in der zweiten Verfassung vom 11. Dezember 1929 bestehen.

Anzahl der Verordnungen unter Berufung des KWEG:

30. Oktober 1918 bis Anfang März 1919: 48 Verordnungen.

1. Jänner 1919 bis 1. Oktober 1920: 344 Verordnungen.

1. Oktober 1920 bis Oktober 1923: 187 Verordnungen.

1924 bis 1931: 56 Verordnungen.

1932: 2 (Credit-Anstalt bezogene Verordnungen von Oktober und Dezember).

Ab März 1933 wurde mittels KWEG regiert und dieses mehr als 300 Mal angewandt.⁴⁴

Der Weg zur Kanzlerdiktatur war ein langer und durch die Entwicklung der politischen Struktur in der Ersten Republik mannigfaltig; von der Konkurrenz der politischen Parteien, dem Anschlusswillen an Deutschland, der Finanzkrise in den frühen 1930ern, den diversen Wehrverbänden und der Konkurrenz zueinander, dem Entstehen des Faschismus in Europa und auch dem Nationalismus.

Es ist nicht Ziel dieser Zusammenfassung, alle Ursachen aufzuzählen, daher beschränke ich mich auf die, wie ich meine, Direkteste: die Finanzkrise von 1931 und deren weiteren Folgen bis hin zu den Gehaltsauszahlungsmaßnahmen für die Eisenbahner die in der Parlamentsdiskussion mit dem Rücktritt der drei Nationalratspräsidenten endete. Auch die Ergebnisse der Nationalratswahlen 1930 spielten wegen der knappen Mehrheitsverhältnisse eine wichtige Rolle.⁴⁵

Kurt Bauer schreibt zwar, dass es ohne die Machtübertragung an Hitler im Jänner 1933 nie zur Kanzlerdiktatur gekommen wäre,⁴⁶ ich denke aber, dass diese Geschehnisse in Deutsch-

⁴⁴ Hannes Leidinger, Verena Moritz, Das Kriegswirtschaftliche Ermächtigungsgesetz (KWEG) vor dem Hintergrund der österreichischen Verfassungsentwicklung. In: Florian Wenninger, Lucile Dreidemy (Hg.), Das Dollfuss/Schuschnigg-Regime 1933-1938. Vermessung eines Forschungsfeldes. (Wien, Köln, Weimar 2013).

⁴⁵ Anton Staudinger, Austrofaschismus „Österreich“ Ideologie. In: Emmerich Talos, Wolfgang Neugebauer (Hg.), Austrofaschismus. Politik-Ökonomie-Kultur 1933-1938), 7.Auflage. (Wien, Münster 2014).

⁴⁶ Kurt Bauer, Zum Entstehen der Anhaltelager in Österreich 1933/34, 825-836.

land nicht die primären Ursachen für das Handeln von Dollfuß waren. Auch ist die „Reaktionszeit“ zwischen der Machtübertragung Hitlers (30. Jänner 1933) und der „Geschäftsordnungs- und Wirtschaftskrise“ des Parlaments (4. März 1933) eine zu kurze. Beim besten Willen kann eine diktatorische Machtergreifung in so kurzer Zeit nicht geplant werden. Vielmehr zeigt Dollfuß schon in seiner „politischen Jugend“ eine positive Einstellung zur Ausgrenzung. So verlangte er im Jahre 1920 den Ausschluss der Juden aus der Franco Bavaria, eine Verbindung des Cartellverbandes (CV), allerdings ohne Erfolg.⁴⁷ Auch wurden in Ministerratssitzungen seiner Regierung kritische Bemerkungen zum Parlamentarismus von verschiedenen Ministern gemacht. Dass einige Verordnungen der NSDAP im Laufe der Zeit als Vorbild gewirkt haben könnten, sei unbestritten (z.B.: „Schutzhaft“ als Terminus für die Inhaftierung ohne Gerichtsurteil).

Am 11. Mai 1931 wurde die Bilanz der *Creditanstalt für Handel und Gewerbe* veröffentlicht und der (nicht einbringbare) Verlust von 140 Millionen Schilling bekannt gegeben (entspricht heute etwa 500 Millionen Euro). Um die Bank wegen der wirtschaftlichen Verflechtungen zu retten, musste der Staat Garantien gegenüber den ausländischen Investoren übernehmen, die bald auf 1,2 Milliarden Schilling (heute ca. 4,3 Milliarden Euro) anstiegen. Während der Verhandlungen mit dem Völkerbund zwecks Anleihe trat die Regierung Ender zurück, weil eine Zollunion mit Deutschland in den Verträgen abgelehnt wurde. Seipel wurde vom Bundespräsidenten Miklas zur Regierungsbildung aufgefordert, konnte jedoch keine Regierungsmehrheit zustande bringen. Buresch wurde am 20. Juni 1931 Kanzler und verhandelte um die Anleihe. Verschärft wurde die finanzielle Situation auch noch, da das Bruttonationalprodukt (BNP) über 20 % unter dem von 1929 lag. Um das Budget zu sanieren, wurden Personalabbau und Kürzungen der Gehälter der Bundesangestellten, Kürzungen bei Arbeitslosen- und Notstandsunterstützungen, Steuererhöhungen auf Einkommen, Vermögen, Verkehrs- und Kraftwagen sowie Abgaben auf Bier und Zucker beschlossen.⁴⁸ Buresch trat am 6. Mai 1932 zurück, da die Regierungskoalition an der Frage eines Wahltermines zerbrach. Ab dem 20. Mai 1932 regierte die Christlich-Soziale Partei unter Engelbert Dollfuß in Koalition mit Landbund und Heimatblock mit einer Mehrheit von einem Mandat.⁴⁹

Der Völkerbund gewährt Österreich am 15. Juli 1932 eine Anleihe über 300 Millionen Schilling mit einer Laufzeit von 20 Jahren (*Lausanner Verträge*). Diese wurden am 23. August 1932 nach einem Beharrungsbeschluss im Parlament angenommen.

⁴⁷ Harald Lönnecker, Die Versammlung der „besseren Nationalsozialisten“? Der Völkische Waffenring (VWR) zwischen Antisemitismus und korporativem Elitarismus. In: Burschenschaftsgeschichte.de. (2003), 7.

⁴⁸ Emmerich Talos, Wolfgang Neugebauer (Hg.), Austrofaschismus Politik-Ökonomie-Kultur 1933-1938. (Wien, Münster 2014).

⁴⁹ Walter Göhring, Brigitte Pellar, Anpassung und Widerstand. Arbeiterkammern und Gewerkschaften im österreichischen Ständestaat. (Wien 2001).

Um eine weitere Sanierung der *Creditanstalt für Handel und Gewerbe* schnell und ohne lange Diskussionen durchzubringen, aktivierte Dollfuß am 1. Oktober 1932 zum ersten Mal in seiner Kanzlerschaft das „Kriegswirtschaftliche Ermächtigungsgesetz“ (KWEG). Damit konnte er Verordnungen unter Umgehung des Parlamentes durchsetzen.⁵⁰

Dollfuß wollte und musste das Budget sanieren. Dazu gehörte auch, das Defizit der Bundesbahn abzubauen (er war seit 1. Oktober 1930 Präsident der Bundesbahnen Österreich). Als Maßnahmen sollten das Pensionsantrittsalter auf 60 Jahre angehoben werden, der Pensionsbezug gekürzt und da kurzfristig das Geld fehlte, auch der Monatslohn für den Monat März 1933 in drei Teilen ausbezahlt werden. Die Eisenbahner antworteten am 1. März 1933 mit einem dreistündigen Warnstreik. Wieder unter Berufung auf das KWEG ließ Dollfuß das Bundesheer und die Gendarmerie Bahnhöfe besetzen und kündigte Strafmaßnahmen gegen die Streikenden an. Daraufhin beantragten die Sozialdemokraten eine außerordentliche Nationalratssitzung für den 4. März 1933. Nach einer Abstimmungspanne, -es wurden von einem sozialdemokratischen Abgeordneten zwei Stimmzettel abgegeben und von seinem Nachbar derselben Partei kein Stimmzettel-, erkannte aber Karl Renner als Nationalratspräsident das Ergebnis an. Es kam zu Tumulten. Karl Renner (SDAP) erklärte seinen Rücktritt. Der zweite Präsident übernahm den Vorsitz, wollte die Abstimmung wiederholen lassen, Seitz protestierte, Rudolf Ramek (CSP) trat daraufhin ebenfalls zurück. Der dritte Präsident Sepp Straffer (NWB) trat sofort zurück. Die Nationalratssitzung konnte damit formal nicht geschlossen werden.^{51 52}

Bemerkenswert ist, dass in Wien Bürgermeister Seitz und Stadtrat Danneberg (Finanzen) im Sommer, Herbst und Winter 1933 erfolgreich mehrere Verhandlungen mit den Straßenbahnern und den Gemeindebediensteten wegen Lohnsplitting und auch Lohnkürzungen (bis zu 7 Prozent) führten. Der letzte Bericht in der Rathauskorrespondenz über Lohnkürzung erfolgte am 4. Jänner 1934 (mit Wirksamkeit ab 1. Jänner 1934).

Die Regierung Dollfuß trat am 7. März formal zurück, wurde aber vom Bundespräsidenten Wilhelm Miklas mit der Weiterführung der Geschäfte beauftragt. Am 8. März veröffentlicht Dollfuß in der Wiener Zeitung den Aufruf „An Österreichs Volk“ und erklärt, dass es eine „schwere Krise des Parlaments“, aber „keine Staatskrise“ gäbe. Er aktivierte abermals das

⁵⁰ Hugo Portisch, Österreich I. Die unterschätzte Republik, (Wien 1989), 417.

⁵¹ Hugo Portisch, Österreich I. Die unterschätzte Republik, 422-424.

⁵² Ein Rücktritt der drei Parlamentspräsidenten war in der Bundesverfassung nicht vorgesehen. Verfassungsjuristen sind aber der Ansicht, dass diese Geschäftsordnungskrise einvernehmlich gelöst hätte werden können. Austria Forum, online unter <https://austria-forum.org/af/AustriaWiki/Selbstausschaltung_des_Parlaments> (2020-01-08).

KWEG und untersagte gleichzeitig Aufmärsche und Demonstrationen.⁵³

Dass die Regierung Dollfuß die Abstimmungskrise so schnell nutzte um das Parlament auszuschalten, war kein Zufall. Diskussionen im Ministerrat zeigten, dass das Parlament als Hemmschuh der eigenen Ziele gesehen wurde. Schon bald nach dem Antritt der Regierung 1932 verlangte Justizminister Kurt Schuschnigg, dass ein Regieren ohne das Einbeziehen des Parlaments möglich sein müsse und eine Lösung in der nächsten Zeit gefunden werden müsse.⁵⁴ (Schuschnigg fällt hier als „Scharfmacher“ auf, was während der Kanzlerdiktatur unter Dollfuß noch deutlicher wird. Unterstützt wird er später, nach der Ausschaltung des Parlaments, auf diesem radikalen Weg von Fey, Starhemberg und Neustädter-Stürmer).

Schon am 8. März wies Justizminister Kurt Schuschnigg die Staatsanwaltschaft auf die neuen Methoden hin und begründete die Einschränkung der Presse mit der Notwendigkeit der Bekämpfung von „staats- und volksschädlichem Missbrauch der Pressefreiheit“.⁵⁵

Eine am 15. März von Sepp Straffer einberufene Nationalratssitzung wurde blockiert, die Polizei hinderte die erschienen Abgeordneten am Betreten des Parlaments.

Bem: Das Bild, das heute jeder kennt, der sich mit den 1930er Jahren beschäftigt, zeigt die Polizei mit Stacheldrahtsperrern, die die Abgeordneten am Betreten des Parlamentes hindern.

Dollfuß erklärte das Parlament für arbeitsunfähig und aktivierte abermals das KWEG.

Verbote wurden in schneller Folge ausgesprochen:

31. März: Verbot des „Republikanischen Schutzbund“.

26. Mai: Verbot der „Kommunistischen Partei“.

19. Juni: Betätigungsverbot der „NSDAP“ und sukzessive Einschränkung des Versammlungs- und Demonstrationsrechtes.⁵⁶

Zusätzlich wurde am 27. Mai 1933 der Verfassungsgerichtshof ausgeschaltet.⁵⁷ Am 11. September deklarierte Dollfuß in der „Trabrennplatzrede“ den „*Ständestaat unter starker autoritärer Führung*“. Am 23. September 1933 wurde eine Verordnung (BGBl. Nr. 431) verabschiedet, in der verhaftete politische Gegner ohne Gerichtsverfahren im ehemaligen Feuerwerksgelände in Wöllersdorf „angehalten“ werden konnten. Das Anhaltelager Wöllersdorf

⁵³ Österreichische Nationalbibliothek, ANNO, Historische Österreichische Zeitungen und Zeitschriften, Salzburger Chronik, 8. März 1933, 1, online unter < <http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=sch&datum=19330308&seite=1&zoom=33> > 2018-03-20).

⁵⁴ Österreichisches Staatsarchiv (ÖStA), Ministerratsprotokolle der Regierung Dollfuß und Schuschnigg Ministerratsprotokoll Nr. 888, 17.6.1932, 244.

⁵⁵ Wolfgang Neugebauer, Repressionsapparat und –maßnahmen 1933-1938. In: Emmerich Talos, Wolfgang Neugebauer (Hg.), Austrofaschismus. Politik-Ökonomie-Kultur 1933-1938), 7. Auflage. (Wien, Münster 2014).

⁵⁶ Christian Lackner, Brigitte Mazohl, Walter Pohl, Oliver Rathkolb, Thomas Winkelbauer (Hg.), Geschichte Österreichs. Philipp Reclam, (Stuttgart 2015), 484.

⁵⁷ Eva-Maria Sedlak, Politische Sanktionen gegen öffentliche Bedienstete im österreichischen Ständestaat“. (ungedr. geisteswiss. Diss. Wien 2004).

war somit das Erste von mehreren, die über ganz Österreich verteilt waren.⁵⁸ In der Regierungsverordnung vom 11. November 1933 wurde die in der Verfassung von 1920 abgeschaffte Hinrichtung durch das Standrecht wieder eingeführt, jedoch am 21. Februar 1934 für kurze Zeit wieder aufgehoben. Vom 12. bis zum 15. Februar 1934 herrschten bewaffnete Kämpfe in Österreich.

Am 25. Juli 1934 wurde Bundeskanzler Dollfuß in den Räumen des Bundeskanzleramtes, während eines Putschversuches der Nationalsozialisten, durch zwei Schüsse ermordet. Am 30. Juli übernahm Kurt Schuschnigg die Regierung. Die Anhaltelager blieben auch unter Schuschnigg bestehen.

Wie bereits erwähnt, war auf Grund der Verordnung im BGBL Nr. 431/1933 die Anhaltung und Verwahrung „sicherheitsgefährlicher Personen“ erlaubt. Ausdrücklich wurde in der Bestimmung vom Terminus „Konzentrationslager“ Abstand genommen. Mit dem 23. September 1933 trat diese Verordnung in Kraft. Wöllersdorf, neben vielen kleineren das größte Anhaltelager, wurde am 17. Oktober 1933 mit den ersten Häftlingen beschickt. Unter den ersten Gefangenen befand sich auch eine Frau, die jedoch nach einigen Tagen in ein Krankenhaus eingeliefert wurde. Generell wurden Frauen ins Gefängnis gesteckt und Männer ins Anhaltelager. Verschärfend kam dazu, dass pro Anhaltetag sechs Schilling (entspricht 2019 ca. 22 Euro) für die Kosten von den Inhaftierten zu zahlen waren.⁵⁹

3.3 Verschiedene Bezeichnungen der Zeit zwischen 1933 und 1938⁶⁰

In der Berichterstattung und in der Geschichtswissenschaft finden sich verschiedene Bezeichnungen für die politische Situation in der Zeit zwischen 1933 bis 1938. Dies führt manchmal zur Verwirrung. Folgend versuche ich eine Erklärung zu geben und auf den neuesten Stand der Diskussion hinzuweisen.

3.3.1 Austrofaschismus

Otto Bauer verwendet im Exil zusätzlich Begriffe wie Klerikofaschismus, Heimwehrafaschismus, Österreichischer Faschismus und nach dem Anschluss 1938 Halbfaschismus.⁶¹ Dies zeigt schon, dass er differenziert. Karl Renner verwendete die Bezeichnung „Dollfuß- und Hitlerfaschismus“ 1945 in einem Brief an Stalin. Er traf dabei keine Unterscheidung zwischen

⁵⁸ Wilhelm J. Wagner, Bildatlas zur Zeitgeschichte Österreichs 1918-1938. Böhlau Verlag, Wien 2007.

⁵⁹ Wolfgang Neugebauer, Repressionsapparat und –maßnahmen 1933-1938, 301-317.

⁶⁰ Zum Teil verwende ich hier Erklärungen, wie diese im „Haus der Geschichte Österreichs“ ausgestellt sind.

⁶¹ Emmerich Talos, Wolfgang Neugebauer (Hg.), Austrofaschismus Politik-Ökonomie-Kultur 1933-1938. (Wien 1984), 203.

dem deutschen-, dem italienischen und dem österreichischen Faschismus. Renner behielt diese „Nicht-Unterscheidung“ über Jahre konsequent bei.⁶² Seit den 1930er Jahren wurde dieser Begriff von den Gegnern des Regimes verwendet und in den 1970ern in der historischen Debatte eingeführt. Tim Kirk schrieb 2003, dass diese Bezeichnung nicht hilft, das System zu beschreiben⁶³. Diskussionen über diesen Begriff wurden auch innerösterreichisch geführt (Austrofaschismus vs. Ständestaat: Diskussion Kurt Bauer vs. Emmerich Talos).⁶⁴

3.3.2 Autoritärer Ständestaat oder Ständestaat Diktatur

Wissenschaftlicher Konsensbegriff ab den 1970ern, sie betonen den autoritären Charakter bzw. die Diktatur.

Nur ist der Begriff, meines Erachtens, ein Falscher. Zwar wurde in der Verfassung vom 24. April bzw. 1. Mai 1934 im Artikel 2 die Ständische Ordnung verankert (Grundlage bildete die Enzyklika "Quadragesimo Anno"), jedoch nie zur Gänze umgesetzt.⁶⁵ Der Ständestaat sollte acht Berufsstände umfassen (Clemens Holzmeister entwarf dazu Symbole für Landwirtschaft, Industrie, Gewerbe, Handel und Verkehr, Geld und Kreditwesen, Öffentlicher Dienst, Freie Berufe, Kirche, Kunst und Wissenschaft,), diese Anzahl wurde nie erreicht.

3.3.3 Österreichischer Ständestaat

Wurde als Selbstcharakterisierung verwendet, auch in der Verfassung vom 1. Mai 1934 so bezeichnet und soll sich damit vom Nationalsozialistischen Deutschland abheben. Jedoch wurde das Konzept der acht Stände nie zur Gänze umgesetzt. Lediglich die Rahmenbedingungen wurden festgelegt, eine entsprechende Organisation jedoch nie geschaffen, obwohl in verschiedenen Ministerräten darüber gesprochen wurde. Als Stand wurden folgende Berufsgruppen definiert:

- Land- und Forstwirtschaft,
- Gewerbe,
- Industrie und Bergbau,
- Geld-, Kredit- und Versicherungswesen,

⁶² Helmut Wohnout, Zwischen Ständestaat und Austrofaschismus. Anmerkungen zur österreichischen Kanzlerdiktatur 1933/34-1938. In: Werner Anzenberger, Heimo Halbrainer (Hg.), „Unrecht im Sinne des Rechtsstaates“. Die Steiermark im Austrofaschismus. (Graz 2014), 20.

⁶³ Helmut Wohnout, Zwischen Ständestaat und Austrofaschismus, 24.

⁶⁴ Werner Anzenberger, Das Aufhebungs- und Rehabilitationsgesetz 2011: ein Schlussstrich. Werner Anzenberger, Heimo Halbrainer (Hg.), „Unrecht im Sinne des Rechtsstaates“. Die Steiermark im Austrofaschismus, 112.

⁶⁵ Verordnung der Bundesregierung vom 24. April 1934 über die Verfassung des Bundesstaates Österreich B.G.Bl. 1934 I. Nr. 239, online unter <<http://www.verfassungen.at/at34-38/index34.htm>> (2019-03-25).

- Handel und Verkehr,
- Freie Berufe,
- Öffentlicher Dienst
- Kirche, Wissenschaft und Kunst

(vom Architekten Clemens Holzmeister gab es Symbolentwürfe dafür).

3.3.4 Kanzlerdiktatur

In Verwendung seit den 1990ern. Vermeidet damit die nicht richtige Behauptung des Ständestaates und des Austrofaschismus und verweist trotzdem auf eine Diktatur unter einem autoritär regierenden Kanzler. Helmut Wahnout spricht von einer Kanzlerdiktatur, - das Führerprinzip wurde am 1. Mai 1934 in der Verfassung verankert. Gleichzeitig wurde die Vaterländische Front (VF) gesetzlich festgesetzt und damit erhält Dollfuß als Führer der Regierung und der VF eine fast unbeschränkte Macht. Der Führerkult erreichte erst nach seinem Tod eine alltägliche Präsenz.⁶⁶

3.3.5 Dollfuß/Schuschnigg Diktatur

Seit den 2000er Jahren ein in der Geschichtswissenschaft verwendeter Begriff und differenziert die deutsche, italienische und österreichische Diktatur. Wird auch mit den Protagonisten, den beiden Bundeskanzlern, namentlich verbunden.

Bem: Emmerich Talos benennt sein Buch „Austrofaschismus, Politik-Ökonomie-Kultur 1933-1938“ (wohl dem Zeitgeist von 1984, dem Erscheinungsjahr, geschuldet). Auf dem Mahnmal in Wöllersdorf wird das Ende der Demokratie mit dem 12. Februar 1934 angezeigt. Beides ist falsch. Die Dollfuß/Schuschnigg Diktatur, wie sie in der neuesten Forschung bezeichnet wird, beginnt für mich mit dem 8. März 1933. Zwar traten die drei Parlamentspräsidenten am 4. März 1933 zurück, aber Dollfuß aktivierte am 8. März das KWEK und verbot Aufmärsche und Demonstrationen. Am selben Tag gab der Justizminister Schuschnigg Weisung an die Staatsanwaltschaft zur Einschränkung der Pressefreiheit. Am Tag darauf, am 9. März, wurden die „Arbeiter-Zeitung“ und das „Kleine Blatt“ beschlagnahmt. In den folgenden Monaten wurde die Presse- und Parteifreiheit Zug um Zug bis zum Verbot eingeschränkt. Talos zeichnet zwar den Weg zur

⁶⁶ Lucile Dreidemy, Ein Toter führt uns an. In: Werner Anzengruber, Heimo Halbrainer (Hg.), „Unrecht im Sinne des Rechtsstaates“. Die Steiermark im Austrofaschismus, 72.

Diktatur, jedoch benennt er nicht die ersten Schritte als Einschnitte. Genau diese Schritte am Anfang waren es, die ein Zurück nicht ermöglichten. Dollfuß war durch Schuschnigg und einige andere Minister und durch die Erfahrung mit dem Parlament, welches einige seiner Verordnungen zurückwies, gestärkt auf einem Weg zur Diktatur und wollte auch nicht mehr zurück zum Parlamentarismus (wohl auch auf Grund der Unterstützung durch Mussolini). Jedoch war er eher zögerlich in der Umsetzung der Restriktionen. In den Ministerratsprotokollen treten immer wieder Schuschnigg, Fey, Starhemberg und Neustädter-Stürmer als die Hardliner hervor. Bis zu den Februarkämpfen 1934 war Dollfuß eher der Vorsichtige und Kalmierende, erst danach gab er seine Zurückhaltung auf. Weiterhin ist nicht zu vergessen, dass Dollfuß in der Trabrennplatzrede am 11. September 1933 einen Staat auf „ständischer Grundlage unter starker autoritärer Führung“ proklamierte, jedoch den für den Faschismus typischen Führerkult nicht beanspruchte. Der Kult wird erst nach seiner Ermordung forciert. Dass die Verfassung einige Monate später geändert wurde, ist aber eine logische Folge des bereits eingeschlagenen, unumkehrbaren Weges.

Auf dem Mahnmal beim ehemaligen Anhaltelager in Wöllersdorf steht „Nach Zerstörung der Demokratie in Österreich am 12. Februar 1934....“. Dies ist ebenfalls falsch und irreführend. An diesem und den folgenden Tagen fand die gewaltsame Niederschlagung der Februarkämpfe durch das Militär statt, aber die Demokratie wurde, wie schon erwähnt, im März 1933 zerstört. Auch die Einweisungen ins Anhaltelager fanden bereits Ende 1933 statt.

3.4 Widerstand in der Regierung und im Wiener Rathaus

Sieht man sich die Ministerratsprotokolle (Österreichisches Staatsarchiv) und die Rathauskorrespondenz (Wienbibliothek Rathaus), dann wird sofort bewusst, dass sowohl innerhalb der Regierung als auch außerhalb Widerstand gegen den autoritären Weg geleistet wurde.

Widerstand im Landtag Wien: (federführend waren der Landeshauptmann und Bürgermeister Karl Seitz, der Stadtrat für Finanzen Robert Danneberg und der Präsident des Wiener Stadtschulrates Otto Glöckel (er wurde auch nach der Februarrevolte in Wöllersdorf inhaftiert). In den Landtagsitzungen wurden immer wieder Beschlüsse der Bundesregierung abgelehnt und an das Verfassungsgericht zur Begutachtung weitergeleitet. Bürgermeister/ Landeshauptmann Karl Seitz lehnte am 8. März 1933 die Weisung eines Versammlungsverbotes, das von Staatssekretär Fey (7. März) stammte, als verfassungswidrig zurück. Begründung: nur die Bundesregierung darf Weisungen an die Landeshauptmänner erteilen, nicht aber ein Staats-

sekretär. An demselben Tag bestätigte Bundeskanzler Dollfuß diese Weisung und beschwerte sich über den Ton der Zurückweisung und die Anmaßung des Landeshauptmannes, Weisungen nicht zu befolgen. Nach der Anordnung von Dollfuß, musste Seitz das Versammlungsverbot auch einhalten (9. März).

Bürgermeister Seitz berief für den 9. März 1933 eine Gemeinderatssitzung ein und erklärte als Grund die bedrohliche Entwicklung der politischen und wirtschaftlichen Zustände. In dieser Sitzung verhöhnte LAbg. Alfred Frauenfeld (NSDAP, Gauleiter von Wien) Dollfuß als „Milimetternich“ oder „Luxuszwerg“.⁶⁷

Am 14. März 1933 beschloss die Wiener Landesregierung die Verordnung BGBl. Nr. 41 beim Verfassungsgerichtshof anzufechten.

Der Wiener Polizeipräsident Dr. Franz Brandl trat am 16. März 1933 zurück. Dollfuß warf ihm vor, seinen mündlichen Auftrag, die Versammlung des Nationalrats am 15. März zu verhindern, zu träge unterstützt zu haben. Tatsächlich verlangte Brandl einen schriftlichen Auftrag von Dollfuß, als dieser die Absperrung des Parlamentes am 15. März 1933 anordnete. (Ministerratsprotokoll (MRP) 859, 17. März 1933).⁶⁸

Am 21. März 1933 focht die Landesregierung vier weitere Verordnungen (BGBl. Nr. 52, 55, 62 und 63) beim Verfassungsgericht wegen Gesetzeswidrigkeit an.

Weitere fünf Verordnungen (BGBl. Nr. 67, 68, 69, 72 und 81) wurden am 28. März beim Verfassungsgerichtshof angefochten.

Am 31. März 1933 wurde der Verein „Wiener Heimatschutz“ wegen des Aufrufes zur „gewaltsamen Änderung verfassungsrechtlicher Einrichtungen“ von der Landesregierung aufgelöst.

11. April 1933: die Wiener Landesregierung ficht eine „Anzahl“ von Verordnungen beim Verfassungsgerichtshof an, am 25. April wurden weitere neun Verordnungen angefochten, am 10. Mai 1933 wieder „eine Reihe“, am 24. Mai zwei und am 30. Mai sechs.

Am 22. Juni 1933 fand im Verfassungsgerichtshof die Verhandlung des Einspruchs gegen die Abgabenteilung der Stadt Wien statt, das Urteil wurde für den 23. Juni angekündigt. Ein Ergebnis ist in der Rathauskorrespondenz nicht beschrieben.

30. Juni 1933: Der Wiener Landtag beschloss den Ausschluss der Abgeordneten der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei. Begründung: Konspiration gegen den Bestand der Republik durch verbrecherische Terroraktionen. Die Christlich Sozialen Abgeordneten verließen während der Abstimmung den Sitzungssaal.

⁶⁷ Wienbibliothek im Rathaus. Rathauskorrespondenz, Protokoll vom 8. März und 10. März 1933.

⁶⁸ Gertrude Enderle-Burcel, Protokolle des Ministerrates der Ersten Republik. Abteilung VIII, Band 2. Kabinett Dr. Engelbert Dollfuß, 26. Oktober 1932 bis 20. März 1933. (Verlag der Österreichischen Staatsdruckerei, Wien 1982).

20. Juli 1933: Anfechtung von 10 Notverordnungen.

15. September 1933: Anfechtung von zwei Notverordnungen, am 26. September von sieben, am 10. Oktober von 22, am 31. Oktober von einer, am 5. Dezember von vier Notverordnungen.

Am 10. Februar 1934 entthob Vizekanzler Fey die Verantwortlichen für die „öffentliche Sicherheit des Landes und der Stadt Wien“ ihrer Funktion und ernennt einen Sicherheitskommissär. Seitz erhob als Bürgermeister und Landeshauptmann Einspruch.

Am 12. Februar 1934 wurde Seitz verhaftet und erlitt dabei einen Schwächeanfall.

Am 13. Februar 1934 rief der neue Bundeskommissär (Vizekanzler a. D. Dr. Richard Schmitz) für Wien eine Pressekonferenz ein. Er erklärte, dass die Landesregierung, der Gemeinderat und Stadtsenat aufgelöst seien und dass er als Bundeskommissär alle Vollmachten übernehme. Ab diesem Zeitpunkt wurden keine Landes- oder Gemeinderatssitzungen mehr geführt. Budgets wurden in Sitzungen der „Wiener Bürgerschaft“ diskutiert und beschlossen. Die Mitglieder werden als „Rat“ geführt. Sonst gibt es keine Aufzeichnungen in der Rathauskorrespondenz (RHK).

Bemerkung: Richard Schmitz wies sehr schnell gemeindenähe Unternehmen zur Aufnahme von „vaterländischen“ Arbeitern an. (RHK 17. Februar 1934). Er ließ auch am 22. Februar 1934 eine Kruzifixweihe in Anwesenheit von Kardinal Innitzer, Bundeskanzler Dollfuß, Minister Fey und Schuschnigg sowie des Polizeipräsidenten Dr. Seidel durchführen. Auch rief er eine Kommission für eine Umbenennung von Straßennamen ein. Im Dezember 1934 ließ er Geschichtsschulbücher verbieten, da sie der „Neuordnung Wiens und Österreichs grass“ (sic!) widersprechen.

Am 1. März 1934 ließ er das Denkmal der Republik am Ring abtragen.

Erst am 6. April 1934 wurde Richard Schmitz nach der Eidesleistung durch den Bundespräsidenten zum Bürgermeister der Stadt Wien ernannt.

Es fällt auf, dass in der Rathauskorrespondenz bis Februar 1938 nichts über die Bundespolitik und dem Verhältnis zur deutschen nationalsozialistischen Regierung und dem Treffen mit Hitler 1936 geschrieben wurde. Erst am 22. Februar 1938 rief Schmitz als Bürgermeister und Landesführer der Vaterländischen Front, anlässlich der Rundfunkansprache von Bundeskanzler Schuschnigg, zur Beflaggung aller Häuser mit österreichischen Fahnen für den 24. Februar auf. Deswegen ordnete er auch einen Betriebsschluss aller Stadtbetriebe für 18 Uhr an, gleichzeitig werden alle größeren Abendveranstaltungen auf 22 Uhr verschoben.

Für die geplante Volksabstimmung am 13. März 1938 erließ Schmitz die Anordnungen, dass alle teilnehmenden Wähler einen Ausweis der Vaterländischen Front oder des ange-

schlossenen Bauern- oder Gewerbebundes vorweisen müssen. Für Nicht-Mitglieder sind jedoch andere Dokumente plus Meldezettel erlaubt. Der Stimmzettel enthielt nur ein „JA“, wollte jemand mit „Nein“ votieren, musste ein Extra Zettel mit dem Aufdruck „NEIN“ angefordert werden.

Am 12. März 1938 wurde ein Gruß an den Führer und Reichskanzler abgeschickt, unterzeichnet von Major a. D. Lahr (Vizebürgermeister seit 1934) und Karl Gratzenberger (NSDAP).

Am 14. März ließ der neue Bürgermeister Dr. Ing. Hermann Neubacher das Rathaus für den Besuch von Hitler beflaggen und festlich beleuchten. Neue Vizebürgermeister wurden Gauleiter Franz Richter, SA Gruppenführer Kozich und Ing. Hanns Blaschke.

Bemerkung: Das Aufzeigen einiger der Aktionen von Richard Schmitz soll verdeutlichen, dass der autoritäre Zug bis in die kleinste Hierarchieebene und bis in das kleinste Detail geplant und durchgeführt wurde.

3.4.1 Zusammenfassung:

Der Widerstand von Landesregierungen und auch von Politikern außerhalb der Bundesregierung war gerade in Wien stark zu spüren. Bgm. Seitz und der Wr. Landtag versuchten immer wieder, Verordnungen der Bundesregierung durch Einsprüche zu verzögern. In der Rathauskorrespondenz werden alle Einsprüche der Landesregierung gelistet, die Ergebnisse der Urteile fehlen jedoch. So kann anhand dieser Quellen nicht nachvollzogen werden, ob der Landesregierung oder der Bundesregierung Recht gegeben wurde. Anzunehmen ist jedoch, dass die Bundesregierung recht erhielt (der Verfassungsgerichtshof wurde ja mittels KWEG ausgeschaltet).

Bgm. Karl Seitz wurde gleich am 12. Februar 1934 von der Bundespolizei in seinem Büro verhaftet, er erlitt dabei einen Schwächeanfall. Robert Danneberg (Finanzstadtrat) führte oft heftige Diskussionen wegen der von der Regierung Dollfuß verordneten Abgaben der Stadt Wien an den Bund. Im Gegenzug erhob die Bundesregierung immer wieder Einsprüche gegen steuerliche Maßnahmen von Danneberg (z. B.: wollte Danneberg ein Gesetz zur Besteuerung von nicht verbauten Grundstücken erlassen, die Bundesregierung erhob Einspruch (Rathauskorrespondenz (RHK) 26. Jänner 1934). Die Regierung wollte die Lustbarkeitssteuer (eingehoben von der Stadt Wien) für einige Theater in Wien aufheben, Danneberg beschwerte sich, dass die Regierung keinen Kontakt zur Stadt aufgenommen habe (RHK 27. Jänner 1934). Dass hier bewusste, gegenseitige Behinderung im Spiel ist, wird augenscheinlich, wenn Richard Schmitz noch im März 1934 eine Lustbarkeitssteuer für alle Kaffee- und Gasthäuser mit Konzertbetrieb einführt (RHK 6. März 1934).

Auch innerhalb der Landes- und Stadtregierung gab es immer wieder heftige Diskussionen

zwischen Danneberg und Kunschak (CS).

Otto Glöckel, als geschäftsführender Vizepräsident des Stadtschulrates wurde, wie auch Hugo Breitner (Stadtrat und Vize-Direktor der Zentralsparkasse), entlassen. Er wurde verhaftet und in das Anhaltelager Wöllersdorf gebracht.

Sonstige Entlassungen wurden bis in die unterste Gemeindeebene durchgeführt (berichtet wird von der Entlassung eines Volksschullehrers (RHK 15. Februar 1934). Die Stadt- und Landesregierung Wien wurde aufgelöst.

Dies sind nur wenige Beispiele, die zeigen, dass die Stimmung zwischen der Landesregierung Wien und der Bundesregierung eine angespannte war. Gegenseitige Attacken und Einsprüche waren an der Tagesordnung.

Aber nicht nur außerhalb der Bundesregierung gab es Widerstände. So trat Minister Josef Resch (Soziale Verwaltung) am 11. März zurück. Er wollte den autoritären Weg Dollfuß nicht weiter mitverantworten (MRP 855, 12. März 1933).

Am 6. September 1933 führte Vizekanzler Franz Winkler (BM für Inneres) eine heftige Diskussion mit Fey über den zukünftigen Weg der Regierung in der Frage der „Sammellager“. Er meinte: „Österreich soll ein zivilisiertes Land bleiben und nicht Deutschland nachahmen“. Dollfuß deeskalierte, aber in der nächsten Ministerratssitzung war Winkler nicht mehr in der Regierung und Fey wurde zum Vizekanzler ernannt. (MRP 897, 6. September 1933). Schon vorher, am 9. März 1933 sprach er (Winkler) sich deutlich gegen das Versammlungsverbot aus (MRP 852, S. 416).

Wie schon im obigen Kapitel erwähnt, trat auch der Wiener Polizeipräsident Dr. Franz Brandl am 16. März 1933 wegen Differenzen mit Dollfuß zurück.

Dies sind einige Beispiele die zeigen, dass die Machtergreifung der Regierung Dollfuß nicht reibungslos von statten ging. Nicht nur die sogenannten „kleinen“ Leute leisteten Widerstand, auch maßgebende Personen der Politik waren mit dem vorgezeichneten Weg nicht einverstanden.

3.5 Das Anhaltelager Wöllersdorf in den Ministerratsprotokollen 1933-1938

Interessant und spannend ist die Entwicklung zur Diktatur nach dem 4. März 1933 - nachzulesen in den Ministerratsprotokollen (Österreichisches Staatsarchiv).⁶⁹

⁶⁹ Gertrude Enderle-Burcel, Protokolle des Ministerrates der Ersten Republik. Ministerratsprotokolle der Regierung Dollfuß und Schuschnigg.

Vorab: die Ministerratsprotokolle der Regierung Dollfuß reichen bis zum 25. Juli 1935 (MRP 954, Dollfuß bricht die Ministerratssitzung ab). In der Nacht des 25. Juli 1934 führt Schuschnigg den Vorsitz (MRP 956, 22 Uhr). Das Ministerratsprotokoll Nr. 955 wurde nicht aufgezeichnet, die MRP 956 und 957 wurden aus Nachlässen angekauft (S. 634).

4. März 1933 (MRP 850): Der Ministerrat tritt zusammen, um sich auf die Diskussion des Nationalrates bezüglich der Entlassung von Eisenbahnern, die an dem Streik teilgenommen hatten, vorzubereiten.

Hintergrund: die wirtschaftliche Lage der Wiener Straßenbahnen war im Jahre 1933 kritisch. Vizebürgermeister Georg Emmerling (SDAP) berichtete in einer Pressekonferenz am 20. Jänner 1933, dass mit fünfzig Millionen weniger Straßenbahnbenutzern in diesem Jahr, bedingt durch die große Arbeitslosigkeit, gerechnet werden müsse. Die dadurch sinkenden Einnahmen von 12,8 Millionen Schilling (ca. 46,4 Millionen Euro) und der zusätzlich verschärfte Wirtschaftsplan für 1933 bedeuteten, dass der Lohn ab Februar nicht mehr zur Gänze bezahlt werden konnte. Die Lohnkosten betrugen bereits 82 % der Betriebsausgaben und nur mehr 18 % standen für den Sachaufwand (Steuern, Gebühren, Strom, Instandhaltung) zur Verfügung.

Um das Fortbestehen der Straßenbahnen sicherzustellen, mussten alle Opfer bringen. Tarifierhöhungen, Personalmaßnahmen (Kürzung der Nebenbezüge), Pensionskassenmaßnahmen. Alle diese Schritte wurden mit dem Personal diskutiert.⁷⁰

Bemerkung: Eine Auszahlung der Löhne in Raten wurde im Ministerrat nicht erwähnt. Am 21. Februar 1933 wurde über das Ergebnis der Verhandlungen mit den Straßenbahnen folgendes berichtet: die Löhne werden um 6 % gekürzt, die Einkommenssteuer wird zu 2/3 von den Arbeitnehmern getragen (bisher wurde diese Steuer von dem Unternehmen bezahlt). Die Personallast wurde durch diese Maßnahmen um 5,9 % gesenkt. Zusätzlich wurden die zukünftigen Pensionen um 8 % gesenkt (gültig über 170 Schilling Pension - ca. 620 Euro). Die Lohnkürzungen wurden aber nur für 1933 geplant.

7. März 1933 (MRP 851): Staatssekretär Emil Fey (Angelegenheiten des Sicherheitswesens) legt einen Entwurf zum eingeschränkten Versammlungs- und Presserecht vor. Dieser wird mit Wirkung vom 8. März angenommen.

Der Aufruf „An Österreichs Volk“ wird als Entwurf vorgelegt.

Bemerkung: Es gibt keinen Hinweis auf eine Demission der Regierung (Dollfuß reichte am 7. März den Rücktritt der Regierung ein, dies wurde jedoch von Bundespräsident

⁷⁰ Wienbibliothek im Rathaus. Rathauskorrespondenz, Sitzungsprotokoll 21. Februar 1933.

Miklas abgelehnt). Die Demission wurde nur kurz am 9. März im MR 853 von Fey erwähnt (S. 412/422).

9. März 1933 (MRP 852): Das Versammlungsverbot wird beschlossen.

1. September 1933 (MRP 896): Pkt. 21: Minister Fey (seit 10. Mai 1933 BM für öffentliche Sicherheit) stellt einen Antrag auf Internierung von „*sicherheitsgefährlichen Person*“. Vizekanzler Winkler spricht von „*Sammellagern*“ und verweist auf den negativen Eindruck der KZ in Deutschland. BM Schuschnigg (Justiz) und Staatssekretär Neustädter-Stürmer befürworten Sammelager (S. 335), Schuschnigg will aber den Ausdruck „*Sammellager*“ vermeiden und schlägt gleichzeitig vor, geeignete Baulichkeiten in den Bundesländern zu suchen (S. 356).

Pkt. 26: BM Schuschnigg bringt eine Verordnung zur Einschränkung der Pressefreiheit ein, zieht aber den Antrag nach einer Diskussion zurück.

6. September 1933 (MRP 897): BM Fey bringt den Entwurf der Verordnung zur „*Verhaltung*“ von sicherheitsgefährlichen Personen ohne vorherige administrative oder strafrechtliche Verfahren ein. VK Winkler lehnt den Vorschlag ab, „*weil Österreich Deutschland nicht nachahmen solle, sondern ein Land der Zivilisation bleiben soll*“.

VK Winkler und BM Fey führen eine heftige Diskussion über die zukünftige autoritäre Ausrichtung. Winkler spricht sich dagegen aus und verweist auf die Diktatur in Deutschland. Dollfuß deeskaliert und schlägt eine Diskussion zwischen ihm und den zwei Beteiligten vor. Ein Beschluss zum Anhaltelager Wöllersdorf liegt in den Ministerratsprotokollen nicht vor, obwohl am 23. September 1933 mit der Verordnung BGBl. Nr. 431 Anhaltelager offiziell beschlossen wurden.

Bemerkung: Spannend an der Diskussion ist, dass VK Winkler ganz offensichtlich die Seilschaft zwischen Dollfuß, Fey, Schuschnigg, Starhemberg und Odo Neustädter-Stürmer nicht erkannte. Er sprach sich gegen die ständische, autoritärere Verfassung und gegen Anhaltelager aus. In der nächsten Ministerratssitzung fehlte VK Winkler bereits und Fey wurde zum VK ernannt.

Es fällt auch auf, dass Dollfuß sich noch zögerlich und vorsichtig zu den Anhaltelagern äußerte und Schuschnigg, Fey, Starhemberg und Neustädter-Stürmer die Scharfmacher waren. Erst nach dem Februaraufstand 1934 zeigte sich Dollfuß als offener Befürworter von Anhaltelagern.

In allen Ministerratsprotokollen ist zu erkennen, dass Schuschnigg - noch mehr als Dollfuß - für autoritäre Maßnahmen eintrat (z.B. Standrecht, präventive Verhaftungen).

Schuschnigg verlangte schon 1932 als Justizminister (Ministerrat am 17. Juni 1932), dass die wirtschaftliche Not nur unter Ausschaltung des Parlamentes zu lösen sei, „*bei*

*einem solchen Notstand sei ein Regieren mit dem Parlament nicht möglich“.*⁷¹ Fey,

Starhemberg und Neustädte-Stürmer schlossen sich seiner Meinung an.

17. Oktober 1933 (MRP 904): Staatssekr. Karwinsky (Inneres, Sicherheitswesen) teilt mit, dass in- und ausländische Journalisten fragten, was es mit einem Konzentrationslager in Wöllersdorf auf sich habe. Er wolle eine Pressemitteilung im Ministerrat abstimmen.

Antwort: *„Es gibt kein Konzentrationslager. Faktisch sind 20 Leute untergebracht, wovon ein Teil Polizeistrafen verbüßt, als Notarrest.*

Ziel dieser Lager ist, dass politische Häftlinge nicht mit gerichtlichen Häftlingen oder mit Verwaltungsstrahftäflingen gemeinsam untergebracht werden. Betroffen sind Personen, die im Verdacht stehen staatsfeindliche Aktionen vorzubereiten oder zu begünstigen.

Z. Z. sind 7 Studenten aus Wien, 11 Personen aus der Steiermark (2 Leute aus Schladming), 2 Kommunisten aus Wien im Objekt 862 primitiv untergebracht. Die Aufenthaltskosten sollen sie selber tragen. Bei Bedarf werden in anderen Bundesländern ähnliche Einrichtungen geschaffen“.

Der Ministerrat erteilte seine Zustimmung zu dieser Formulierung.

10. November 1933 (MRP 906): BM Schuschnigg wirft die Frage nach Einführung der Todesstrafe auf. Erwähnt, dass diese im Justizministerium bereits im Juli anlässlich gehäufte Terrorakte diskutiert wurde. BM Fey erinnert, dass diese Frage schon im Frühjahr diskutiert wurde (S. 46-48). Der Ministerrat beschließt die Todesstrafe bei Mord, Brandlegung, Öffentlicher Gewalttätigkeit, boshafter Beschädigung fremden Eigentums, Attentaten und Anschlägen (MRP 906, Beilage J und K). Am 12. Dezember wurde eine ausgesprochene Todesstrafe wegen Mordes vom Landesgericht Wels im Ministerrat diskutiert (MRP 911, pro und contra Begnadigung).

6. Jänner 1934 (MRP 915): BK Dollfuß diskutiert *„außerordentliche Sicherheitsmaßnahmen“* wegen vermehrter Sprengstoffanschläge in ganz Österreich. Erwähnt wurde hier das erste Mal im Ministerrat eine *„Verwahrung in Wöllersdorf“* und *„Abschiebung nach Wöllersdorf“* (S. 399 und 400).

12. Jänner 1934 (MRP 916): Dollfuß bestellt Dr. Josef Fleisch zum „Bundeskommissär für Personalangelegenheiten“ (S. 427).

(Dies ist deswegen bemerkenswert, weil Dr. Fleisch in der Regierung Schuschnigg regelmäßig über die Zu- und Abgänge aus Wöllersdorf berichten wird (siehe Anhang 4).

1. Februar 1934 (MRP 919): Staatssekr. Dr. Glas (Justiz) berichtet über die Verhaftung von Dr. Franz Hradetzky, einem Richter aus Erberstein (Kärnten). Der Verhaftete wurde nach

⁷¹ Gertrude Enderle-Burcel, Protokolle des Ministerrates der Ersten Republik. Abteilung VIII, 20. Mai 1932 bis 25. Juli 1934, Band 1. Kabinett Dr. Engelbert Dollfuß. (Wien 1980). MRP 808, 244.

Wöllersdorf verschickt. Fey bezichtigte ihn als nationalsozialistischer Agitator tätig zu sein, er wurde im Einvernehmen mit Schuschnigg verhaftet (S. 482).

12. Februar 1934 (MRP 922): Diskussion zur Situation des Arbeiteraufstandes. Dollfuß schlägt BM Richard Schmitz (soziale Verwaltung) als „Bundekommissär für Wien“ vor, nachdem er berichtete, dass Bürgermeister Seitz „sichergestellt“ wurde (S. 593-594). Schmitz bleibt bis 10. Juli 1934 Minister ohne Aufgabenbereich. Mit dem 6. April 1934 wird Richard Schmitz zum Bürgermeister von Wien ernannt (MRP 928, S. 98). VK Fey berichtet, dass neben Seitz auch Schutzbundführer Eifler und Löw, der Zentralinspektor der Gemeindewache Schubauer, Bundesratsvorsitzender Körner, Nationalrat Witternigg und Landesrat Püchler verhaftet wurden (S. 583).

Staatssekr. Schönburg-Hartenstein berichtet, dass in Wr. Neustadt und Wöllersdorf je ein Bataillon stationiert wurden (S. 583).

20. März, 14. April und 24. April 1934 (MRP 930, 938 und 939): Die neue Verfassung wird sehr ausführlich diskutiert:

Artikel 1: Österreich ist ein Bundesstaat (S. 488).

(In der ersten Fassung hieß es: Österreich ist eine berufsständische Republik. S. 224).

Artikel 2: Der Bundesstaat ist ständisch geordnet und besteht aus der bundesunmittelbaren Stadt Wien und den Ländern...).

Im MRP 939 (Beilage O) erstellt Dr. Hecht einen Zeitplan für die Veröffentlichung der neuen Bundesverfassung, demnach soll die neue Verfassung per 1. Mai 1934 als Bundesgesetzblatt Nr. 1, „gedruckt auf besonderem Papier“, veröffentlicht werden.

Bundesgesetzblatt Nr. 2 betrifft das Konkordat.

Bewusst erwähnt Dr. Hecht die „*neue Zählung in der neuen Bundesverfassung*“.

29. März 1934 (MRP 935): VK Fey spricht in der Budgetdebatte von Konzentrationslagern, die bewacht werden müssen und ein höheres Budget verlangen (S. 344).

4. Mai 1934 (MRP 942): BM Fey (seit 1. Mai 1934 Bundesminister für Angelegenheiten des Sicherheitswesens) berichtet in der Diskussion über den Personalstand des Schutzkorps, dass 850 (S. 122), bzw. 800 (S. 129) Mann in Wöllersdorf stationiert sind.

14. Mai 1934 (MRP 943): BM Fey zu den Kosten des Schutzkorps: das Verpflegungsgeld beträgt 1,5 Schilling pro Tag (ca. 5,5 Euro), für Wäsche, Ersatz der Kleidung und Schuhreparatur muss selber aufgekommen werden (S. 136).

BM Buresch (Finanz) schlägt vor, dass das Verpflegungsgeld der Wachmannschaft in Wöllersdorf jenem des Heeres angepasst wird (60 Groschen/Tag). Von Fey erfolgt kein Einspruch (S. 139).

VK Starhemberg spricht sich gegen eine Bewachung von Anhaltelager durch das Schutzkorps aus. Er ist der Ansicht, dass die Bewachung nur durch wirkliche Amtspersonen erfolgen sollte (S. 138).

15. Mai 1934 (MRP 944): BM Buresch (Finanz) erklärt, dass die Wachmannschaft des Anhaltelagers in Wöllersdorf mit dem 1. Juni 1934 dem Bundesheer eingegliedert wird und auf 750 Schutzkorpsangehörige abgebaut werden soll. Das Taggeld beträgt 50 Groschen, zusätzlich erhalten sie ein Verpflegungskostenentgelt von 1,50 Schilling (S. 146).

25. Mai 1934 (MRP 945): In diesem Ministerrat wird zwischen BM Buresch und BM Fey vereinbart, dass ab 1. Juni das Bundesheer die Außenüberwachung des Lagers Wöllersdorf übernimmt und das Schutzkorps mit 250 Mann die Innenbewachung behält. Ab 1. Juli soll dann das Bundesheer die Außen- und Innenbewachung übernehmen (S. 167-261).

10. Juni 1934 (MRP 947): Die Sondersitzung wird von Dollfuß wegen erhöhter Terroraktivitäten der Nationalsozialisten einberufen. Schuschnigg und Dr. Strafella (Präsident des Verkehrsbüros) sprechen sich für die Todesstrafe aus, auch wenn keine Verletzten oder Toten zu beklagen sind (S. 333). Staatssekretär Dr. Glas schlägt eine Todesstrafe auch bei Besitz von Sprengstoff vor (S. 347) und wird von Neustädter-Stürmer unterstützt (S. 359). Dollfuß lässt Sympathie erkennen, hat aber Bedenken, dass der Besitz von Sprengstoff mit dem Tode bestraft werden soll (S. 347). In der gleichen Sitzung verliest Bundeskommissär Dr. Fleisch eine Liste mit 68 Beamten aus der Steiermark, die aus dem Staatsdienst entlassen wurden (der Grund der Verhaftung wird nicht erwähnt, aus dem Kontext lässt sich Sympathie zu den Nationalsozialisten vermuten).

Auch ein „*energisches Vorgehen gegen die nicht absolut verlässliche Presse*“ wird von Dollfuß gefordert und von Starhemberg unterstützt (S. 349).

Trotz der über sieben stündigen Diskussion, wird nie über Anhaltelager oder Gefängnisse gesprochen, sehr wohl aber über Gerichte und Verurteilungen durch Schöffen oder einem Richtersenat.

28. Juni 1934 (MRP 951): Neustädter-Stürmer stellt den Antrag, in jedes private Unternehmen einen Funktionär zur Überwachung der politischen Haltung zu berufen. Dollfuß unterstützt den Antrag und gibt den Auftrag zur Evaluierung.

25. Juli 1934 (MRP 954): Dollfuß unterbricht die Ministerratssitzung um 12:15 Uhr, nachdem ihm Fey etwas zuflüstert und ordnet die nächste Sitzung für 16 Uhr an. (MRP 955 fehlt).

25. Juli 1934 (MRP 956): Dauer der Ministerratssitzung von 22:00 bis 1:30 Uhr: Schuschnigg führt den Vorsitz (er wurde vom Bundespräsidenten zum Leiter des Bundeskanzleramtes ernannt). Es wird über das Geschehen der letzten Stunden und über die nächsten Schritte (Auf-

bahrung, Begräbnis von Dollfuß) diskutiert. Auch wird mehrmals auf Beschlüsse eines Ministerrates am Nachmittag hingewiesen, der aber nicht protokolliert wurde (es fehlt MRP 955 im Band sieben der MRP Kabinett Dr. Dollfuß).

30. Juli 1934 (MRP 959): Erster Ministerrat unter Bundeskanzler Dr. Kurt Schuschnigg.

Schuschnigg bekräftigt den autoritären Weg von Dollfuß weiter zu gehen.

In der Diskussion über weitere Maßnahmen zu dem Attentat und Umsturzversuch will BM Neustädter-Stürmer (Soziale Verwaltung) über Zwangsarbeitsmaßnahmen für die Putschbeteiligten diskutieren, Staatssekr. Karwinsky (Justiz) verweist auf bereits bestehende Anhaltelager und einer Klärung mit dem Sozialministerium über die dort durchzuführenden Arbeiten. Auf jeden Fall versucht er den Begriff „Zwangsarbeit“ zu vermeiden.

BM Berger-Waldenegg (Justiz) gibt die Anzahl der Angehaltenen in Kärnten mit 1.100 Personen, in Oberösterreich mit 1.300 und in der Steiermark mit 1.200 Personen an. Zahlen aus den anderen Bundesländern werden nicht genannt, auch nicht in welchen Lagern weitere Menschen inhaftiert sind. BM Neustädter-Stürmer insistiert auf Zwangsarbeit, notfalls „*müssen die Leute mit Hunger angetrieben werden*“.⁷²

Staatssekr. Zehner (Landesverteidigung) berichtet, dass Truppenteile des Bundesheeres aus dem Burgenland zur Bewachung des Anhaltelagers Wöllersdorf abgestellt wurden.

3. August 1934 (MRP 960): Dr. Fleisch berichtet in dieser Sitzung, dass gegen 141 öffentliche Angestellte aus allen Bundesländern eine Untersuchung wegen einer Putschbeteiligung angeordnet wurde (auch gegen Richter). 71 Personen wurden aus der Anhaltung entlassen, z.T. auch, weil bestehende Gesetze für eine längere Anhaltung nicht ausreichen. Er bringt einen Entwurf zur Gesetzesverschärfung mittels Ermächtigungsgesetz ein.

17. August 1934 (MRP 962): Staatssekr. Hammerstein-Equord (Sicherheitswesen) berichtet, dass in Klagenfurt 2.000 Gefangene inhaftiert seien. Eine Kommission prüfe, den Fassungsräum in Wöllersdorf um 2.000 Gefangene zu erhöhen, um damit die Lager in den Bundesländern zu entlasten. Jedoch müsse das Wachpersonal um 50 Mann erhöht werden.

28. August 1934 (MRP 963): Dr. Fleisch berichtet, dass gegen 928 Personen ein Verfahren wegen Putschversuch eingeleitet wurde, davon gegen 339 öffentliche Bedienstete, sowie Bundes- und Landesbedienstete (in 40 Fällen führte das Verfahren zu einem Amtsverlust und in 289 Fällen zur Enthebung). Eine länderspezifische Übersicht wird vorgelegt und für die Ministerratssitzung aktualisiert (siehe Anhang 4).

31. August 1934 (MRP 964): Die Untersuchung erhöhte sich auf 955 Personen, davon wurden 14x Amtsverlust ausgesprochen und 11x Enthebungen eingeleitet (Bericht Dr. Fleisch).

⁷² Gertrude Enderle-Burcel, Protokolle des Ministerrates der Ersten Republik. Abteilung IX. 29. Juli 1934 bis 11. März 1938. Band 1. Kabinett Dr. Kurt Schuschnigg, 30. Juli 1934 bis 26. Oktober 1934. Verlag der Österreichischen Staatsdruckerei. (Wien 1988), 2.

24. September 1934 (MRP 967): In der Diskussion zu einem Bundesverfassungsgesetz, das Verhalten sicherheitsgefährlicher Personen betreffend, meint BM Neustädter-Stürmer, dass ein Verhalten in Lagern keine Strafe, sondern eine administrative Maßnahme sei, um sicherheitsgefährliche Personen unschädlich zu machen. Die Dauer der Anhaltung richte sich nach der äußeren politischen Situation.

Staatssekr. Hammerstein-Equord (Sicherheitswesen) berichtet, dass sich die Angehaltenen besonders beschwerten, weil sie keine Information haben, wie lange sie angehalten werden; dies sei für sie eine Härte für das Erwerbsleben.

BK Schuschnigg unterstützt Neustädter-Stürmer, Anhaltung sei keine Strafe. Eine Mindestfrist festzulegen sei notwendig, sechs Monate seien aber zu lang.

Staatssekr. Hammerstein-Equord berichtet, dass sich z. Z. 13.388 Personen in Anhaltelagern befänden, überwiegend in Wöllersdorf. 9.273 wegen politischer Delikte, 4.115 aus verwaltungsrechtlichen Gründen (S. 293).

28. September 1934 (MRP 968): BM Buresch (Finanzen) ergänzt in der zur Ausrüstung für Polizei, Gendarmerie und Schutzcorps geführten Diskussion, dass 13.000 Leute eingesperrt sind, davon 4.000 in Wöllersdorf und 5.000 in Anhaltelagern (S. 310).

Im Kontext lässt sich herauslesen, dass sich in Summe 9.000 Gefangene in den diversen Anhaltelagern befanden. Wo die restlichen 4.000 Häftlinge untergebracht wurden, wird nicht erwähnt.

19. Oktober 1934 (MRP 971): BM Neustädter-Stürmer stellt fest, dass Beamte, die vom Bundeskommissär für Personalangelegenheiten (Dr. Fleisch) als unschuldig bezeichnet wurden, nicht in seinem Bereich arbeiten sollen. Er will sie versetzen oder in den Ruhestand schicken. BK Schuschnigg sagt dazu, dass auch der Vater dafür bestraft werden soll, wenn ein Familienmitglied sich nicht richtig verhält.

Bemerkung: Zur Vereinfachung werde ich nur mehr die MRP Protokolle (mit Datum) und die Summe der untersuchten Fälle anführen, in denen Dr. Fleischer über die außerordentlichen Personalmaßnahmen berichtete.

MRP 965 (26. Oktober 1934): 972 Personen betroffen von Amtsverlust oder Enthebung.

MRP 975 (24. November 1934): Dr. Fleisch berichtet über stark rückläufige Beanstandungen öffentlicher Bediensteter, besonders in Kärnten und Steiermark tritt Beruhigung durch ein politisch verändertes Bild ein. Er schlägt eine Liquidierung von ungerechtfertigten Anzeigen oder Strafen vor. BM Neustädter-Stürmer und St. Sekr. Karwisky (Justiz) warnen vor übereilem Optimismus und lehnen eine Milderung der Strafverfolgung ab. BK Schuschnigg bestätigt die weiterhin harte Linie, lediglich zu Unrecht ausgesprochene Strafen sollen repariert werden. „*Wer nicht absolut klar positiv zum Staat stehe, habe kein Recht in einer staatlichen*

Anstellung zu verbleiben“. Über die Anzahl der bestraften Personen wurde nicht gesprochen.

MRP 976 (6. Dezember 1934): 1.286 Personen betroffen von Amtsverlust oder Enthebung.

MRP 977 (20./21. Dezember 1934): 1.304 Personen betroffen.

MRP 978 (4. Jänner 1935): 17 neue Fälle seit dem letzten Bericht, davon neunmal Amtsverlust und achtmal Dienstenthebung. Bis jetzt sind 1.321 Personen betroffen.

MRP 979 (11. Jänner 1935): 18 neue Fälle seit dem letzten Bericht. 14-mal Amtsverlust, viermal Dienstenthebung.

MRP 980 (18. Jänner 1935): 13 neue Fälle seit dem letzten Bericht. Zehnmal Amtsverlust, dreimal Dienstenthebung.

MRP 983 (8. Februar 1935): 38 neue Fälle seit dem letzten Bericht. 27-mal Amtsverlust, (elfmal Dienstenthebung werden nicht erwähnt). Summe der betroffenen Personen: 1.390. In 100 Fällen wurde eine Straf-Liquidierung durchgeführt (siehe Diskussion MRP 975).

20. Februar 1935 (MRP 984): Zum Bettlerunwesen in Wien und in den Bundesländern werden Maßnahmen zur Einweisung in Arbeitshäuser diskutiert (vorgetragen von Staatssekr. Karwinsky). **Schuschnigg erwägt, die Bettler in „bestehende Konzentrationslager“** (sic!) **unterzubringen** oder alternativ in Zwangsarbeitshäusern. Karwinsky will sie in bestehenden Anhaltelagern (Wöllersdorf), getrennt von den politischen Häftlingen, unterbringen.

Dr. Fleisch berichtet von 15 neuen untersuchten Fällen, davon neunmal Amtsverlust und sechsmal Dienstenthebung.

MRP 985 (1. März 1935): 22 neue Fälle, davon 18-mal Amtsverlust. In 114 Fällen wurde Maßregelungen aufgehoben (in Summe).

MRP 987 (15. März 1935): 21 neue Fälle, davon zwölfmal Amtsverlust und neunmal Dienstenthebung.

Dr. Fleisch erwähnt, dass bisher in 164 Fällen ein Verfahren gegen öffentliche Bedienstete eingeleitet wurde. (Dies kann nur bedeuten, dass die Zählung mit Anfang des Jahres neu begonnen hat und trotzdem stimmt sie mit den vorigen Berichten nicht überein, die Differenz zu den obigen Zahlen ergibt -20).

MRP 988 (22. März 1935): Zehn neue Fälle, davon dreimal Amtsverlust und siebenmal Dienstenthebung.

MRP 990 (29. März 1935): Zehn neue Fälle, davon neunmal Amtsverlust und einmal Dienstenthebung.

MRP 992 (12. April 1935): 32 neue Fälle, davon 19-mal Amtsverlust und 13-mal Dienstenthebung.

MRP 994 (26. April 1935): 15 neue Fälle, davon neunmal Amtsverlust und sechsmal Dienstenthebung.

MRP 995 (2. Mai 1935): Acht neue Fälle, davon fünfmal Amtsverlust und dreimal Dienstenthebung.

MRP 996 (18. Mai 1935): 17 neue Fälle, davon elfmal Amtsverlust und sechsmal Dienstenthebung.

MRP 998 (31. Mai 1935): 23 neue Fälle, davon 16-mal Amtsverlust und siebenmal Dienstenthebung.

MRP 1000 (14. Juni 1935): 28 neue Fälle, davon 13-mal Amtsverlust und 15-mal Dienstenthebung.

MRP 1002 (28. Juni 1935): Zwölf neue Fälle, davon siebenmal Amtsverlust und fünfmal Dienstenthebung.

MRP 1004 (9. Juli 1935): Fünf neue Fälle, davon dreimal Amtsverlust und zweimal Dienstenthebung.

In Summe wurden bis jetzt gegen 1.599 öffentliche Beamte eingeschritten.

MRP 1007 (28. August 1935): 32 neue Fälle, davon 24 mal Amtsverlust und achtmal Dienstenthebung.

MRP 1008 (18. September 1935): 17 neue Fälle, davon zehnmal Amtsverlust und siebenmal Dienstenthebung.

MRP 1013 (29. Oktober 1935): 34 neue Fälle, davon 29-mal Amtsverlust und fünfmal Dienstenthebung.

MRP 1014 (14. November 1935): 21 neue Fälle, davon elfmal Amtsverlust und zehnmal Dienstenthebung. Insgesamt wurden bisher 1.704 Fälle behandelt.

(Wieder stimmt die Summe nicht mit den vorigen Berichten überein).

MRP 1015 (30. November 1935): 20 neue Fälle, davon achtmal Amtsverlust und zwölfmal Dienstenthebung.

MRP 1020 (10. Jänner 1936): 28 neue Fälle, davon 16-mal Amtsverlust und zwölfmal Dienstenthebung.

MRP 1022 (7. Februar 1936): 43 neue Fälle, davon 23-mal Amtsverlust und 20-mal Dienstenthebung.

MRP 1023 (21. Februar 1936): 22 neue Fälle, davon fünfmal Amtsverlust und 17-mal Dienstenthebung.

Dr. Fleisch führt eine längere Diskussion mit BK Schuschnigg über eine Verschärfung der Disziplinarmaßnahmen für öffentliche Bedienstete, die nicht „*vaterländischer Gesinnung*“ sind. Er kritisiert, dass zu viele angezeigte Personen mit einer Verwarnung oder einer Verset-

zung davonkommen. Er ist der Auffassung, dass „eine nicht vaterlandstreue Gesinnung ein Dienstvergehen darstelle“ (S. 370). Er legt auch einen Gesetzesentwurf dazu vor.

(Am 9. Juni 1936 wird ein Bundesgesetz zur Beschleunigung von Disziplinarverfahren beschlossen (MRP 1034, S. 285).

MRP 1024 (6. März 1936): 16 neue Fälle, davon zehnmal Amtsverlust und sechsmal Dienstenthebung.

Bisher wurden 1.835 öffentliche Bedienstete behandelt (sic!).

MRP 1029 (8. Mai 1936): 82 neue Fälle, davon 57-mal Amtsverlust und 25-mal Dienstenthebung.

MRP 1031 (12. Juni 1936): 30 neue Fälle, davon 17-mal Amtsverlust und 13-mal Dienstenthebung. Bisher behandelte Fälle: 1.947.

MRP 1036 (24. Juli 1936): 20 neue Fälle, davon elfmal Amtsverlust und neunmal Dienstenthebung. Als Folge des Juliabkommens kündigt Dr. Fleisch an, dass er sich mit BM Glaise-Horstenau ins Einvernehmen setzen werde (S. 314).

BM Draxler (Finanzen) erwähnt während des Budgetvorschlages für 1937, dass die Einsparung bei der Polizei von 3,6 Millionen Schilling (ca. 13,2 Millionen Euro) durch die „politische Befriedung“ bei den Polizeihäftlingen und Anhaltelagern möglich sein sollte (S. 332).

VK Baar-Baarensfeld erklärt, dass er der Meinung sei, dass die Beaufsichtigung der durch das Juliabkommen Amnestierten, für die Polizei aufwendiger sei, als wenn sie sich in den Anhaltelagern befänden.

MRP 1037 (27. August 1936): 29 neue Fälle, davon 22-mal Amtsverlust und siebenmal Dienstenthebung. Ein Verfahren wurde bisher in 1.996 Fällen durchgeführt. BM Glaise-Horstenau ersucht Einblick in alle Fällen seit dem 25. Juli 1934 (!) zu erhalten. BK Schuschnigg will, dass „in Zukunft in solchen Fällen mit BM Glaise-Horstenau Verbindung gehalten werden soll“ (S. 7).

MRP 1039 (2. Oktober 1936): 13 neue Fälle, davon elfmal Amtsverlust und zweimal Dienstenthebung. Dr. Fleisch berichtet auch, dass 93 Gesuche für eine Wiedereinstellung eingelangt sind.

MRP 1042 (30. Oktober 1936): 47 neue Fälle, davon 26-mal Amtsverlust und 21-mal Dienstenthebung. 56 Begnadigungsansuchen wurden eingereicht.

MRP 1044 (20. November 1936): Zwölf neue Fälle, davon vielmal Amtsverlust und achtmal Dienstenthebung. 62 weitere Gesuche sind eingelangt.

MRP 1045 (4. Dezember 1936): 17 neue Fälle, davon sechsmal Amtsverlust und elfmal Dienstenthebung. Dr. Fleisch berichtet, dass bisher in 2.085 Fällen eingeschritten wurde, in

939 Fällen führte dies zum Amtsverlust. Bis zu diesem Zeitpunkt seien 184 Gesuche eingereicht.

MRP 1046 (21. Dezember 1936): 36 neue Fälle, davon neunmal Amtsverlust und 27-mal Dienstenthebung.

MRP 1048 (15. Jänner 1937): Zwölf neue Fälle, davon zweimal Amtsverlust und zehnmal Dienstenthebung. Seit 1934 wurden Maßnahmen gegen 2.139 öffentliche Beamte durchgeführt.

MRP 1051 (26. Februar 1937): seit dem 29. Jänner sind 39 neue Fälle untersucht worden, dies führte zu 31-mal Amtsverlust und achtmal Dienstenthebung.

Zu bemerken ist, dass sich Dr. Fleisch auf den 29. Jänner bezieht, jedoch war er in diesem Ministerrat lt. MRP nicht anwesend und hat auch keinen Bericht abgeliefert.

MRP 1052 (12. März 1937): Dr. Fleisch berichtet von zehnmal Wiedereinstellungen, bzw. Pensionierungen. In sechs Fällen wurde eine Dienstenthebung ausgesprochen.

MRP 1053 (2. April 1937): Dreimal Amtsverlust und Dreimal Dienstenthebung. Drei Wiedereinstellungen, fünf Ruhestandsversetzungen.

MRP 1054 (26. April 1937): Keine neuen Fälle. Insgesamt wurden 76 Bedienstete wieder in den Dienst gestellt oder in den Ruhestand versetzt.

MRP 1055 (25. Mai 1937): Neun neue Fälle, davon fünfmal Amtsverlust und viermal Dienstenthebung. Wiedereinstellung in sechs Fällen (bisher 82-mal).

MRP 1058 (25. Juni 1937): Dr. Fleisch berichtet, dass seit 11. Juli 1936 in 227 Fällen eine Wiedereinstellung oder Pensionierung erfolgte. In Summe wurden bis jetzt 2.236 öffentlich Bedienstete bestraft.

MRP 1060 (6. September 1937): seit 25. Juni sind 24 neue Fälle bekannt, davon 18-mal Amtsverlust und sechsmal Dienstenthebung. Gesamt bisher: 2.260 Fälle. In 26 Fällen erfolgte eine Wiedereinstellung oder eine Pensionierung.

MRP 1061 (21. September 1937): Sechs neue Fälle, davon viermal Amtsverlust und zweimal Dienstenthebung. 14 Wiedereinstellungen erfolgten.

MRP 1063 (15. Oktober 1937): 13 neue Fälle.

MRP 1065 (10. Dezember 1937): 32 neue Fälle. Sechsmal Wiedereinstellung.

MRP 1067 (4. Februar 1938): 13 neue Fälle, davon sechsmal Amtsverlust und siebenmal Dienstenthebung.

Dieser Ministerrat war der letzte in dem der Bundeskommissär für den Öffentlichen Dienst, Dr. Fleisch über Disziplinarmaßnahmen berichtete.

MRP 1068 (16. Februar 1938): Schuschnigg verkündet politische Amnestie.

In diesem Ministerrat, dem Ersten nach der Regierungsumbildung vom 16. Februar 1938, waren Edmund Glaise-Horstenau und Arthur Seyss-Inquart anwesend.

MRP 1069 (21. Februar 1938): Der letzte Ministerrat unter dem Vorsitz von Bundeskanzler Schuschnigg.

MRP 1070 (12. März 1938): Der erste Ministerrat nach dem Rücktritt von Schuschnigg fand unter dem Vorsitz von Seyss-Inquart statt. Das Verbot der NSDAP wird aufgehoben.

3.5.1 Zusammenfassung der Ministerratsprotokolle 1933-1938

Auffallend schnell hat die Regierung Dollfuß auf die Ereignisse des 4. März 1933 reagiert. Da sie das Ergebnis der Diskussion im Nationalrat nicht voraussehen konnten, ist es umso überraschender, dass schon in der nächsten Ministerratssitzung am 7. März, Minister Fey einen Entwurf zum eingeschränkten Versammlungs- und Presserecht vorlegte, der in der nächsten Sitzung beschlossen wurde.

Anfang September 1933 stellte Fey, Bundesminister (BM) für öffentliche Sicherheit, den Antrag, dass „sicherheitsgefährliche Personen“ inhaftiert werden sollten. Vizekanzler (VK) Winkler verwendete den Begriff „Sammellager“ und wollte sich damit von dem Begriff „Konzentrationslager“ distanzieren. Noch ist nicht die Rede davon, dass Inhaftierungen auch ohne Gerichtsverfahren erfolgen können. Am 6. September 1933 brachte BM Fey den Antrag dazu ein, der von VK Winkler mit dem Hinweis auf Deutschland abgelehnt wurde, weil „Österreich ein Land der Zivilisation“ bleiben sollte. Es folgte eine heftige Diskussion. Er erkannte aber nicht die Seilschaft zwischen Dollfuß, Fey, Starhemberg und Odo Neustädter-Stürmer sowie deren autoritäre Richtung. Schon in der nächsten MR Sitzung war Winkler durch Fey als Vizekanzler ersetzt.

Am 23. September wurde mit BGBl. Nr. 431 das Anhaltelager beschlossen und am 27. Oktober 1933 die ersten zwanzig Personen in Wöllersdorf inhaftiert. Offizielle Anfragen aus dem Ausland wurden damit beantwortet, dass es sich um politische Häftlinge handle, die nicht mit Verwaltungsstrahftäflingen gemeinsam untergebracht werden sollten. Es handle sich nicht um Konzentrationslager.

Am 10. November 1933 wurde – initiiert durch Justizminister Schuschnigg und durch VK Fey unterstützt – über eine Einführung der Todesstrafe diskutiert und auch beschlossen. Als sich die Sprengstoffanschläge durch illegale Nationalsozialisten häuften, wollte BK Dollfuß eine präventive „Verwahrung oder eine Abschiebung nach Wöllersdorf“ einführen. Nach dem Bürgerkrieg im Februar 1934 war das Thema Anhaltelager (Fey sprach im Ministerrat am 29. März 1934 von Konzentrationslagern), in den meisten Sitzungen des Ministerra-

tes gegenwärtig. Diskutiert wurde über den Personalstand für die Bewachung, Zuständigkeitsbereich (Schutzkorps oder Bundesheer), Budget, Verpflegungskosten.

Am 10. Juni 1934 rief BK Dollfuß die Minister zu einer Sondersitzung zusammen. Thema war die erhöhte Terroraktivität. Er verlangte die Erweiterung der Todesstrafe auf Terrorakte, auch wenn keine Verletzte oder Toten zu beklagen waren. Staatssekretär Dr. Glas ging so weit, dass sogar der Besitz von Sprengstoff mit dem Tode bestraft werden sollte (Dollfuß trat nach dem Bürgerkrieg autoritär und als Scharfmacher auf, vorher er noch zögerlich).

Nach dem Mord an BK Dollfuß wurde Schuschnigg Bundeskanzler und ließ sich von Dr. Josef Fleisch, dem „Bundekommissär für Personalangelegenheiten“, in fast jedem Ministerrat zu den Verhaftungen, Entlassungen oder Dienstenthebungen von öffentlichen Bediensteten informieren (siehe Anhang 4).

Am 24. September 1934 berichtete Staatssekretär Hammerstein-Equord über 13.388 in Anhaltelagern inhaftierte Personen, überwiegend in Wöllersdorf (tatsächlich waren in Wöllersdorf 5063 inhaftiert, der Rest in Anhaltelagern in Österreich oder in Gefängnissen).

Ab diesen Zeitpunkt gab es nur mehr wenig Diskussion im MR und es wurde von Dr. Fleisch routinemäßig über den Stand der beanstandeten Bediensteten berichtet.

Ausnahme war eine Anregung von BK Dr. Schuschnigg, das Bettlerunwesen in Wien und den Bundesländern dadurch zu lösen, dass Bettler in „bestehende Konzentrationslager“ untergebracht würden (MRP 984, 20. Februar 1935).

Am 16. Februar 1938 (MRP 1068) verkündete BK Schuschnigg die politische Amnestie.

4. ERFORSCHUNG UND ANALYSE DER PRINTMEDIEN IM KONTEXT ZU WÖLLERSDORF

4.1 Einleitung, Kontext

Das Anhaltelager in Wöllersdorf hat mich wegen der Nähe zu meinem Wohnort und meiner Neugier an die Zeit der Dollfuß-Schuschnigg-Diktatur interessiert. Ich erinnere mich an hitzige, politische Diskussionen zwischen meinem Vater und seinen Freunden, die verschiedene Parteizugehörigkeiten hatten und in deren Diskussionen oft die Diktatur und Verfolgung dieser Zeit als Argumente herangezogen wurden. Ich wunderte mich schon als Halbwüchsiger, wie stark sich diese Zeit in das kollektive Gedächtnis meiner Elterngeneration eingepägt hatte. Noch in den 1960/70ern wurde über diese Zeit in den zwei größten Parteien Österreichs auf das Heftigste gestritten und gegenseitige Schuldzuweisungen waren immer wieder zu hören. Heute, in einem Abstand von über achtzig Jahren, ist die emotionale Diskussion einer sachlichen gewichen. Zu einer wissenschaftlichen Aufarbeitung dieses Themas möchte ich beitragen.

4.2 Forschungsthema

Ich möchte die Trabrennplatzrede von Dollfuß, das Dollfuß Lied, die Rede des Gauleiters Bürckel in Wöllersdorf und Zeitungsberichte zum Thema Anhaltelager Wöllersdorf auf deren Inhalt und Aussagen untersuchen. In welchem politischen Nahverhältnis standen die Zeitungen und wie war die Berichterstattung politisch gefärbt? Andere Anhaltelager, die in Österreich auch existierten, werden in diese Untersuchung nicht miteinbezogen.

4.3 Fragestellung

Wie oft wurde über Wöllersdorf, die Häftlinge und die Haftbedingungen im Lager berichtet? In welcher Form und mit welchem Inhalt? Wie wurde die Inhaftierung dargestellt? Gibt es Kontinuitäten und Brüche in den Berichten der legalen und illegalen Presse?

4.4 These

Die staatsnahe und legale Presse berichtete spärlich und mit der Intention, den Terrorismus

der illegalen Parteien einzudämmen.

Die illegale Presse schrieb über ungerechte Verhaftungen, lange Anhaltungen sowie über die Haftbedingungen im Lager und machte die Regierung dafür verantwortlich.

4.5 Stand der Forschung

Das Anhaltelager Wöllersdorf sowie sein Entstehen und Ende sind gut erforscht. Wöllersdorf war das größte, am längsten bestehende Anhaltelager und wurde zum Synonym für unwillkürliche Verhaftungen und Gefangenschaften während der Dollfuß-Schuschnigg-Diktatur. Es wurden illegale Nationalsozialisten, Kommunisten und Sozialdemokraten ohne Unterscheidung der Schwere des ihnen gemachten Vorwurfes und ohne Gerichtsurteil in diesen Lagern inhaftiert. Die Maximalbelegung in Wöllersdorf betrug 5.063 Verhaftete. Das Lager bestand vom 17. Oktober 1933 bis zum Februar 1938. Menschen aus ganz Österreich wurden hierher gebracht.

Das kleinste Anhaltelager existierte im Burgenland (Kaisersteinbruch) mit 25 Inhaftierten vom 22. Jänner 1934 bis 30. April 1934. (Auch in Oberwart wurde ein Lager errichtet, hier fehlen mir allerdings die Daten).⁷³ Anhaltelager wurden in allen Bundesländern (außer Vorarlberg), wenn auch oft nur für eine kurze Zeitspanne, eingerichtet (z. B. Wr. Neustadt, Nauzers).

Offen in der Forschung ist, wie die Zeitungen, sei es die legalen oder die illegalen (nationalsozialistische, kommunistische oder sozialdemokratische Zeitungen wurden zensuriert oder verboten), über Wöllersdorf berichteten. Welcher Zusammenhang, welche Schwerpunkte, in welchem Kontext und wie oft wurde über die Verhafteten und deren Leben im Lager berichtet.

4.6 Methoden und Theorien

4.6.1 Quantitative- und Metaphern-Analyse:

Ich werde in den digitalisierten Zeitungen der Österreichischen Nationalbibliothek (ANNO) die quantitative Erwähnung von „Wöllersdorf“ mithilfe der ausgewählten Zeitungen analysieren und eine tabellarische Auswertung zeigen. Die erwähnten Artikel werde ich nach Kategorien und Schwerpunkten auflisten.

⁷³ Wilhelm J. Wagner, Bildatlas der österreichischen Zeitgeschichte 1918-1938. (Wien/Köln/Weimar 2007), 185.

Untersuchen möchte ich auch das politische Näheverhältnis der Zeitungen, was wurde geschrieben (eingegrenzt auf Wöllersdorf). Als Diskursanalysemethode nehme ich die Metaphernanalyse zu Hilfe. Vergleichen möchte ich auch die Berichterstattung ausgewählter Berichte während der Diktatur.

Erschwerend wirkt aber, dass schon mit der ersten KWEG Verordnung nach der Parlamentskrise (7. März 1933), das seit 70 Jahren bestehende Grundrecht der Pressefreiheit eingeschränkt wurde. Eine Zensur wurde verordnet. Bei Zuwiderhandeln wurde mit hohen Verwaltungsstrafen und mit Verbot gedroht.⁷⁴

4.6.2 Quellen:

Ausgewählte legale und illegale Printmedien (Tageszeitungen und periodische Zeitschriften) aus ANNO (Österreichische Nationalbibliothek).

Folgende Zeitungen wurden exemplarisch aus der Vielfalt der Medien gewählt:

- Arbeiter-Zeitung (sozialdemokratisch).
- Der Kampf und die Rote Fahne (kommunistisch).
- Die Neue Freie Presse (christlich sozial (bürgerlich), regierungsnah).
- Österreichischer Beobachter (nationalsozialistisch).
- Triestingtaler und Piestingtaler Wochenblatt (Lokalzeitung, unabhängig).

⁷⁴ Kurt Bauer, Zum Entstehen der Anhaltelager in Österreich 1933/34, 825.

5. ANALYSEN VON ÖFFENTLICHEN ANSPRACHEN

Dieses und das nächste Kapitel enthalten eine Metaphernanalyse der Trabrennplatzrede, der Rede von Gauleiter Bürckel, die er am 2. April 1938 in Wöllersdorf hielt und von Berichten ausgewählter Zeitungen von 1933 bis 1938, die sich mit dem Anhaltelager in Wöllersdorf beschäftigen.

Metaphern Theorie:

Metaphern sind ein Stilmittel des sprachlichen Ausdrucks, bei dem ein Bedeutungszusammenhang in einen anderen übertragen wird. Sie entstehen, wenn ein Gegenstand im Lichte eines anderen Gegenstandes betrachtet wird (z. B. die Sprache stirbt aus). Sie stellen einen Vergleich dar, in dem das „wie“ wegfällt (Deine Augen sind Sterne) oder sie projizieren Eigenschaften eines Gegenstandes auf einen Anderen (z. B. Zeit ist Geld). Aristoteles definiert Metaphern als „die Übertragung eines Wortes, das (eigentlich) der Name für etwas anderes ist, entweder von der Gattung auf die Art oder von der Art auf die Gattung oder von einer Art auf eine (andere) Art gemäß einer Analogie“.

Metaphern sind Definitionssache und menschengemacht, daher muss vor der Analyse der öffentlichen Ansprachen ein näheres Beleuchten der Metapherntheorie stehen.⁷⁵

„Metapher“, lateinisch *metaphora* oder griechisch *metaphorá*, bedeutet: anderswohin tragen.⁷⁶

Die Metaphernanalyse der folgenden Texte soll zeigen, welche sprachlichen Bilder verwendet werden und was sie ausdrücken wollen.

Ich verwende die Methodik von Johnson und Lakoff, nach der die Analyse in vier Schritten erfolgt:

1. Ausschneiden und sammeln: hier wird die Metapher im Quelltext gekennzeichnet, ausgeschnitten und isoliert.
2. Kategorisieren: Metapher inhaltlich, semantisch und logisch gliedern.
3. Abstrahieren und vervollständigen: es soll herausgefunden werden, was die Metaphern selbst nicht sagen, aber was sie implizieren und welchem übergeordneten Konzept sie folgen.
4. Interpretation: die Berichte sollen anhand der gefundenen Metaphern, Kategorien und Konzepte interpretiert werden.⁷⁷

⁷⁵ Jan Kruse, Kay Biesel, Christian Schmieder, *Metaphernanalyse. Ein rekonstruktiver Ansatz.* (VS Verlag, Wiesbaden 2011).

⁷⁶ Bibliographisches Institut GmbH, online unter < <https://www.duden.de/rechtschreibung/Metapher> > (2019-12-04).

⁷⁷ Jan Kruse, Kay Biesel, Christian Schmieder, *Metaphernanalyse*, 94-103.

5.1 Trabrennplatzrede

Quelle: Mediathek.⁷⁸

(Transkription: Franz Gehringer)

Beim Vergleich mit der Rede, die im „Austria-Forum“ ([austria-forum.org/af/Wissenssammlungen/Symbole/Faschismus-die Symbole/Trabrennplatzrede 1933](http://austria-forum.org/af/Wissenssammlungen/Symbole/Faschismus-die_Symbole/Trabrennplatzrede_1933)) zu finden ist, ist die Aufzeichnung nicht vollständig. Trotzdem nehme ich die Originalaufnahme, um auch die authentische Stimmung während der Rede wiederzugeben.

Politischer Kontext:

Diese Rede wurde von Bundeskanzler Dollfuß am 11. September 1933 am Trabrennplatz während des deutschen Katholikentages (7.-12. September 1933) gehalten. In dieser Veranstaltung wurde klar, wie sehr Katholizismus und Politik in Österreich miteinander verflochten waren. Auf dem Bild, das Dollfuß bei der Rede zeigt (Anhang 10), ist im Hintergrund die Bühne des Wiener Trabrennplatzes zu sehen. In dieser Rede proklamierte Dollfuß den autoritären Ständestaat.

Dollfuß, als Führer der Vaterländischen Front, tritt in der Uniform des Oberleutnants der Kaiserschützen auf. Der Federschmuck auf der Kopfbedeckung, wurde von den Kaiserjägern übernommen und war Teil der Uniform der Heimwehr (deswegen wurde die Heimwehr im Volksmund auch die „Hahnenschwanzler“ genannt). Das Kruckenkreuz als zentrales Symbol der Vaterländischen Front, wurde hier erstmals präsentiert.

Bem: Das Kruckenkreuz wurde in der Ersten Republik ab 4. November 1922 auf dem „Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik“⁷⁹ verwendet (z.B. erhielt Emil Fey den Orden am 16. Dezember 1922, siehe Anhang11). Seit 1924 scheint es auch auf der Rückseite der 2 Groschen/200 Kronen Münze (Doppeldruck) und ab 1925 auf der 2 Groschen Münze und ab 1931 auf der 5 Groschen Münze verwendet) auf.⁸⁰

Das Kruckenkreuz als Symbol der Vaterländischen Front (VF) und als „Führerstandarte“ wurde am 1. September 1933 in der „Wiener Zeitung“ angekündigt und als Geschenk Dollfuß

⁷⁸ Österreichische Mediathek, Audiovisuelles Archiv, Online Archiv, Die Trabrennplatzrede - Ansprache von Bundeskanzler Engelbert Dollfuß mit Prinzipienerklärung des autoritären Regimes am 11. September 1933, online unter <<https://www.mediathek.at/atom/015C5D1D-222-002CE-00000D00-015B7F64>> (2019-08-27).

⁷⁹ Peter Diem, Orden und Ehrenzeichen - einst und heute. Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich - Erste Republik, online unter < https://austria-forum.org/af/Wissenssammlungen/Symbole/Orden_und_Ehrenzeichen> (2019-12-12).

⁸⁰ Sebastian Barzel, Münzen, Medaillen, Banknoten, online unter <https://www.muenzen12.de/umlaufmuenzen-west-europa/oesterreich_1923_bis_1938.php> (2019-12-06).

an die VF bezeichnet.⁸¹

Der Zeitpunkt der Rede war bewusst an diesen Tag geplant. Am 12. September 1683 wurde das Osmanische Heer vom Entsatzheer besiegt und damit Wien und das Christliche Abendland gerettet. Kardinal Innitzer hatte das Datum der Katholikentage bewusst so zur Erinnerung festgelegt. Als Höhepunkt Erinnerungsfeierlichkeiten hielt Dollfuß die Rede am 250. Jahrestag des Sieges mit starkem Bezug auf die Befreiung Wiens. Davor fanden schon Kranzniederlegungen am Liebenberg-Denkmal (Mölkerbastei Wien), am Sarkophag Starhemburgs (Gruft Schottenstift Wien) und Starhemburg-Denkmal am Rathausplatz und viele anderen Orten statt.

In einer Ausstellung im Museum der Stadt Wien wurde neben Beutestücke auch der angebliche Schädel von Kara Mustafa ausgestellt.

Den Abschluss der Feierlichkeiten bildete ein Festzug vom Prater über den Ring, der fünf Stunden andauerte.⁸²

Trabrennplatzrede:

0:00 -0:21 sec

(Jubel und „Heil“ Rufe hörbar)

0:22 sec

Liebe Freunde,

Österreicher,

wir stehen am Vorabend des Gedächtnisses an ein großes geschichtliches Ereignis unserer Heimat. Und ich möchte vorerst sie alle, die Tausende und Tausende, die wir heute hierhergekommen sind zu dieser Vaterländischen Kundgebung, herzlich begrüßen und für dieses Bekenntnis, das Sie damit ablegen, herzlich danken.

Im Zeichen des Stephansdom, im Zeichen der Türkenbefreiung, werden wir an die Geschichte unserer Heimat erinnert und wenn wir unsere Zeit und unsere Aufgabe richtig verstehen wollen, wenn wir die Aufgabe die die Zeitgeschichte uns Deutsch- Österreichern stellt, kennen wollen, erfüllen wollen, müssen wir vorerst anknüpfen, rückschauen auf das was unser Volk geleistet und aus der Geschichte lernen, unsere Aufgaben sehen und damit mit absoluter Entschlossenheit auch die zu erfüllen entschlossen sind.

Stephansdom, dass in unserer Heimat, dass in Wien, dessen Grenzen, dessen Stadtmauern

⁸¹ Österreichische Nationalbibliothek. ANNO, Historische Österreichische Zeitungen und Zeitschriften. Wiener Zeitung, 1. September 1933, S 2, online unter <<http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=wrz&datum=19330901&seite=2&zoom=33>> (3. Februar 2020).

⁸² Silvia Dallinger, Katholikentag und Staatliche Türkenbefreiungsfeier, online unter <<https://www.tuerkengedaechtnis.oeaw.ac.at/feierlichkeit/allgemeiner-deutscher-katholikentag-7-12-september-1933/>> (2020-02-04).

damals ungefähr dort waren wo heute der Ring sich befindet, dass in dieser damals kleinen, aber hochbedeutsamen Stadt, ein solches Kunstwerk christlich-deutscher Cultura (sic!) stehen konnte, das beweist doch, dass schon damals wirklich Kultur in unseren Lande geherrscht hat und bringt uns mit elementarer Wucht zu Bewusstsein, dass schon vor mehr als vor einem halben Jahrtausend in unseren deutschen Landen die Vermählung von wirklich echtem kerngesundem Volkstum und nach oben orientierter Weltanschauung wirklich erlebtem Christentum, zu einer Hochblüte in unserem Land geführt hat.

Und die Türkenbefreiung vor 250 Jahren, haben die Menschen um den Stephansdom herum, hat der Mann, der vom Stephansturm aus die Verteidigung leistete, wirklich bange Sorgen, bange Sorgen zurückgelassen. Tapfer und treu haben die Wiener unter Führung ihres Verteidigers Starhemberg hier in Wien ausgehalten und wir freuen uns, (*Jubel*) und wir freuen uns, dass der Name der Familie in unserem Heimatland erhalten geblieben ist und wieder einer der Nachkommen heute zu den Erneuerern Österreichs gehört.

4:27: (*Heil Rufe*)

Rein im wirtschaftlichen Kampf das Wohl der Menschheit sichern zu können, in einer Zeit, in der man glaubt, gemeinsam durch Aufklärung, durch Wissen und Wissenschaft allen Problemen des Weltaseins beikommen zu können, einer Zeit in der man die Einstellung des Menschen zur Unendlichkeit, seine Religion höchstens geduldet hat, vielfach nur mehr belächelt hat, eine solche Zeit materialistischer Einstellung, die den Einzelnen, nach den damals herrschenden Theorien, zur rechtlosen Ausnützung all seiner Macht, auch seiner Geldmacht, berechtigten, in der Zeit wurde ein großer Teil des Volkes zurückgedrängt und hat sich mit Recht unterdrückt gefühlt. In solchem Zeitalter des Liberalismus, dem Zeitalter der Willkür und der reinen Macht, ein Zeitalter gefolgt, dass seinen Ideen nach nicht weniger materialistisch war, das ebenso ohne Gott und ohne menschliche Befindung, einfach rein formalistisch, organisatorisch, die Übel dieser damaligen Zeit heilen wollte. So kam die Epoche des Marxismus, die Epoche des mindestens ebenso brutalen Materialismus.

Und in der Zeit ist die Menschheit dank der Erfolge, die sie auf dem Gebiete der Wissenschaft und Technik errungen hatte, ist die Menschheit, möchte fast sagen, hochmütig und größenwahnsinnig geworden und als Antwort auf die Zeit in der man gemeinsam die Weltprobleme lösen zu (sic!) können, allen Weltgeheimnissen und allen Sinn nach dem Dasein mit Formeln und und (sic!) und logischen Schlüssen bereits nahe gekommen zu sein, kam eine der größten Katastrophen die die Menschheit erlebt hat, der Weltkrieg, den wir selbst alle mitgemacht haben. Und nach dem Weltkrieg ein wirtschaftlicher und noch viel mehr geistiger und seelischer Zusammenbruch, der seinesgleichen kaum ohne Beispiel

dasteht. In der Zeit wurde auch in Österreich die neue Heimat aufgebaut, aufgebaut entsprechend der geistigen und seelischen und wirtschaftlichen Verfassung dieses Landes und mühsam ist es den Vertretern der bodenständigen Bevölkerung gelungen zu verhüten, dass krasser Materialismus, gottloser Marxismus die Alleinherrschaft in unserer Heimat angetreten hat.

7:41: (*Bravorufe*)

Aber nicht konnte damit verhindert werden, dass diese Geistesrichtung doch durch mehr als ein Jahrzehnt die Entwicklung, wirtschaftliche und seelische Entwicklung, unserer Heimat faktisch bestimmt hat. Und das Volk hat im guten Empfinden sehr bald gespürt, so geht es doch wohl nicht weiter. In einem Lande, dass so arm geworden ist, dass schließlich und endlich nur der Sieger bleibt, der am ärgsten hetzt, nur der größte Demagoge zum Schluss die Entwicklung des Landes bestimmen kann. In einem Lande, in dem jeder der augenblicklich Verantwortung getragen hat, allen ärgsten Verdächtigungen und Anfeindungen ausgesetzt war. Wir brauchen ja nur daran denken, dass Einer und das der größte Staatsmann und zugleich der idealste Mensch, den wir in Österreich in der Nachkriegszeit gehabt haben, Dr. Seipel, welch unerhörten Verleumdungen und Verhetzungen, auch dieser selbstlos reine, große Mann ausgesetzt war.

9:03: (*zustimmendes Gemurmel*)

Es folgt eine Unterbrechung der Aufzeichnung. Es dürfte nun eine andere Aufzeichnung eingespielt worden sein, da auch die Stimme Dollfuß' stark verändert ist.

9:10

Der Österreicher hat ein Vaterland, liebt es und hat Ursache es zu lieben. Dieses Österreich ist durch Jahrhunderte dem Gebiete nach vielfach kleiner gewesen als das heutige Österreich, aber seine Herrschaft hat schon durch Jahrhunderte die deutsche Kaiserkrone getragen. Seit dem 17. Jahrhundert, in dem der Aufbau Groß-Österreich begonnen hat, hat Österreich Deutschtum und andere Nationen in glücklicher Weise zu verbinden vermocht. Dieses Österreich ist nach dem Großen Weltkrieg, in dem gerade die Deutschen dieses Landes zu den besten Verteidigern unserer Heimat geworden sind, zerrissen worden und das kleine Österreich ist uns wieder als Heimat geblieben.

Wirtschaftlich ausgeblutet, die wirtschaftlichen Zusammenhänge zerrissen, das Vertrauen in unsere eigene Kraft erschüttert, schmählich zerrissen hat dieses Land seine neue Geschichte begonnen. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die sozialen Spannungen und noch mehr die politische Verhetzung haben in unserem Heimatland in den ersten vierzehn Jahren ein wirkliches vaterländisches Gefühl, wirkliche Heimatliebe kaum aufkommen lassen.

So hat diese Regierung, in der die vaterlandstreue Bevölkerung sich vertreten fühlt und fühlen kann, es übernommen, den wirtschaftlichen Schwierigkeiten Herr zu werden, den sozialen Frieden dem Lande wieder zu geben und auch seelisch dieses Volk neu aufzubauen, die Liebe zur Heimat wieder lebendig zu machen.

So stehen wir vor dem Neubau unserer Zeit. Wir werden auf wirtschaftlichem Gebiet und in der Sicherung des Friedens konsequent weiter gehen, wir wollen in der Abwehr jeweils so weit gehen, als man uns dazu zwingt. Darauf aber kann man sich verlassen, dass wir jeder Situation gewachsen sind. Wir richten an alle Österreicher den Appell Einsicht zu bewahren, nicht falschen Hoffnungen nachzulaufen, sondern treu zum Vaterland zu stehen. Die Zeit der liberalen kapitalistischen Gesellschaft und Wirtschaftsordnung, die Zeit marxistischer Volksverführung, die Zeit demagogischer Volksverführung und absoluter Parteiherrschaft ist vorüber. Wir wollen den sozialen, christlichen, deutschen Staat Österreich auf ständischer Grundlage unter starker autoritärer Führung. Führer sind uns dabei die Liebe zum Vaterland, Führer ist dabei der Glaube. Österreich über Alles, wenn es nur will.

12:00

Wieder ist ein deutlicher Schnitt der Aufnahme bemerkbar. Die Lautstärke ist nun hoch, die Ansprache stark verrauscht und schwerer verständlich.

Unser Kampf, *(unverständlich)*.... auf Irrwege gegangen sind, unser Kampf gegen falsche Ideen und gegen falsche Formen. Als bewusste gute Deutsche lehnen wir auch übertriebenen falschen Nationalismus ab.

(Hochrufe)

Und so wollen wir an diesem schönen, festlichen Abend, der in Wien, in den Tagen des großen Bekenntnisses spielt, der im Zeichen historischen Geschehens steht, so wollen wir auch an diesem Abend wieder das Gelöbnis ablegen, alles einzusetzen. Und wir als Führer, wollen alle miteinander Ihnen auch hier selbstlos und rastlos als gutes Beispiel vorangehen. Alles einsetzen, damit die Liebe zu unserer Heimat wieder lebendig werde damit dieses Österreich unsere und unserer Kinder Heimat bleibe.

13:27 *(Bravo Rufe und Jubel)*

Unbekümmert von Verdächtigungen und Verhetzung von innen und außen, unbekümmert sage ich euch heute, liebe Freunde, ruhig, wenn ich nicht von tiefen Sorgen durchdrungen wäre, dass der Weg den wir gehen uns von oben als Pflicht gegeben ist, wenn ich nicht vom tiefen Glauben durchdrungen wäre, dass das neu erwachende Gefühl österreichischer Heimatliebe so stark ist, dass wir allen Widerstand überstehen werden, dann hätte ich nicht diese seelische Kraft, so zu Ihnen zu sprechen und diesen Wege Ihnen voran zu gehen.

Ich bin überzeugt, dass es der Wille einer höheren Macht ist, dass wir unser Heimatland Österreich mit seiner ruhmreichen Geschichte auch heute in der kleineren Form erhalten. Ich bin überzeugt, dass dieses Österreich in der Gestaltung des öffentlichen Lebens fest in der (*unverständlich*)... sein wird und sein muss für andere Völker, dass wir in diesem Österreich auch dem gesamten Deutschtum gegenüber einen großen, wertvollen Dienst zu erweisen und zu erfüllen haben.

14:46 - 15:06: (*Hoch- und Jubelrufe, „Heil Dollfuß“ Rufe*)

Und Ihnen liebe Freunde und vor euch meine lieben Freunde, mit der Bitte, bleibt euch des Ernstes unsere Zeiten bewusst, seid euch dessen bewusst, dass wir die Aufgabe haben, die Fehler der letzten 150 Jahre unserer Geistesgeschichte gutzumachen und auf neuen Wegen unserer Heimat ein neues Haus zu bauen. Und dass jeder Einzelne, auch welchen Platz er innehat, die Pflicht hat an diesem Neubau mitzuarbeiten. Und dass wir alle, auch heute wieder, mit dem Glauben von hier weggehen, einen höheren Auftrag zu erfüllen, einen Auftrag unserer lieben Heimat, unseres braven großen Volkes und mit dem Bekenntnis, dass ich überzeugt bin, dass es der Wille des Herrn ist, wie einst die Kreuzfahrer vom gleichen Glauben durchdrungen waren, so wie hier vor Wien ein Marco d'Aviano gepredigt „Gott will es“ so steh'n auch wir heute in froher Fahrt in starkem Vertrauen auf die Zukunft und auf Recht das wir verteidigen in der Überzeugung: Gott will es!

16:28:(*Jubel*)

16:30: *Ende der Aufzeichnung*

Im ersten Schritt wurden die für die Analyse relevanten Aussagen im Text oben unterstrichen. Nun werden diese den folgenden Kategorien zugewiesen (zweiter Schritt).

Österreich ist unsere Heimat und Kultur

- *Stephansdom, dass in unserer Heimat, dass in Wien*
- *Im Zeichen des Stephansdom (...) werden wir an die Geschichte unserer Heimat erinnert*
- *hochbedeutsamen Stadt, ein solches Kunstwerk christlich-deutscher Cultura (sic!)*
- *schon damals wirkliche Kultur in unseren Lande geherrscht hat*
- *mehr als vor einem halben Jahrtausend in unseren deutschen Landen die Vermählung von wirklich echtem kerngesundem Volkstum*
- *Menschen um den Stephansdom herum*
- *der Name der Familie in unserem Heimatland erhalten geblieben*
- *Der Österreicher hat ein Vaterland, liebt es und hat Ursache es zu lieben*
- *seine Herrschaft hat schon durch Jahrhunderte die deutsche Kaiserkrone getragen*

- im Zeichen historischen Geschehens
- Heimatland Österreich mit seiner ruhmreichen Geschichte

Österreich ist in Gefahr

- im wirtschaftlichen Kampf das Wohl der Menschheit
- Problemen des Weltenseins beikommen zu können
- in der Zeit wurde ein großer Teil des Volkes zurückgedrängt und hat sich mit Recht unterdrückt gefühlt
- ist die Menschheit, möchte fast sagen hochmütig und größenwahnsinnig geworden
- kam eine der größten Katastrophen, die die Menschheit erlebt hat
- und nach dem Weltkrieg ein wirtschaftlicher und noch viel mehr geistiger und seelischer Zusammenbruch
- gottloser Marxismus die Alleinherrschaft in unsere Heimat angetreten hat
- unsere Heimat faktisch bestimmt hat
- wirtschaftlich ausgeblutet, die wirtschaftlichen Zusammenhänge zerrissen,
- das Vertrauen in unsere eigene Kraft erschüttert
- politische Verhetzung haben in unserem Heimatland in den ersten vierzehn Jahren kein wirkliches vaterländisches Gefühl, wirkliche Heimatliebe kaum aufkommen lassen
- von tiefen Sorgen durchdrungen

Der Gefahr trotzen...

- im Zeichen der Türkenbefreiung
- bleibt euch des Ernstes unserer Zeiten bewusst
- wenn wir unsere Zeit und unsere Aufgabe richtig verstehen wollen, wenn wir die Aufgabe die die Zeitgeschichte uns Deutsch-Österreichern stellt, kennen wollen
- der Mann, der vom Stephansturm aus die Verteidigung leistete
- das Volk hat im guten Empfinden sehr bald gespürt
- wir wollen in der Abwehr jeweils so weit gehen
- Darauf aber kann man sich verlassen, dass wir jeder Situation gewachsen sind
- nicht falschen Hoffnungen nachzulaufen
- als bewusste gute Deutsche lehnen wir auch übertriebenen falschen Nationalismus ab
- in den Tagen des großen Bekenntnisses

...und Lösungen finden

- die Übel dieser damaligen Zeit heilen wollte

- *der größte Staatsmann und zugleich der idealste Mensch*
- *auch dieser selbstlos reine, große Mann*
- *hat Österreich Deutschtum und andere Nationen in glücklicher Weise zu verbinden vermocht*
- *die Deutschen dieses Landes zu den besten Verteidigern unserer Heimat geworden sind*
- *so hat diese Regierung, in der die vaterlandstreue Bevölkerung sich vertreten fühlt und fühlen kann, es übernommen, den wirtschaftlichen Schwierigkeiten Herr zu werden*
- *den sozialen Frieden dem Lande wieder zu geben und auch seelisch dieses Volk neu aufzubauen*
- *die Liebe zur Heimat wieder lebendig zu machen*
- *die Zeit marxistischer Volksverführung, die Zeit demagogischer Volksverführung und absoluter Parteienherrschaft ist vorüber*
- *wir wollen den sozialen, christlichen deutschen Staat Österreich*
- *auf ständischer Grundlage unter starker autoritärer Führung*
- *Österreich über Alles, wenn es nur will*
- *auch heute in der kleineren Form erhalten*

Österreich wieder aufbauen

- *die Fehler der letzten 150 Jahre unserer Geistesgeschichte gutzumachen und auf neuen Wegen unserer Heimat ein neues Haus zu bauen*
- *und dass jeder Einzelne, auch welchen Platz er innehat, die Pflicht hat an diesem Neubau mitzuarbeiten*
- *und dass wir alle, auch heute wieder, mit dem Glauben von hier weggehen, einen höheren Auftrag zu erfüllen, einen Auftrag unserer lieben Heimat*
- *Erneuerern Österreichs gehört*
- *aufgebaut entsprechend der geistigen und seelischen und wirtschaftlichen Verfassung dieses Landes*
- *Aufbau Groß-Österreich*
- *das kleine Österreich ist uns wieder als Heimat geblieben*
- *schmählich zerrissen hat dieses Land seine neue Geschichte begonnen*
- *So stehen wir vor dem Neubau unserer Zeit*
- *wir als Führer wollen alle miteinander Ihnen, auch hier selbstlos und rastlos als gutes Beispiel vorangehen*
- *Alles einsetzen, damit die Liebe zu unserer Heimat wieder lebendig werde*
- *das neu erwachende Gefühl österreichischer Heimatliebe so stark ist*

- dann hätte ich nicht diese seelische Kraft, so zu Ihnen zu sprechen und diese Weg Ihnen voran zu gehen
- wir unser Heimatland Österreich (...) auch heute in der kleineren Form erhalten
- Österreich in der Gestaltung des öffentlichen Lebens
- das neu erwachende Gefühl österreichischer Heimatliebe so stark ist
- diesen Wege Ihnen voran zu gehen

Nur mit Hilfe des Glaubens möglich

- dass es der Wille des Herrn ist, wie einst die Kreuzfahrer von gleichen Glauben durchdrungen waren, so wie wir vor Wien
- so stehen auch wir heute in froher Fahrt in starkem Vertrauen auf die Zukunft und auf Recht das wir verteidigen
- Gott will es
- nach oben orientierter Weltanschauung wirklich erlebten Christentum zu einer Hochblüte in unserem Land geführt hat
- Führer sind uns dabei die Liebe zum Vaterland
- Führer ist dabei der Glaube
- der Weg den wir gehen uns von oben als Pflicht gegeben ist
- wenn ich nicht vom tiefen Glauben durchdrungen wäre
- dass es der Wille einer höheren Macht ist
- dann hätte ich nicht diese seelische Kraft

Dollfuß sagt in seiner Rede, dass Österreich mit seiner langen Geschichte und Kultur, trotz der oft bewältigten Bedrohungen und Gefahren, wieder in Gefahr ist. Er fordert die Österreicher auf, der Gefahr zu trotzen und mit Hilfe Gottes und des Glaubens, das Land unter seiner starken autoritären Führung wieder aufzubauen. Gleichzeitig betont er immer wieder die Nähe zur Kirche und zu Gott (Konkordat, Katholikentag).

Im Schritt drei möchte ich die Aussagen auf die wesentliche politische Botschaft zusammenfassen:

Österreichs ist in Gefahr

- im wirtschaftlichen Kampf das Wohl der Menschheit
- und nach dem Weltkrieg ein wirtschaftlicher und noch viel mehr geistiger und seelischer Zusammenbruch

- *gottloser Marxismus die Alleinherrschaft in unserer Heimat angetreten hat*
- *wirtschaftlich ausgeblutet, die wirtschaftlichen Zusammenhänge zerrissen*
- *das Vertrauen in unsere eigene Kraft erschüttert*
- *politische Verhetzung haben in unserem Heimatland in den ersten vierzehn Jahren kein wirkliches vaterländisches Gefühl, wirkliche Heimatliebe kaum aufkommen lassen*

Die autoritäre Führung und Gott beseitigen die Gefahr

- *so hat diese Regierung, in der die vaterlandstreue Bevölkerung sich vertreten fühlt und fühlen kann, es übernommen, den wirtschaftlichen Schwierigkeiten Herr zu werden*
- *den sozialen Frieden dem Lande wieder zu geben und auch seelisch dieses Volk neu aufzubauen*
- *wir wollen den sozialen, christlichen deutschen Staat Österreich*
- *auf ständischer Grundlage unter starker autoritärer Führung*
- *Österreich über Alles, wenn es nur will*
- *wir als Führer wollen alle miteinander Ihnen, auch hier selbstlos und rastlos als gutes Beispiel vorangehen*
- *diesen Wege Ihnen voran zu gehen*
- *Gott will es*
- *Führer ist dabei der Glaube*
- *dass es der Wille einer höheren Macht ist*

Im letzten Schritt der Analyse, werden nach der Rede Bürckels, die drei Vorabergebnisse miteinander vergleichen und Gemeinsamkeiten oder Gegensätzliches aufgezeigt.

5.2 Rede von „Reichskommissar für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich“ und Gauleiter von Wien, Josef Bürckel am 2. April 1938 in Wöllersdorf. (gedruckt in der „Illustrierte Kronen Zeitung“ am 3. April 1938, S. 8).

Bevor Bürckel seine Rede hält, werden die Anwesenden durch den Wiener Neustädter Bürgermeister Ferdinand Ulz (er war aber zu diesem Zeitpunkt bereits Kreisleiter) und Landesleiter Major Klausner, der fälschlich von „45.000 gefesselten, in Ketten geschlagen Inhaftierten“ spricht, begrüßt.

Während Bürckel spricht, wird eine Baracke angezündet.

Rede Bürckel:

„Wir stehen an einer Stätte, die wie wenige andere geeignet ist, Anklage zu erheben, Richter zu sein, gegen all die Zeiten, Systeme und Menschen, die im Dienst fremder Mächte die Stimme des eigenen Blutes zu ersticken versuchen. Die jüngste Vergangenheit dieses gequälten Volkes in diesem deutschen Land hat in grausamster Weise ein Leid getragen, das man mit Recht als die letzte Station der deutschen Passion bezeichnen kann“.

(Die Baracke wird angezündet)

„Die Flamme die jetzt zum Himmel emporlodert, sie möge aller Welt verkünden, die innere Kraft unseres Reiches hat ihren Verteidiger im deutschen Herzen gefunden. Die Wahrheit unseres Glaubens braucht weder Schrecken noch Hass, noch Paragraphen zu ihrem Schutz, sie ist uns vom Schöpfer in die Seele gebrannt. Das ist unsere Freiheit! Sie lebt nicht hinter Stacheldraht und in dumpfen Zellen, sie wird nicht gezwungen mit der Peitsche, sie krönt vielmehr das vergangene Martyrium durch die Bruderhand. Euer Opfer ist geadelt! Um mich sind die Männer versammelt, die hier gelitten haben um ihr Volk. Im Namen aller Deutschen danke ich allen. Ich weiß es, Ihr Braven, Ihr Tausende und Abertausende, die Ihr eure deutsche Pflicht getan habt, dass Ihr übergücklich seid, endlich gesiegt zu haben.

Was aber adelt Euren Sieg? Vielleicht Rache oder Hass? Es wäre gar allzu verständlich, dass man Gleiches mit Gleichen vergilt. Der Führer hat in seiner historischen Reichstagsrede den Henkern das Leben geschenkt. Er tat es mit jener Großmut, die so erhehend ist, dass Euer Opfer dadurch geadelt wird. Wie jämmerlich sind alle die kleinen Gegner, die nun die gleiche Notzeit für sich erwarteten, die sie Euch zumuteten.

Unser Glaube, unser Reich, unser Führer brauchen zu ihrem Schutze nicht die Folterkammer. Euch ist es zu danken, dass die Liebe zu Volk und Führer in ihrem Lande eine Bremsche geschlagen hat. So war doch Euer Kampf am Ende ein Eroberungskampf um alle. Ihr habt Treue gesät und Sieg geerntet! Man erobert nicht um zu vernichten, sondern um zu besitzen.

Diesem Sinn von Opfer und Sieg soll an dieser Stelle ein Denkmal Ausdruck geben. Es soll entstehen inmitten einer herrlichen Anlage und die Aufschrift tragen: Ihr habt Treue gesät und Sieg geerntet, Eure Ernte aber ist unser Deutschland.“

Das Volk hat gelitten

- die hier gelitten haben um ihr Volk

- die jüngste Vergangenheit dieses gequälten Volkes in diesem deutschen Land, hat in

grausamster Weise ein Leid getragen

- *mit Recht als die letzte Station der deutschen Passion bezeichnen kann*

Es hat sich nun befreit und klagt an

- *Wir stehen an einer Stätte, die wie wenige andere geeignet ist, Anklage zu erheben, Richter zu sein*
- *die im Dienst fremder Mächte die Stimme des eigenen Blutes zu ersticken versuchen*
- *wie jämmerlich sind alle die kleinen Gegner*
- *so war doch Euer Kampf am Ende ein Eroberungskampf*
- *Euch ist es zu danken, dass die Liebe zu Volk und Führer in ihrem Lande eine Bresche geschlagen hat*

Nun entsteht eine neue Zeit mit tiefen Glauben an das Reich und den Führer

- *Die Wahrheit unseres Glaubens braucht weder Schrecken noch Hass, noch Paragraphen zu ihrem Schutz, sie ist uns vom Schöpfer in die Seele gebrannt*
- *das ist unsere Freiheit*
- *sie lebt nicht hinter Stacheldraht und in dumpfen Zellen, sie wird nicht gezwungen mit der Peitsche*
- *Unser Glaube, unser Reich, unser Führer brauchen zu ihrem Schutze nicht die Folterkammer*
- *Ich weiß es, Ihr Braven, Ihr Tausende und Abertausende, die Ihr eure deutsche Pflicht getan habt*

Die Zeichen der neuen Zeit, Deutschland ist dankbar und großzügig

- *Die Flamme die jetzt zum Himmel emporlodert, sie möge aller Welt verkünden, die innere Kraft unseres Reiches hat ihren Verteidiger im deutschen Herzen gefunden*
- *Euer Opfer ist geadelt*
- *was aber adelt Euren Sieg*
- *der Führer hat in seiner historischen Reichstagsrede den Henkern das Leben geschenkt*
- *er tat es mit jener Großmut, die so erhebend ist, dass Euer Opfer dadurch geadelt wird*
- *Ihr habt Treue gesät und Sieg geerntet*
- *diesem Sinn von Opfer und Sieg soll an dieser Stelle ein Denkmal Ausdruck geben*
- *Eure Ernte aber ist unser Deutschland*

Bürckel spricht in Wöllersdorf, auf einer großen freien Fläche im Anhaltelager (hier standen früher die Baracken 143 und 83) ie Leiden, die Tapferkeit, den Kampfwillen und die Treue zum Nationalsozialismus an. Die vorhergehende Regierung waren die Unterdrücker und diejenigen, die die Freiheit in Ketten gelegt haben.

Nur durch den Durchhaltewillen und die Tapferkeit war das Überleben möglich. Durch das Niederbrennen der Baracke wird das alte System vernichtet, die Freiheit entsteht und wird so gesichert. Der Großzügigkeit des Führers verdanken die ehemaligen Verfolger, dass sie nicht dieselben Qualen erleiden mussten (was ja nicht stimmt, da viele der führenden Funktionäre der Dollfuß/Schuschnigg Diktatur in Dachau inhaftiert wurden). Die Treue und der Sieg werden durch „unser Deutschland“ belohnt und geadelt.

Das Konzept wird hier klar in Anklage, Befreiung sowie Anerkennung und Lob geteilt.

Das leidende, aber tapfere Volk wurde aus der Unterdrückung befreit

- *die jüngste Vergangenheit dieses gequälten Volkes in diesem deutschen Land, hat in grausamster Weise ein Leid getragen*
- *mit Recht als die letzte Station der deutschen Passion bezeichnen kann*
- *so war doch Euer Kampf am Ende ein Eroberungskampf*
- *Euch ist es zu danken, dass die Liebe zu Volk und Führer in ihrem Lande eine Bresche geschlagen hat*
- *sie lebt nicht hinter Stacheldraht und in dumpfen Zellen, sie wird nicht gezwungen mit der Peitsche*
- *unser Glaube, unser Reich, unser Führer brauchen zu ihrem Schutze nicht die Folterkammer*

Der neue Führer ist dankbar, großzügig und voller Hochachtung

- *ich weiß es, Ihr Braven, Ihr Tausende und Abertausende, die Ihr Eure deutsche Pflicht getan habt*
- *der Führer hat in seiner historischen Reichstagsrede den Henkern das Leben geschenkt*
- *er tat es mit jener Großmut, die so erhebend ist, dass Euer Opfer dadurch geadelt wird*
- *Ihr habt Treue gesät und Sieg geerntet*
- *Eure Ernte aber ist unser Deutschland*
- *diesem Sinn von Opfer und Sieg soll an dieser Stelle ein Denkmal Ausdruck geben*

5.3 Interpretation und Vergleich der zwei Analysen:

Vergleicht man die Rede von Dollfuß mit der von Bürckel, fällt auf, dass beide im Sinnaufbau ähnlich sind, wobei Unterschiede im Vergangenheitsbezug auffallen.

Dollfuß betont sehr stark die glorreiche Vergangenheit und die hohe Kultur Wiens, während Bürckel die deutsche kulturelle Vergangenheit nicht erwähnt, sich aber stolz auf das nationalsozialistische Regime beruft. Schlägt Dollfuß den Bogen von der Türkenbelagerung über den Ersten Weltkrieg in die Gegenwart, bleibt Bürckel in der Zeit der Inhaftierung der ehemaligen Illegalen.

Beide Redner heben sehr stark die Leiden der Vergangenheit hervor und definieren die vorangegangenen Regierungen und Systeme als Schuldige, beide nehmen Bezug auf die Religion. Während Bürckel vom Leiden der gefesselten und eingekerkerten Inhaftierten als deutsche Passion (Leidensweg) spricht, ist für Dollfuß das Christentum Ursache für den erfolgreichen Kampf gegen die Türken. Beide beziehen sich auf die Siege und den Stolz auf das Vaterland. Eine Lösung für die Probleme bieten ebenfalls beide an: für Dollfuß ist es er und seine Regierung, die selbstlos und rastlos mittels einer autoritären Führung und mit Gott als Führer das Land retten will. Für Bürckel ist es der Glaube an das Deutsche Reich und der großmütige und allmächtige Führer. Und dieser Glaube hat die Bresche zu Volk und Führer geschlagen und bringt die Erlösung. Der Führer adelt alle, die ihre deutsche Pflicht erfüllt haben, die Ernste gehört ihnen.

Beide nehmen zwar Bezug auf Gott und die Religion; bei Bürckel ist es aber eher ein Stilmittel, ganz im Gegensatz zu Dollfuß, welcher Gott, den Glauben und die höhere Macht in das Zentrum seiner Begründung für das neue Regime stellt.

Abschließend kann man sagen, dass in beiden Reden ein Heilsbringer angepriesen wird. Bei Dollfuß ist es der Glaube an Gott und das Höhere, bei Bürckel ist es der Führer und das Deutsche Reich.

6. ANALYSEN VON ZEITUNGEN

Vorab: da alle Zeitungsmeldungen über das Anhaltelager in Wöllersdorf nach dem Inkrafttreten der Zensur erschienen sind, sind Brüche, Veränderungen und Verschweigen schwierig nachzuvollziehen. Legal erschienene Zeitungen berichteten nicht kritisch, illegale Zeitungen (aus dem Ausland nach Österreich geschmuggelt und verteilt), schrieben kritisch und überzeichneten die tatsächlichen Verhältnisse.

Hier eine kurze Übersicht, wie sich die Zensur im Laufe der Zeit verschärft hat.

Einleitung der Zensur:

4. März 1933: Ausschaltung Parlament.

7. März 1933 (BGBl. 41): Bedingte Zensur. (Verordnung „betreffend besondere Maßnahmen zur Hintanhaltung der mit einer Störung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit verbundenen Schädigungen des wirtschaftlichen Lebens“).

10. April 1933 (BGBl. 120): Verschärfung der Zensur.

10. Juni 1933 (BGBl. 217): Drohung Erscheinungsverbot auf 3 Monate.

19. Juni 1933 (BGBl. 240): Verbot NSDAP und Steirischer Heimatschutz.

30. Juni 1933 (BGBl. 282): Veröffentlichungspflicht von Amtlichen Verlautbarungen.

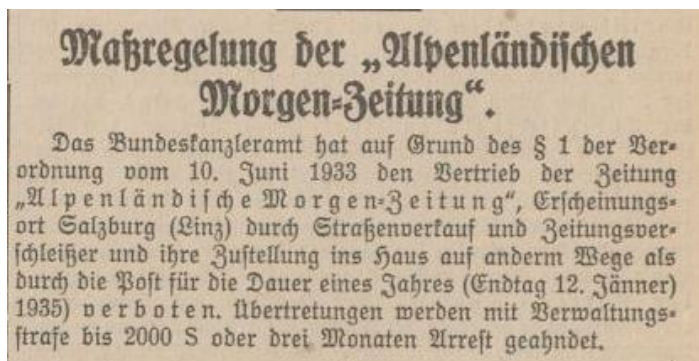
7. Juli 1933 (BGBl. 315): Drohung Entzug der Gewerbeberechtigung und Konzession.

(„Deutschösterreichische Zeitung“ und „Rote Fahne“ stellen Erscheinen ein).

12. Oktober 1933: Ausländische Zeitungen mit Bezug auf Österreichs verbotene Parteien, dürfen nicht vertrieben werden. (ab 14. März 1934 wurde keine reichsdeutsche Zeitung in Österreich vertrieben. Gesetzliche Grundlage: 26. Jänner 1934 BGBl. 50).

12. Feb 1934: Verbot der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (BGBl. 78) und deren Zeitungen.

Beispiel für ein Erscheinungsverbot:



Erschienen im „Salzburger Volksblatt“ am 15. Jänner 1934 (Quelle: ÖNB, ANNO).

Zum Verständnis für die Kennzeichnung in den folgenden Artikelziten:

Da in der Übersicht jeder Artikel der den Suchkriterien entspricht, aufgelistet wird, aber nicht jeder eine Relevanz zum Anhaltelager in Wöllersdorf hat, werde ich diejenigen mit fetter Schrift hervorheben, die das Anhaltelager betreffen.

Gleichzeitig unterstreiche ich die Metaphern in den Texten und analysiere sie am Ende der Übersicht.

6.1 ANALYSE ZU BEGRIFF „WÖLLERSDORF“, „ANHTELAGER“ und „ANHTELAGER WÖLLERSDORF“

„Wöllersdorf“

Sucht man den Begriff „Wöllersdorf“ im ANNO der Österreichischen Nationalbibliothek (ÖNB), werden 10.626 Einträge angezeigt,⁸³ beginnend im Jahr 1775 bis 2017. Die älteste Eintragung ist im „Wienerischen Diarium“ vom 14. Oktober 1775 (Verkauf einer Mühle) zu finden. 263 der Einträge beziehen sich auf Zeitschriften (Feuerwehr, Diözesanblatt, Eisenbahn, Industrie, Organisation der Widerstandskämpfer...) und 9.980 Erwähnungen in Zeitungen im Zeitraum von 1775 bis 2017 (Graphik 1).

Die erste Erwähnung der Raketenanstalt findet sich in der „Wiener Zeitung“ vom 25. Juli 1849, die über einen Besuch des Kaisers in Wiener Neustadt und der Raketenanstalt berichtet. Die „Presse“ vom 4. April 1850 berichtet über eine „fortwährend erneuerte Raketenerzeugung“ im Raketendörfel bei Wiener Neustadt.

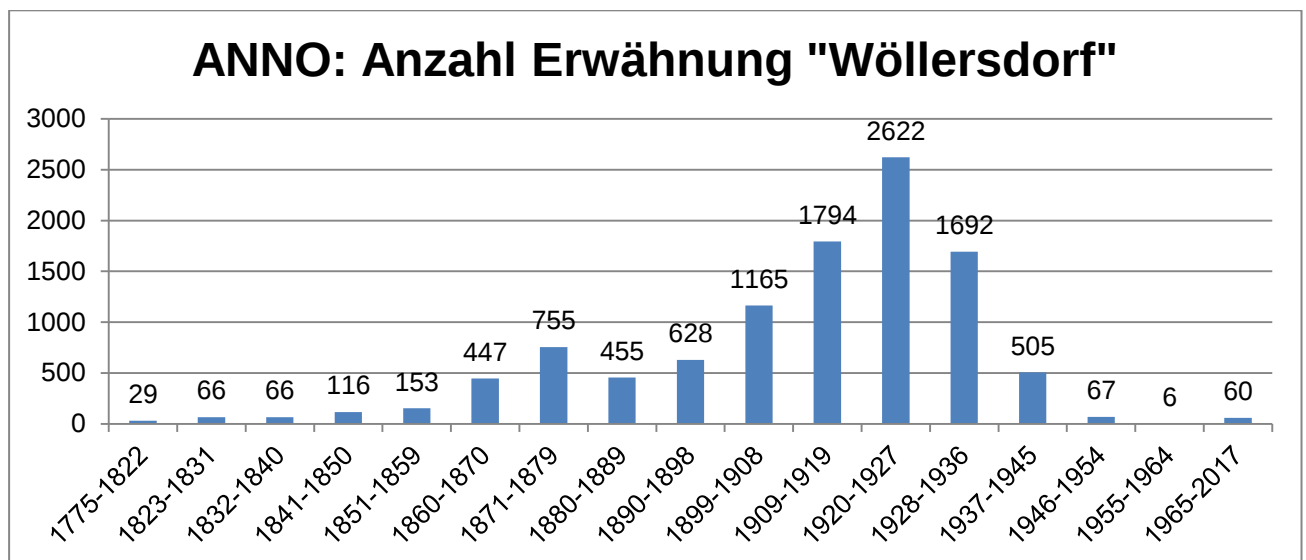
Eine „*Rafeteur Anstalt zu Wöllersdorf*“ wird am 21. Juni 1855 in der „Militärische Zeitung“ (Suchbegriff: Österreichischer Soldatenfreund) auf S. 436 und als „*Raketenanstalt in Wöllersdorf*“ am 3. August 1864 S. 7, ebenfalls in dieser Zeitschrift, erwähnt.

Bei der Eingabe des Begriffes „Anhaltelager“ werden 1.957 Ergebnisse angezeigt, wobei sich eine Häufung zwischen 1933 und 1935 zeigt (siehe Grafik 2).

Beim Begriff „Anhaltelager Wöllersdorf“ werden zwischen 1933 und 2017 153 Einträge gezeigt. Auch hier die Häufung zwischen 1933 und 1934.

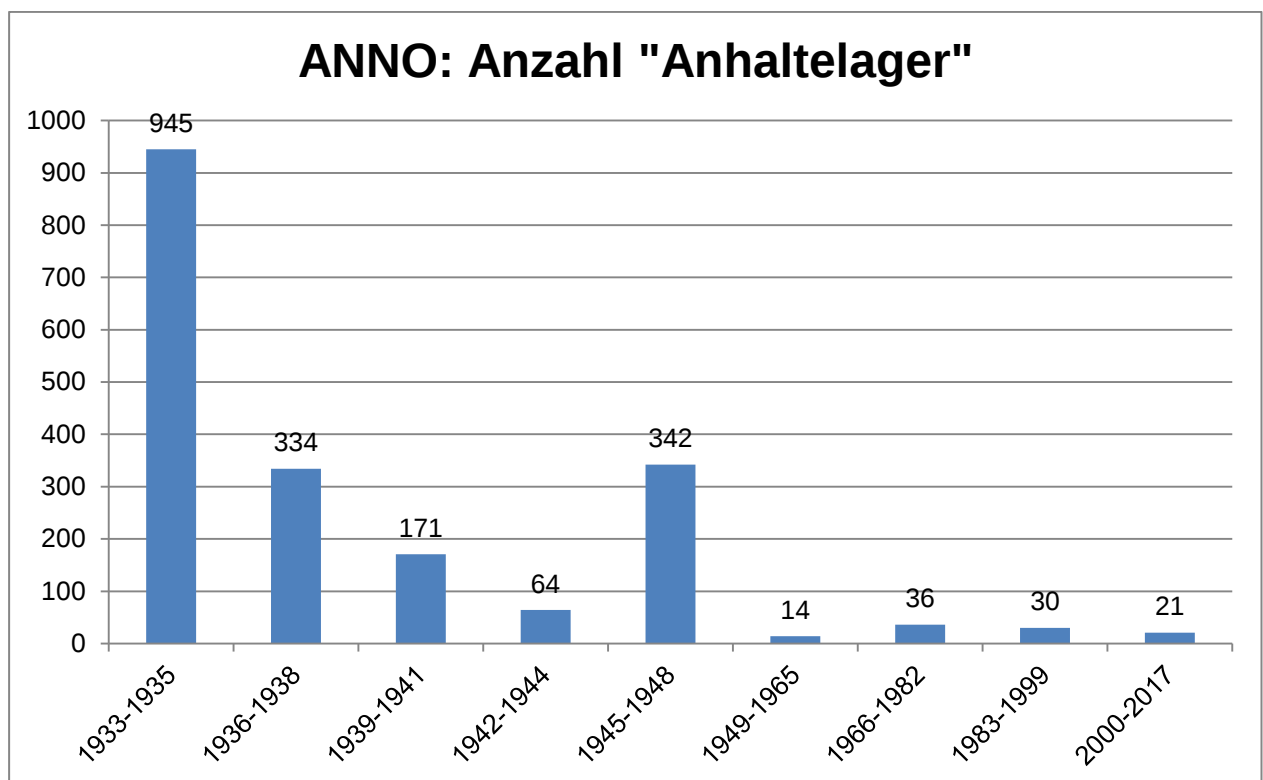
Nach 1945 sind erstaunlich wenige Artikel zum Anhaltelager zu finden; wenn sich welche finden, dann nur im Zusammenhang mit Verurteilungen von ehemaligen NSDAP Mitgliedern, die im Anhaltelager inhaftiert waren (Graphik 3).

⁸³ Österreichische Nationalbibliothek (ÖNB), ANNO, Stand: 7. August 2019.

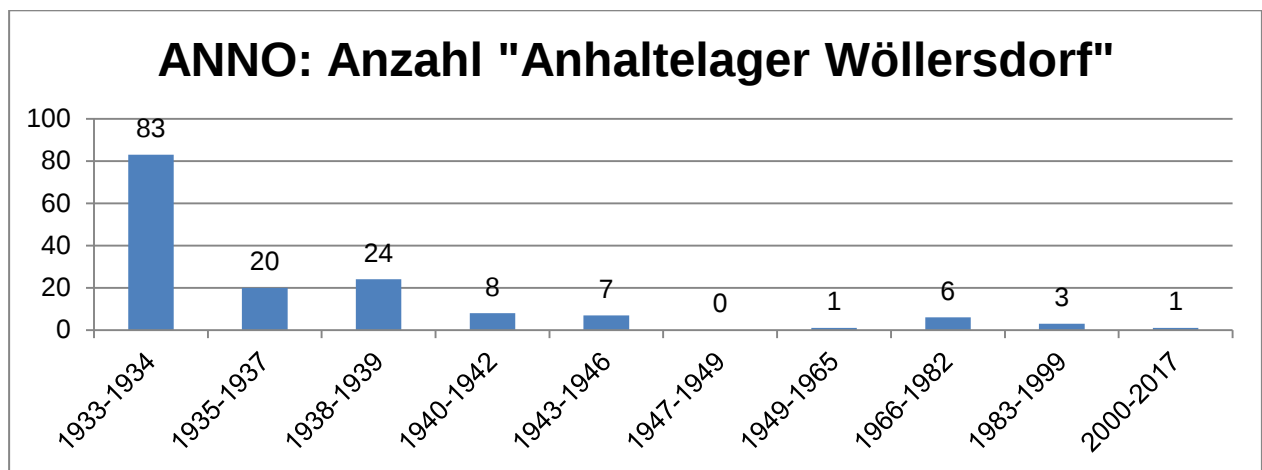


Graphik 1: Quelle: Österreichische Nationalbibliothek (ÖNB), ANNO, Stand: 7. August 2019.

Bemerkung: Der Anstieg der Berichte zu Wöllersdorf nach 1965 ist der Zeitung „Der Neue Mahnruf“ (Bundesverband österreichischer Antifaschist*Innen, Widerstandskämpfer*Innen und Opfer des Faschismus (KZ-Verband/VdA), (40-mal) und den Zeitschriften „Brand aus“ (Niederösterreichischer Landesfeuerwehrverband) (16-mal) und „Zeitgeschichte“ (viermal) zu verdanken.



Graphik 2: Quelle: ÖNB, ANNO, Stand: 7. August 2019.



Graphik 3: Quelle: ÖNB, ANNO, Stand: 7. August 2019.

6.2 ARBEITER- ZEITUNG

6.2.1 Äußere Quellenanalyse

Name der Zeitung:

a) **Arbeiter-Zeitung** (Druck: Wien, Verbot 12. Februar 1934).

Untertitel: ab 12. April 1919: Zentralorgan der Sozialdemokratie Deutschösterreichs.

Politische Ausrichtung: Sozialdemokratisch.

Erschienen von 12. Juli 1889 bis 31. Oktober 1991.

Frequenz: ab 1. Jänner 1895 täglich.

Format: 27,5cm (Breite) x 42,5cm (Höhe), zweispaltig, Bilder, Karikaturen und Zeichnungen.

Auflagengröße: (wird in der Zeitung nicht standardmäßig angegeben), ist aber für 1930 mit 100.000 Stück vermerkt.

Chefredakteur: Dr. Oskar Pollak (ab 7. Juli 1931).⁸⁴

b) **Arbeiter-Zeitung** (Druck: Brünn, illegale Ausgabe).

Untertitel: Organ der Österreichischen Sozialisten.

Politische Ausrichtung: Sozialdemokratisch.

Erschienen vom 25. Februar 1934 bis 3. Februar 1937.

Frequenz: wöchentlich.

⁸⁴ Felix Czeike, Wien, Wiener Stadt- und Landesarchiv. Wien Geschichte Wiki. Arbeiterzeitung, online unter <<https://www.geschichtewiki.wien.gv.at/Arbeiterzeitung>> (2018-04-27).

Format: Keine Angaben, zweiseitig.

Auflagengröße: keine Angabe.

Chefredakteur: Josef Schramek (Brünner Ausgabe)

c) **Arbeiter-Zeitung** (Druck: Paris. illegale Ausgabe).

Untertitel: keiner vorhanden.

Politische Ausrichtung: Sozialdemokratisch.

Erschienen vom 3. März 1937 bis 20. November 1937.

Frequenz: 2x monatlich.

Format: Keine Angaben, zweiseitig.

Auflagengröße: keine Angabe.

Chefredakteur: Paul Collette (Pariser Ausgabe).

Ab 26. März 1933 steht über dem Zeitungsnamen der Vermerk: „Unter Vorzensur“

Ab 4. Juli 1933 wird an dieser Stelle der Vermerk „Unter verschärfter Vorlagepflicht“ gedruckt.

Am 12. Februar 1934 erscheint die Wiener Ausgabe zum letzten Mal und wird ab 25. Februar in Brunn gedruckt.

6.2.2 Innere Quellenanalyse

Häufigkeit der Erwähnung des Anhaltelagers in Wöllersdorf:

Jahr	1933	1934	1935	1936	1937
Ausgaben/Jahr	351 (total) 100 (Vorzensur) 178 (Vorlagepflicht)	41 (Wien) 44 (Brunn)	55 (Brunn)	70 (Brunn)	3 (Brunn) 19 (Paris)
Erwähnung „Wöllersdorf“ oder	43 +11+4 Jan(1), Feb(2) März(3), Apr(3), Mai(3), Jun(1), Jul(4), Aug(1), Sept(9), Okt(8), Nov(5), Dez(3),	12+4+0 Apr(1), Mai(2), Jun(2), Jul(1), Aug(1), Sept(3), Okt(1), Nov(1),	14+6+0 Jan(1), Feb(1), März(1), Mai(4), Jul(2), Okt(1), Nov(1),	16+8+0 Jan(1), März(1), Apr(1), Mai(2), Jun(1), Jul(1), Aug(3),	3+0+1 Mai(1), Juni(1), Aug(1),

"Anhaltelager" oder	Okt(1), Nov(3), Dez(7),	Jun(1), Jul(1), Nov(1), Dez(1),	Dez(3), Feb(1), Apr(1), Juni(1), Okt(1), Nov(2),	Sept(1), Okt(3), Nov(2), Jan(3), Feb(1), Aug(3), Sept(1),	(0),
"Anhaltelager Wöllersdorf"	Dez (4),	(0),	(0),	Jan (1),	Sept(1),
Häufigkeit in Prozent der Ausgaben	13,6 % (total) 5 % (bis 25.3.) 5 % (Vorzensur) 20,2 % (Vorla- genpflicht)	0 % (Wien) 27,2 % (Brünn)	25,4 % (Brünn)	22,8 % (Brünn)	0 % (Brünn) 21 % (Paris)

Tabelle 1.

Zum Verständnis: da bei den Suchbegriffen („Wöllersdorf“, „Anhaltelager“ oder „Anhaltelager Wöllersdorf“) eine Mehrfachnennung (z. B.: „Wöllersdorf“, „Anhaltelager in Wöllersdorf“ oder „Wöllersdorfer Anhaltelager“) möglich ist, wird nur der erste Begriff in der obigen Zählung aufgenommen.

Kontext der Erwähnung:

Ausgabejahr 1933:

Wiener Ausgabe (ohne Zensur):

2. Jänner: Zehnter Jahrestag der Entlassung von 2.200 Industriearbeitern aus der Industrieanlage Wöllersdorf. „Wir“-Sprache („wir haben viel durchgemacht“). Staat ist schuld an Not, Armut und mangelnde Unterstützung.

16. Februar: Wöllersdorf I und II: Industriefriedhof. Schuld ist die kapitalistisch Wirtschafts- und Finanzpolitik.

24. Februar: Ankündigung einer SAJ-Versammlung (Allgemeine Informationen und Kurse

für die Sozialistische Arbeiterjugend).

12. März: Aufruf der Niederösterreichischen Sozialdemokratischen Parteileitung zu Protestversammlungen gegen die drohende Diktatur und Gefährdung der demokratischen Grundrechte. Diese Versammlungen finden in fast jedem Ort in Niederösterreich statt.

Wien (Aufdruck: „Unter Vorzensur“):

26. März, 29. März, 12. April, 17. Mai: Information zu einem Fußballmatch.

2. April: Verletzung eines Kindes durch selbstgebastelte Pistole.

Wien (Aufdruck: „Unter verschärfter Vorlagepflicht“):

10. Juli: Neue Zoneneinteilung für Notstandsaulhilfe wurde veröffentlicht. In Wöllersdorf-Steinabrückl wurde eine Stelle eingerichtet.

21. Juli: Wanderwege im Piestingtal werden vorgeschlagen, der Wanderweg führt durch Wöllersdorf.

23. Juli: Neuanwerbung von Parteimitgliedern (SDAP) nach Werbung in NÖ. 1007 neue Mitglieder, in Wöllersdorf wurden zwei neue Mitglieder registriert.

29. Juli: Proletarierkinder werden zur Sommerfrische in das Lehrlingsfürsorgeheim nach Bad Fischau gebracht. Der Weg führt am Industriefriedhof in Sollenau, Felixdorf und Wöllersdorf vorbei.

3. und 9. September: Kundmachung zu Werbung des Militärassistentenkorps.

23. April, 14. Mai, 11. und 15. Juni, 13. August, 6., 10., 14., 24. und 27. September, 1., 5., 8., 11., 14., 18. und 25. Oktober: Information zu einem Fußballmatch

20. September: Gedenken der Kriegstoten aus Wöllersdorf, auch am Massengrab der Toten der Explosion des Objekts 143 vom 18. September 1918 in der Munitionsfabrik in Wöllersdorf (423 Tote). Trotz Verbot finden in Wöllersdorf und Umgebung Gedenkfeiern statt, Ansprachen dürfen nicht gehalten werden.

26. Oktober: „Amtliche Kundmachung der Bezirkshauptmannschaft Kufstein“: Bei weiterem Abbrennen von Hackenkreuzen werden die Drahtzieher mit einem Jahr in einem Anhaltelager bestraft.

28. Oktober: „Amtlich wird mitgeteilt“: Ankündigung der „Anhaltung in Wöllersdorf“ Verfügung. Notarreste gegen Personen, die eine staatsfeindliche Aktion durchführen oder verdächtigt werden, sind möglich. In den Wöllersdorfer Werken wurde eine solcher Notarrest für den Zweck eines Zwangsaufenthaltes geschaffen. 20 Personen wurden bereits angehalten, verhaftete Hochschüler wurden nach Wöllersdorf gebracht. Je nach Bedarf werden Anhaltelager in anderen Bundesländern errichtet.

8. November: Der Sicherheitsdirektor von Kärnten gibt bekannt: sieben der 40 verhafteten Nazis aus Klagenfurt werden nach **Wöllersdorf** verschickt.
9. November: Ankündigung des Staatssekretärs für Sicherheitswesen Karwinsky: verschärftes Vorgehen gegen Nationalsozialisten und Kommunisten in Kärnten nach Sprengstoffanschlägen. Auch weitere Wiener Hochschüler wurden zum Zwangsaufenthalt nach **Wöllersdorf** geschickt.
- Trotz verschärfter Zensur stellt die Redaktion im Artikel die Frage „*Was haben die Kommunisten mit den Anschlägen in Klagenfurt zu tun? (Red.)*“
10. November: Hochschüler stören den Unterricht. Wegen dieser „Lausbübereien“ werden sie nach **Wöllersdorf** geschickt.
16. November: Naziführer aus Steyr wurden nach **Wöllersdorf** verschickt, darunter der Bezirksführer August Eigruber.
- Grazer Studenten malen Hackenkreuze auf den Boden und auf Gegenstände der Uni. Der Rektor kündigt im Namen des Sicherheitsdirektors an, dass im Wiederholungsfall, auch wenn die Täter nicht gefunden werden sollten, verdächtige Studenten in das **Anhaltelager in Wöllersdorf** überstellt werden.
18. November: Der Rektor der Uni Wien ersucht die Studenten um Ruhe, nur so kann er erreichen, dass Studenten aus **Wöllersdorf** freigelassen werden.
- Wieder werden Grazer wegen Teilnahme an Nazidemonstrationen für sechs Wochen nach **Wöllersdorf** geschickt.
- Bericht aus einer Sitzung des Bundesrates über Unzulänglichkeiten beim Haftprüfungsverfahren: ein Abgeordneter kritisiert die Entscheidung der Bezirkshauptmannschaft Kufstein vom 26. Oktober, dass Täter zu einem Jahr in **Anhaltelagern** verurteilt werden dürfen.
21. November: Der frühere Landesrat Hauptmann Leopold und weitere Landtagsabgeordnete werden nach einem Handgranatenanschlag am 20. Juni aus der Untersuchungshaft entlassen, aber nach **Wöllersdorf** überstellt (siehe auch 28. Dezember).
26. November: Bericht über den Landesrat und Naziführer Hauptmann Leopold, der aus der Haft entlassen und in das **Anhaltelager in Wöllersdorf** gebracht wurde (siehe auch 21. November).
1. Dezember: Inhaftierung und Flucht des Nationalsozialisten Prinz Bernhard von Sachsen-Meinungen. Er soll nach **Wöllersdorf** verschickt werden. Zusätzlich erfolgt eine Verschickung von weiteren Nationalsozialisten nach **Wöllersdorf**.
- In Nauders (Tirol) wurde ein zweites **Anhaltelager** errichtet, sieben Innsbrucker Nazis wurden hier untergebracht.
2. Dezember: Der "Pensionspreis" für die "*Verhaltung sicherheitsgefährlicher Personen*" im

Anhaltelager Wöllersdorf wird mit sechs Schilling pro Tag festgelegt.

11. Dezember: Flucht des Nationalsozialisten Prinz Bernhard von Sachsen Meiningen, bevor er ins Anhaltelager Wöllersdorf überführt wurde. Die Nationalsozialisten stellen sich bewusst außerhalb des Gesetzes, deswegen hat Rücksichtnahme keinen Platz. Folglich wird eine größere Anzahl von Nazis nach Wöllersdorf überstellt.
12. Dezember: „Amtlich wird gemeldet“: eine größere Anzahl von Nationalsozialisten wurde in das Anhaltelager in Wöllersdorf verschickt.
13. und 21. Dezember: Diskussion im "Kärntner Tagblatt" über die Schuldfrage bzgl. der Flucht des Prinzen Bernhard von Sachsen-Meiningen. Liegt die Verantwortung bei Wien oder Klagenfurt? (Er sollte ja in das Anhaltelager Wöllersdorf überstellt werden).
28. Dezember: "Amtlich wird mitgeteilt": Josef Leopold bleibt im Anhaltelager Wöllersdorf interniert. (J. Leopold war Gauleiter von NÖ).

Ausgabejahr 1934:

Ab 1. Jänner 1934 gibt es keine Informationen zu Wöllersdorf.

Bem: Es ist zu hinterfragen, warum der Schnitt mit dem Jahreswechsel 1933/1934 passiert? Der Chefredakteur (Dr. Oskar Pollak) wurde nicht ausgewechselt, so kann angenommen werden, dass auch die Linie der Berichterstattung nicht verändert wurde.

Es ist daher zu vermuten, dass der Druck der Regierung, unterstützt durch die verschärfte Vorlagepflicht, wuchs und daraufhin Artikel verboten wurden.

Eine andere Erklärung wäre, dass die Arbeiter-Zeitung aus Protest keine Mitteilungen zu Wöllersdorf veröffentlichte, da diese von offizieller Seite vorgegeben wurden.

Die Arbeiter-Zeitung wurde erst ab dem 13. Februar 1934 verboten, woraufhin der Druck in Wien eingestellt wurde.

Zusammenfassung zur Wiener Ausgabe der „Arbeiter-Zeitung“:

Da die „Arbeiter-Zeitung“ bereits ab 26. Mai 1933 unter Vorzensur stand, ist es verständlich, dass über die Regierung und ihre Maßnahmen wenig Kritisches geschrieben wurde. Sehr oft wurde „Amtlich wird mitgeteilt“ vor einen Artikel gesetzt, um zu zeigen, dass dieser nicht der eigenen Einstellung entsprach.

Stark offensichtlich wird der Unterschied, wenn man die kritischen Artikel nach dem 4. März und vor dem 26. März betrachtet. Vor der Zensur wurde BM Schuschnigg offen wegen seiner restriktiven Maßnahmen kritisiert, vor allem wenn Ausgaben der Zeitung beschlagnahmt wurden.

In der Metaphernanalyse (Kapitel 6.8) werde ich den Unterschied analysieren.

Brüner Ausgabe:

30. April: Unter der Unterschrift "Konzentrationslager" wird über die Verhaftung und Verschickung von Sozialisten in das "Ruhrverseuchte **Konzentrationslager Wöllersdorf**" berichtet, darunter auch Otto Glöckel, Dr. Schärf, Dr. Friedjung u.v.m. aus Wien und aus Innsbruck.
13. Mai und 22. Juli: Berichte über Verhaftungen und Inhaftierungen von Sozialisten im „**Konzentrationslager Wöllersdorf**“.
27. Mai und 29. September: Berichte über Entlassungen von Genossen aus **Wöllersdorf** (z. B.: Renner, Schärf, Breitner, Friedjung, General Schneller u.v.m.)
10. Juni: Selbstmord des Häftlings Swoboda im „**Konzentrationslager Wöllersdorf**“ (die Falschmeldung wurde am 24. Juni berichtigt).
24. Juni: Bericht über das Begräbnis von Posch, der im "**Konzentrationslager Wöllersdorf**" Selbstmord durch Strangulation verübte.

Bemerkung: Am 17. Juni wurde über diesen Selbstmord in der Arbeiter-Zeitung berichtet, ohne den Namen Wöllersdorf zu erwähnen. In dieser Ausgabe wird auch die Falschmeldung vom Tod des inhaftierten Swoboda vom 10. Juni korrigiert.

12. August: Berichte über Massenverhaftung von Sozialisten (mehr als 3000) um den 22. Juli. Es wird die Vermutung geäußert, dass der Polizeidirektor diese Aktion durchführte um die Polizei zu beschäftigen und von den Putschvorbereitungen der Nationalsozialisten vom 25. Juli abzulenken.
- In Aussicht gestellte Entlassungen aus **Wöllersdorf** sind noch immer nicht erfolgt.
15. September: Abgeordneter Jiricek wird nach Verbüßung der zweimonatigen Haftstrafe (davor sechsmonatige Untersuchungshaft) zu weiteren acht Monaten **Wöllersdorf** durch den Polizeipräsidenten „verdonnert“.
- Auch Julius Braunthal (verantwortlicher Redakteur "Der Kampf") wird in **Wöllersdorf** gefangen gehalten.
- Karl Kraus (Die Fackel) wird als "gleichgeschaltet" bezeichnet und entgeht so **Wöllersdorf**. *"Er preist im Schweiß seines Angesichts die Kulturtaten des "österreichischen Menschen"."*
28. Oktober: Artikel: *"Aus dem Sumpf der Gleichgeschalteten"*. "Das Kleine Blatt" und "Der Abend" werden als gleichgeschaltet und damit als korrupt bezeichnet. Anstatt des Chefredakteurs Klausner ("Der Abend"), wird zur Strafe wegen kritischer Artikel in der Vergangenheit, ein Redakteur (Leipen) nach **Wöllersdorf** geschickt.

25. November: Die Gefangenschaft des Nationalrat Jiricek im Konzentrationslager **Wöllersdorf** wird vom 31. März 1935 auf den 1. Oktober 1935 verlängert. (Siehe auch 15. September 1935).

Julius Braunthal (Chefredakteur: "Das Kleine Blatt") wird aus **Wöllersdorf** entlassen, da kritische Artikel wegen der langen Haft im Ausland erschienen. (Der Polizeipräsident) Skubl ist damit nicht einverstanden, bald darauf wird Braunthal wieder verhaftet. Die Überschrift lautet: "*Skubl ist stärker als Schuschnigg*".

16. Dezember: Artikel gegen „Überläufer“ aus **Wöllersdorf**.

Ausgabejahr 1935:

6. Jänner: Die Anzahl der Entlassungen der Weihnachtsamnestie und die der verbliebenen Häftlinge in **Wöllersdorf** werden wegen Widersprüchlichkeit in den amtlichen Mitteilungen angezweifelt.

17. Februar und 8. Dezember: Haftbedingungen in **Wöllersdorf** werden verschärft. Strafhaft (Arrest in Baracke) wird erlaubt, Spaziergang nur eine Stunde pro Tag, dabei herrscht Sprechverbot.

17. März: Verhältnis Dollfuß zu Rintelen wird beleuchtet. Dollfuß will Rintelen lieber in **Wöllersdorf** sehen.

12. Mai und 19. Mai: Die Kosten der Bewachung von **Wöllersdorf** durch Gendarmerie und Bundesheer sind hoch und gleichzeitig können Arbeitslose „verrecken“.

Trotz schwerer Malaria wird ein ehemaliger AZ Redakteur (Hans Pav) nach **Wöllersdorf** geschickt.

14. Juli: Bericht über eine Visitation verschiedener Gefängnisse und Lager (auch **Wöllersdorf**) durch eine Belgische Liga für Menschenrechte.

6. Oktober: Entlassene berichten über Prügel und Übergriffe durch das Wachpersonal von **Wöllersdorf**.

24. November: Wahl von Vertrauensmännern ist frei. Wer aber anders wählt als es sich der faschistische Polizeistaat sich vorstellt, kommt nach **Wöllersdorf**.

1. Dezember: Verhältnis der österreichischen und der Brünner Sozialisten wird beleuchtet. Wie für die Nationalsozialisten in Deutschland die Juden Schuld sind für die Übel der Welt, sind es für die Austrofaschisten die "Brünner". Nur: sind die Inhaftierten in Messendorf und **Wöllersdorf** alles Brünner?

8. Dezember: Die Haftzustände im Konzentrationslager **Wöllersdorf** haben sich verschlechtert. Der Lagerkommandant Stillfried und sein Stellvertreter schlagen die Insassen.

22. Dezember: Ein Gänserndorfer Wehrmann will nicht den Diensteid auf den Ständestaat

leisten und wird für 6 Monate in **Wöllersdorf** interniert.

Ausgabejahr 1936:

19. Jänner: Aufruf an die Arbeiter und Angestellten anlässlich des zweiten Jahrestages der Februaraufstände. Zerstörung der persönlichen Rechte durch das Regime, dass nur **Anhaltelager** und Gefängnisse brachte.

Ein Witz über die Inhaftierungskosten in **Wöllersdorf** wird gedruckt

8. März: Drohung von Minister Dobretsberger an die Unternehmer mit Inhaftierung in **Wöllersdorf**, falls sie sich unsozial verhielten.

26. April: Fortwährende Inhaftierung in **Wöllersdorf** trotz Absitzen der Strafe.

Inhaftierung eines Rechtsanwaltes in **Wöllersdorf**.

17. Mai: Der Obmann der EG der Versicherungsangestellten will eher nach **Wöllersdorf** gehen, als einer Aufhebung des Kollektivvertrages zuzustimmen.

31. Mai: Inhaftierung eines Februar-Kämpfers in **Wöllersdorf**, weil er sich weigert, eine Loyalitätserklärung zu unterschreiben.

21. Juni: schlechte Behandlung der Inhaftierten durch Lagerkommandanten Stillfried in **Wöllersdorf**. Vergleich mit den KZs in Deutschland.

19. Juli: Bericht über das Juliabkommen.

Terrorherrschaft durch Lagerkommandanten von **Wöllersdorf**. Haft in verdunkelten Einzelzellen wird verhängt. Vergleich mit KZs in Deutschland wird hergestellt. Forderung nach internationaler Untersuchungskommission wird gestellt.

2. August: Erwähnung eines inhaftierten Sportgeschäftsbetreibers wegen illegaler Tätigkeit in **Wöllersdorf**.

16. August und 27. September: Errichtung von Flugzeughangars und Lieferung eines Polizeiflugzeuges

30. August, 11. und 18. Oktober, 8. November: Nazi's werden aus **Wöllersdorf** entlassen, Sozialisten bleiben inhaftiert, so wird Amnestie durchgeführt.

13. September: Aufhebung eines "Bluturteils" von zehn Jahren, dafür zwei Jahre Inhaftierung in **Wöllersdorf**.

Der Lagerkommandant von **Wöllersdorf** verlangt gegen Hafterleichterung freiwillige Arbeit von Gefangenen.

22. November: Der Artikel beschwert sich über die Ungleichheit der Anzahl angehaltener Sozialisten und Nationalsozialisten. Es werden mehr Nationalsozialisten entlassen als Sozialisten, „die Braunen gehen frei, die Roten sitzen weiter“. Misshandlungen durch Lagerkommandanten "Sadistenmajor Stillfried" und den "versoffenen" Rayonsinspektor Müller

in **Wöllersdorf** werden aufgezeigt.

Zusammenfassung zur Brünner Ausgabe:

In der Brünner Ausgabe wird sehr oft vom „Konzentrationslager Wöllersdorf“ gesprochen. Der Begriff „Anhaltelager“ wird sehr selten verwendet. Generell wird Wöllersdorf zum gebräuchlichen Synonym für Gefangenschaft im Anhaltelager und natürlich kritisch betrachtet.

Ausgabejahr 1937:

Pariser Ausgabe:

12. Mai: Klage, dass der „*Schutzbündler Frimmel*“ von der Haftstrafe amnestiert wurde, aber trotzdem schon seit drei Jahren in **Wöllersdorf** inhaftiert ist.

Nazis, die schon in **Wöllersdorf** inhaftiert waren, schmuggeln Flugblätter nach Kärnten, werden aber nur mit einer Geldstrafe belegt. Kritisiert wird die ungleiche Behandlung.

23. Juni: Sozialisten und Freigewerkschafter werden nach **Wöllersdorf** gebracht. Wieder wird beklagt, dass der amnestierte Mechaniker Friemel (anders geschrieben als am 12. Mai), neben anderen in **Wöllersdorf** „angehalten“ (sic!) wurde.

21. August: Satirisch wird erläutert, dass den ausländischen Besuchern in einer Werbebrochure über Österreich, **Wöllersdorf** als eine Sehenswürdigkeit beschrieben und angepriesen wird und wie schön es dort zugehe.

1. September: Ein Textilbetrieb, gelegen zwischen dem **Anhaltelager Wöllersdorf** und der Fliegerabwehrkaserne, wird wegen psychologischen Tests und schlechter Bezahlung kritisiert.

Zusammenfassung zur Pariser Ausgabe:

Wöllersdorf wird als der Ort beschrieben, an den die amnestierten Häftlinge gebracht wurden um weiter angehalten zu werden. Damit wird die Politik und die Justiz kritisiert, weil sie ohne Strafverfahren eine Haft willkürlich verhängen bzw. verlängern können, ohne dem Häftling eine Chance zur Verteidigung zu geben. Auch werden Ungleichheiten in der Behandlung zwischen „Schutzbündlern“ und Nationalsozialisten angeprangert. Z. B. werden in Kärnten illegale NSDAP Mitglieder trotz gefundener Flugblätter nicht verhaftet, aber ein Kommunist wegen desselben Vergehens, zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt.

Der Name Wöllersdorf als auch hier als Synonym für Anhaltelager. Ein Artikel erläutert satirisch, dass Wöllersdorf den ausländischen Besuchern als eine „Sehenswürdigkeit“ beschrieben wird und darin angepriesen wird, wie „schön es hier zugehe“.

6.2.3 Zusammenfassung der Ausgaben in den drei Ländern:

Deutlich werden in den Artikeln der Arbeiter-Zeitung die Zeit der drei Perioden, jene der freien Berichterstattung, jene der Vorzensur und jene der „verschärften Vorlagepflicht“ unterscheidbar. Wird in der Zeit vor März 1933 im Zusammenhang mit Wöllersdorf über die Industrieanlage, deren wirtschaftlichen Untergang und der daraus folgenden Arbeitslosigkeit, über Not und Armut berichtet, lässt die Art der Berichterstattung schon bald nach dem 4. März 1933 Einflüsse der Zensur erkennen. Zwischen Ende März und Juni wird über das Industriegebiet in Wöllersdorf nichts geschrieben. Sport und Tagesgeschehen stehen im Vordergrund. In der Zeit der „Vorlagepflicht“ bis zum Verbot ist auffällig, dass drei Mal „Amtlich wird gemeldet“ vorkommt und über staatlich offizielle Mitteilungen geschrieben wird. Liest man einen dieser Artikel genau durch, ist bemerkbar, dass er von der Behörde vorge-schrieben wurde. Nur einmal in dieser Zeit wird ein Artikel über eine Mitgliederwerbung der Sozialistischen Partei geschrieben. Die hohe Anzahl des Begriffes „Wöllersdorf“ täuscht über die Freiheit der Berichterstattung, es wird oft über Sport oder Freizeitaktivitäten berichtet. Nach dem Verbot der Wiener Ausgabe und dem Druck in Brünn wird die Arbeiter-Zeitung illegal in Österreich verbreitet. Sofort ist bemerkbar, dass die Anzahl der Berichte über Wöllersdorf steigt, auch über Missstände, Verhaftungen, Übergriffe des Wachpersonals, Selbstmord, Haftbedingungen und Entlassungen wird häufig, wenn auch sehr einseitig, berichtet. In der kurzen Zeit der Pariser Ausgabe der Arbeiter-Zeitung wird nur drei Mal Wöllersdorf erwähnt, immer im Zusammenhang von Willkür und Ungerechtigkeit der Behörde. Nur einmal, mit starkem Zynismus gespickt, wird das Anhaltelager als Ort der Erholung und als Sehenswürdigkeit für Touristen gelobt.

Die Tabelle 1 zeigt, wie oft „Wöllersdorf“, „Anhaltelager“ oder „Anhaltelager Wöllersdorf“ in Relation zur Ausgabe erwähnt wird. Der Wert scheint für die Wiener Zeit hoch zu sein. Dies täuscht. Politische Berichte in der Zeit der Zensur werden nicht erlaubt.

6.3 DER KAMPF

6.3.1 Äußere Quellenanalyse

Name der Zeitung:

Der Kampf

Untertitel: Sozialdemokratische Monatsschrift.

Politische Ausrichtung: Sozialdemokratisch.

Erschienen: Oktober 1907 bis Dezember 1933 in Wien.

Jänner bis April 1934 keine Ausgabe,

Mai 1934 bis Mai 1938 in Teplitz Schönau (Tschechoslowakei),

Juni 1938 bis Juni 1940 in Paris.

Frequenz: monatlich (ab Paris 14-tägig).

Originalformat auf Grund des Scans nicht feststellbar, aber auf Grund des Schriftbildes und der Anzahl der Zeilen ist anzunehmen, dass es sich um ein A4 Format handelte. Druck überwiegend einspaltig, wechselt aber auch innerhalb einer Ausgabe auf zweispaltig.

Auflage: 4.000 Stk.

Chefredakteure: Otto Bauer, Adolf Braun, Friedrich Adler, Wilhelm Ellenbogen, Oskar Pollak, Julius Braunthal, Heinrich Kremser (Teplitz Schönau).

6.3.2 Innere Quellenanalyse zu Wöllersdorf

In ANNO ist kein Eintrag unter den gewählten Suchbegriffen zu finden.

Daher kann „Der Kampf“ nicht zur Metaphernanalyse für das Anhaltelager Wöllersdorf herangezogen werden.

6.3.3 Zusammenfassung

Bemerkenswert ist, dass in den Ausgaben nie auf die Inhaftierungen und das Anhaltelager hingewiesen wird. Auch in der Ausgabe von 1936, Heft 2, S. 45-52 schrieb Otto Bauer einen Rückblick auf die Februaraufstände und erwähnt auch dabei die Inhaftierung von Sozialisten in Wöllersdorf nicht.

Lediglich im Nachruf auf Otto Glöckel im Heft 9 von 1936, S. 404, wird einmal erwähnt, dass Glöckel in **Wöllersdorf** inhaftiert war.

6.4 DIE ROTE FAHNE

6.4.1 Äußere Quellenanalyse

Name der Zeitung:

Die rote Fahne

Untertitel: Zentralorgan der kommunistischen Partei Österreichs.

Politische Ausrichtung: Kommunistisch.

Erschienen: 26. Juli 1919 bis 22. Juli 1933, danach nur mehr sporadisch.

Frequenz: ab 1920 bis 22. Juli 1933 täglich.

Ab 15. März erfolgte die Vorzensur, ab 6. Juli eine verschärfte Vorlagenpflicht.

Nach dem Verbot erfolgten die Ausgaben sporadisch. Die letzte Ausgabe erscheint 1939 (die Ausgabe Nummer zwei vom 1. Mai ist im ANNO abrufbar).

Am 17. Mai 1933 wurde die Ausgabe gesperrt und wurde ein zweites Mal gedruckt (Aufdruck: „Nach der Konfiskation zweite Auflage“).

Format: Nicht bekannt, dreispaltig, Photographien und Zeichnungen.

Auflage: 16.000 Stück.

Chefredakteure: Karl Tomann, Franz Koritschoner, Paul Friedländer,

Elfriede Friedländer-Eisler, Josef Strasser, Hilde und Johannes Wertheim,

Friedrich Hexmann, Josef Frey, Frida Rubiner und Richard Schüller.⁸⁵

Vorläufer der Roten Fahne:

Der Weckruf. Zentralorgan der kommunistischen Partei Deutschösterreichs
am 28. November 1918.

Die soziale Revolution. Zentralorgan der kommunistischen Partei Deutschösterreichs
vom 1. Februar 1919 bis 23. Juli 1919.

6.4.2 Innere Quellenanalyse

Erwähnung des Anhaltelagers in Wöllersdorf:

Jahr	1932	1933	1934	1935	1936	1937	1938- 1939
Ausgaben/Jahr	311	170	16*	10**	16***	11****	1*****
Erwähnung „Wöllersdorf“	21 Jan(6), März(4), April(2), Juli(4), Aug(1), Sept(1), Dez(3),	1 Feb(1),	0	1 0	1 0	0	0
oder "Anhaltela- ger"	0	0		Apr(1),	Feb(1),		

⁸⁵ Martin Erian, Die Rote Fahne, online unter <<https://litkult1920er.aau.at/litkult-lexikon/die-rote-fahne/>> (2018-04-28).

oder "Anhaltelager Wöllersdorf"	0	0		0	0		
Häufigkeit in Prozent	6,7 %	0,6 %	0 %	10 %	6,2 %	0 %	0 %

Tabelle 2

* In der ANNO- Übersicht ist für das Jahr 1934 nur eine Ausgabe vorhanden (Nr. 16, 1. Dezember 1934), daher nehme ich diese Ausgabennummer als Gesamtausgaben für 1934 an.

** Für 1935 finden sich in ANNO fünf Ausgaben; die letzte gescannte Ausgabe vom 1. Juli 1935 ist die Nr. 9/10. Es ist daher anzunehmen, dass es bis Jahresende weitere Ausgaben gab, die aber verschollen sind. Anlehnend an die Anzahl der Ausgaben von 1934 und 1936, könnten es sechzehn Ausgaben gewesen sein.

*** Ausgabe vom 11. Dezember 1936 mit der Nummer 16/18. Jahrgang (ANNO).

**** Letzte Ausgabennummer im ANNO: 1. Oktober 1937 (Nr. 10/19. Jahrgang).

***** Für das Jahr 1938 findet sich keine gescannte Ausgabe in ANNO.

Die Ausgabe vom 1. Mai 1939, Nr. 2/21. Jahrgang ist in ANNO gespeichert.

Bemerkung: überraschend ist, dass in den illegalen Ausgaben sehr wenig über das Anhaltelager Wöllersdorf geschrieben wurde und wenn, dann nur über Nationalsozialisten, obwohl auch Kommunisten inhaftiert wurden. Als Beispiel führe ich die Erwähnungen von Wöllersdorf und dazu den Kontext der Jahre 1932 bis 1936 an.

Ausgabejahr 1932:

17. und 27. Jänner, 3. März: Winterhilfe, Vorsorgeunterstützung und Arbeitslosengeld willkürlich.

5. März: Sportereignis.

18. März: Bestehendes Arbeitslosenkomitee arbeitet schlecht, ein revolutionäres soll eingesetzt werden.

19. März: Information zu Landtagswahlen.

15. April: Maßnahmen gegen Terror bei kommunistischen Wahlversammlungen.

17. April: Berichte über die „Rote Fahne“ aus Konkurrenzzeitungen.

10. Juni: Bericht einer Gerichtsverhandlung über Zinswucher.

31. Juli: Dreimal wird die Industrieanlage Wöllersdorf in verschiedenen Artikeln erwähnt. Arbeitszustände und Essen sind mangelhaft.

19., 22., 23. und 24. Jänner, 2. Juli, 7. und 9. August, 25. September, 11. und 13. Dezember:

Bericht oder Informationen zur Kreiskonferenz oder Versammlungen der Partei.

4. Dezember: Fortsetzungsroman (Wöllersdorf wird hier erwähnt).

Ausgabejahr 1933:

16. Februar: Bericht über Arbeitslose in den Industrieruinen um Wr. Neustadt. Angriff auf die SDAP (Abgeordnete Michael Frühwirth und Otto Bauer) wegen einer Gesetzesänderung zur Kürzung der Arbeitslosenunterstützung.

Ausgabejahr 1935:

1. April: Erwähnung, dass die Nationalsozialisten nach dem Putsch 1934 in Gefängnisse oder **Anhaltelager** eingesperrt wurden, weil Hitler seine Unterstützung versagt hatte.

Ausgabejahr 1936:

1. Februar: Die faschistische Februarpolitik ist die Zerstörung der persönlichen Rechte durch Willkürregime, Drohung mit Gefängnis oder **Anhaltelager**.

6.4.3 Zusammenfassung:

Wöllersdorf wird in der kommunistischen Zeitung im Zusammenhang von Arbeitslosen und deren Problemen in der Industrieanlage erwähnt. Da die Zeitung vor der Öffnung des Anhaltelagers verboten wurde ist es nicht verwunderlich, dass nicht über das Lager berichtet wurde. Bemerkenswert ist aber, dass auch in den illegalen Ausgaben nichts über das Lager, deren Missstände und dessen Häftlinge zu finden ist.

Der Ausdruck in diesen Artikeln ist immer rügend gerichtet an die Verantwortlichen, den Arbeitslosen und Bedürftigen wird keine oder nur sehr schleppende Hilfe zuteil. Nur die Partei setzt sich für die Schwachen ein.

6.5 NEUE FREIE PRESSE

6.5.1 Äußere Quellenanalyse

Name der Zeitung:

Neue Freie Presse

Untertitel: keiner.

Politische Ausrichtung: Großbürgerlich liberal.

Erschienen vom 1. September 1864 bis 31. Jänner 1939.

Frequenz: ab 1. Jänner 1895 bis zu zweimal täglich (Morgen- und Abendausgabe).

Format: gr.-2°, 42,5 x 27 cm, dreispaltig, inkl. Bilder, Karikaturen, Zeichnungen.

Auflagenstärke: zwischen 78.000 (1930) und 50.000 Stück (1938).⁸⁶

Ab 1934 übernimmt die Regierung 90 % des Aktienkapitals, wodurch die „Neue Freie Presse“ (ohne dass dies der Öffentlichkeit bewusst geworden wäre) von der Regierung gesteuert wurde.⁸⁷

Chefredakteur: Dr. Julian Sternberg (bis 18. März 1938),

Emo Descovich (18. März 1938 bis 18. Juni 1938).⁸⁸

6.5.2 Innere Quellenanalyse

Erwähnung des Anhaltelagers in Wöllersdorf:

Jahr	1933	1934	1935	1936	1937	1938	1939
Ausgaben/Jahr	ca. 700	ca. 700	ca. 700	ca. 700	ca. 700	ca. 700	ca. 700
Erwähnung „Wöllersdorf“ oder "Anhaltelager" oder "Anhaltelager Wöllersdorf"	0 0	0 2 6	0 0	0 0	0 0	2 0	0 0
Häufigkeit in Prozent	0 %	1 %	0 %	0 %	0 %	0,28 %	

Tabelle 3

Ausgabejahr 1934:

26. Jänner: Ein ehemaliger Häftling des Anhaltelagers klagt Kündigungsentgelt von seinem ehemaligen Arbeitgeber ein. Er wird vertreten durch einen Rechtsanwalt, der noch im **An-**

⁸⁶ Ingeborg Schinnerl, Austria Forum, Neue Freie Presse, online unter <https://austria-forum.org/af/AEIOU/Neue_Freie_Presse> (2020-02-06).

⁸⁷ Felix Czeike, Wien, Wiener Stadt- und Landesarchiv. Wien Geschichte Wiki. Neue Freie Presse, online unter <https://www.geschichtewiki.wien.gv.at/Neue_Freie_Presse> (2019-11-20).

⁸⁸ Österreichische Nationalbibliothek, ANNO, Neuen Freien Presse, online unter <http://anno.onb.ac.at/info/nfp_info.htm> (2020-01-14).

haltelager Wöllersdorf inhaftiert ist.

5. Februar, (zwei Erwähnungen): Papierböller in Graz, mehrere Täter in Anhaltelager verhalten und Sprengstoffanschläge in Vorarlberg, mehrere Täter werden in Anhaltelager abgegeben. (Der Name des Anhaltelagers wird nicht erwähnt).
26. Februar: Ein SA Führer im Anhaltelager Wöllersdorf inhaftiert, verklagt seine ehemalige Firma auf entgangene Bezüge.
6. April: Eine Auskunft der Generaldirektion für Sicherheitswesen bezüglich Nationalsozialisten aus Ried, die in das Anhaltelager von Wöllersdorf gebracht und auf unbestimmte Zeit inhaftiert wurden.
21. April: Sozialdemokratische Führer werden in das Anhaltelager Wöllersdorf überstellt. (Abgeordnete, Gemeinderäte, Bezirksvorsteher. Stadtschulrat Otto Glöckel und der Bundesrat Dr. Alois Schärf (sic!) wurden auch inhaftiert (bei den Namen Dr. Alois Schärf muss es sich um Dr. Adolf Schärf handeln, da nur dieser Name als Bundesrat aufscheint).
25. Mai: Sprengstoffanschlag in Ried im Innkreis. Neunjähriger wurde verletzt. Die Abgabe von Nationalsozialisten in das Anhaltelager Wöllersdorf wird verfügt. (Vermerk vor dem Artikel: "Amtlich wird gemeldet").
3. Juli: Bei einem aus dem Anhaltelager Wöllersdorf entlassenen Häftling wurde Sprengstoff gefunden.

Ausgabejahr 1938:

2. April: Kundmachung, dass Gauleiter Bürckel um 20:30 Uhr in Wöllersdorf sprechen wird. Zahlreiche ehemalige Wöllersdorfer Häftlinge werden teilnehmen.
3. April: Das alte Wöllersdorf versinkt in Flammen, Wöllersdorf Trutzdorf entsteht.

6.5.3 Zusammenfassung:

Interessant ist, dass im Jahr 1933 nichts über das Anhaltelager in Wöllersdorf geschrieben wurde, obwohl die Regierung „Amtliche Mitteilungen“ in anderen Zeitungen veröffentlichen lässt. Auch im Jahr 1934, als die Zeitung in der Aktienmehrheit des Staates ist (90 % der Aktien befinden sich im Besitz des Staates, wodurch die „Neue Freie Presse“ von der Regierung gesteuert wird), wird sehr selten über „Wöllersdorf“ geschrieben und wenn, dann nur im Kontext von Straftaten gegen den Staat. Deutlich wird, dass die Berichte wie „amtliche Mitteilungen“ aussehen.

Die nächste Erwähnung von „Wöllersdorf“ erfolgt am 2. April 1938 mit der (in allen Zeitungen wortgleichen) Ankündigung, dass Gauleiter Bürckel in Wöllersdorf sprechen wird und am 3. April 1938, dass Wöllersdorf in Flammen versunken ist.

6.6 ÖSTERREICHISCHER BEOBACHTER

6.6.1 Äußere Quellenanalyse

Name der Zeitung:

Österreichischer Beobachter

Untertitel: als Organ der NSDAP in Österreich und Traditionsblatt der alten Kämpfer.

Politische Ausrichtung: Nationalsozialistisch.

Erschienen von 4. August 1936 bis 9. April 1938 als Organ der NSDAP in Österreich und von Mai 1938 bis 30. September 1944 als Traditionsblatt der alten Kämpfer.

Frequenz: unterschiedliches Intervall (wöchentlich bis monatlich). Zusätzlich gab es Sonderausgaben.

Format: nicht feststellbar, in der ÖNB lediglich als Mikrofilm gespeichert.

Ein- oder zweispaltig, ab April 1938 mit Fotos und Karikaturen.

Auflagengröße: ab April 1939 200.000 Stk. (davor nicht angegeben).

Chefredakteur: Dr. Anton Fellner (*19. März 1908, gest. 10. Jänner 1967), seit 1. September 1933 in der illegalen NSDAP.⁸⁹

6.6.2 Innere Quellenanalyse:

Erwähnung des Anhaltelagers in Wöllersdorf:

Jahr	1936	1937	1938	1939	1940	1941	1942	1943	1944
Ausgaben/Jahr	5	12	10	12	12	12	12	12	9
Erwähnung „Wöllersdorf“ oder "Anhaltelager"	2 Okt(1), Nov(1),	3 Okt(1), Jan(1), + (1),	5 Jan(1), Apr(1), Juni(1), Juli(1), Nov(1),	2 Nov(1), Feb(1),	1 Sept(1),	0	0	0	0

⁸⁹ Hans Schafranek, Oberösterreichische Landesregierung, ÖLA SS-Biographien, online unter <<https://e-gov.ooe.gv.at/bgdfiles/p6555/Fellner2.pdf>> (2019-04-20).

oder "Anhaltelager Wöllersdorf"	0	0	0	0					
Häufigkeit in Prozent	40 %	25 %	50 %	16,6 %	8,3 %	0 %	0 %	0 %	0 %

Tabelle 4: Übersicht der Anzahl der Berichte über das Anhaltelager Wöllersdorf

Ausgabejahr 1936:

21. Oktober: Aufforderung zum Wahlboykott der Bauernkammerwahl. Grund: Versagen der Bauernkammer bei der Hilfe für die Bauern. Die Bauern sollten keine Angst vor Repressalien haben und sich ein Beispiel an den Opfern nehmen, die trotz Begnadigungsversprechen weiter in Haft in **Wöllersdorf** oder im Gefängnis sind. Zitat: „*Hilf ihnen und Dir selbst*“.

25. November: Artikel: "Ein giftiger Pilz": Hofrat Dr. Pilz, Bezirkshauptmann von Baden und ab 1934 Bundesrichter, wird vorgeworfen, die meisten Illegalen in das Polizeigefängnis in Baden, in das Kreisgericht Wr. Neustadt oder in das **Anhaltelager Wöllersdorf** gebracht zu haben.

Ausgabejahr 1937:

Sonderausgabe (kein Datum ersichtlich): Es wird ein Vergleich zwischen Österreich und Deutschland angestellt. In Deutschland sei alles viel besser als in Österreich. Wer jedoch der Österreichischen Lügenpresse nicht glaube, würde sofort ins **Anhaltelager** gesteckt.

9. Jänner: Berichtet wird über die Vereinbarung zur Beendigung eines Hungerstreiks in einem **Anhaltelager** (kein Name) zwischen dem Lagerleiter (kein Name) und dem Gauleiter X (kein Name). Dies wird dem Barackenältesten vom Lagerkommandanten erklärt. Der Barackenälteste kann die Vereinbarung aber nicht annehmen, weil er der Gauleiter X ist und mit ihm bis jetzt kein Gespräch geführt wurde.

Ausgabe Oktober: Artikel zum zehnten Jahrestag der Ernennung zum Gauleiter von Niederösterreich von Hauptmann a. D. Josef Leopold, ehemaliger niederösterreichischer Landtagsabgeordneter der NSDAP und nach 1933 als Illegaler mehrmals im Gefängnis und in **Wöllersdorf** festgehalten.

Ausgabejahr 1938:

27. Jänner: Die schwarze internationale römische Kutte übt Gewissenzwang aus. Wer „brav“ ist kommt in den Himmel, sprich: bekommt ein "Posterl" vom Gemeindebediensteten bis

zum Bundespräsidenten. Wer „schlimm“ ist kommt in die Hölle, dies meint in Österreich den Gemeindearrest, Garsten oder **Wöllersdorf**.

9. April: Karl Wiesmayr, erinnert sich in diesem Artikel, dass es auch nach dem Juliabkommen 1936 keine Sicherheit vor Verhaftungen gab. Sepp Wolkersdorfer wurde verhaftet und nach **Wöllersdorf** geschickt.

Gauleiter Eigruher wurde mit dem Vertrieb des „Österreichischen Beobachters“ in Linz beauftragt.

Ausgabe Juni: Schmähschrift gegen Josef Glaninger, Direktor der Bank für Oberösterreich und Salzburg (heute Oberbank). Er erklärte nach dem Anschluss, dass er schon seit 30 Jahren Nationaler war. Vorgeworfen wurde ihm in dieser Schmähschrift der "Wandel der Gesinnung" und dass er einen Illegalen zu **Wöllersdorf** „verholfen“ habe.

Ausgabe Juli: Satire „Stad sein! Hiazt redt der Nazi“. Es wird gegen Alle, die schon immer Anhänger der NSDAP waren, als Rückgradlose polemisiert. **Wöllersdorf** und Kaisersteinbruch waren keine Konzentrationslager, sondern "christliche Liebesanstalten".

Ausgabe November: Gedruckt wurden zwei Photographien von Insassen, die man monatelang in die Hölle des **Anhaltelagers** warf.

Ausgabejahr 1939:

Faschingsausgabe (Februar): in einem satirischen Stoßgebet wird das Fegefeuer mit dem **Anhaltelager** verglichen.

Ausgabe November: Ein Leserbrief eines „richtigen Illegalen, der in **Wöllersdorf**, Kreisgericht, Polizeiarrest inhaftiert und arbeitslos war, aber nie den Kopf hängen ließ“ und der jetzt in Polen kämpft, polemisiert gegen die Unzufriedenen in der Heimat.

Ausgabejahr 1940:

Ausgabe September: Als Objekt der Aussage wird ein altes Wirtshaus herangezogen, das früher der sichere Ort für Illegale war und jetzt leer steht, da alle in bessere Gasthäuser gehen. „Das illegale Wirtshaus ist genauso unser guter alter Kamerad aus der Kampfzeit, wie der, der mit uns in **Wöllersdorf** saß...“).

6.6.3 Zusammenfassung:

Obwohl diese Zeitung erst ab 1936 unregelmäßig und mit niedriger Ausgabefrequenz (Monatszeitschrift) erschien, fällt die prozentuale Häufigkeit der Nennungen vom „Anhaltelager Wöllersdorf“ auf. Mit 40 % 1936 und 50 % 1938 Nennungen in den illegalen Ausgaben scheint sie sehr hoch zu sein. Sieht man sich aber die Ausgabedaten von 1938 an, fällt sofort

auf, dass die häufige Nennung erst nach dem Einmarsch der deutschen Truppen in Österreich erfolgte und „Wöllersdorf“ 1936 nur zweimal erwähnt wurde.

Auffallend ist, dass über das Abbrennen der Baracke in Wöllersdorf und der Rede von Gauleiter Bürckel nicht berichtet wird.

6.7 TRIESTINGTALER UND PIESTINGTALER WOCHENBLATT

6.7.1 Äußere Quellenanalyse:

Name der Zeitung:

Triestingtaler und Piestingtaler Wochenblatt (bis zum 29. Oktober 1938).

Untertitel: Vöslauer-Gainfarner Zeitung. Unabhängiges Nachrichtenblatt.

Politische Ausrichtung: Vor dem Einmarsch der Nationalsozialisten: Christlich-Sozial.

Erschienen: 14. Februar 1924 bis 25. März 1939.

Frequenz: wöchentlich.

Ab 23. Februar 1935: „Unabhängiges Nachrichtenblatt“ im Untertitel.

Ab 19. März 1938 fehlt „Unabhängiges Nachrichtenblatt“ im Untertitel.

Am 19. März 1938 wurde im Schriftkopf ein Hackenkreuz platziert (nur eine Ausgabe).

Triestingtaler Wochenblatt ab 5. November 1938.

Kein Untertitel.

Format: Nicht bekannt, vierspaltig, Photographien und Zeichnungen.

Auflage: nicht bekannt.

Chefredakteure: ab 1926: Josef Hiesberger, ab 1928: Anton Rauch.

6.7.2 Innere Quellenanalyse:

Erwähnung des Anhaltelagers in Wöllersdorf:

Jahr	1933	1934	1935	1936	1937	1938	1939
Ausgaben/Jahr	52	52	52	52	52	53	12
Erwähnung „Wöllersdorf“ oder „Anhaltelager“ oder	0	1	2	0	1	0	0
	0	2	0	0	0	0	0

„Anhaltelager Wöllersdorf“	0	5	0	0	0	0	0
Häufigkeit in Prozent	0 %	15,4 %	19,2 %	0 %	0 %	0 %	0 %

Tabelle 5

Ausgabejahr 1933:

- 14. Jänner: Einbruchdiebstahl in Wöllersdorf.
- 21. Jänner: Tod eines Piesteringer Bürgers wird angezeigt, die Wöllersdorfer Feuerwehr nimmt am Begräbnis teil.
- 11. Februar: Selbstmord eines 17-jährigen Wöllersdorfer.
- 18. Februar: Der Wehrbund Wöllersdorf lädt zu einem Ball.
- 20. und 27. Mai, 3. Juni: Sportinformation.
- 1. Juli: Sprengstoffanschlag auf Hochspannungsleitung in Pottenstein. Verdächtiger illegaler SS Scharführer flüchtet. Die Hochspannungsleitung läuft über Wöllersdorf.
- 21. Oktober: Straßensperre wegen Neubau der Straße, Beschränkungen in Wöllersdorf.
- 16. Dezember: Viehdiebstahl in Wöllersdorf.

Ausgabejahr 1934:

- 20. Jänner: Trotz der Entlassung der Nationalsozialisten Leopold und Frauenfeld aus dem **Anhaltelager**, setzten verstärkt Terroraktionen ein.
- 27. Jänner: Segelflugzeug stürzt auf das Verwaltungsgebäude des Wöllersdorfer Anhaltelagers.
- 10. Februar: Allgemeine Informationen zu Steuerfragen im Gasthaus in Wöllersdorf.
- 24. Februar: Nach dem Verbot der Sozialdemokratischen Partei wird ein neuer Gemeindevorwalter in Wöllersdorf eingesetzt.
- 31. März: Überstellung eines Verdächtigen (NSDAP) aus Pottenstein in das **Anhaltelager Wöllersdorf**.
- 21. April: Einbruch und Diebstahl.
- 5. Mai: Verfassungsfeier der Vaterländischen Front in Wöllersdorf.
- 12. Mai: Brand im Wald, Streit zwischen Hausbewohnern.
- 19. Mai: Tod einer Ortsbewohnerin. Blitzschlag während des Exerzierens, Pferd ging durch.
- 26. Mai: Der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Kislinger befindet sich im **Anhaltelager Wöllersdorf**.

9. Juni: Die Klage gegen den Sozialdemokraten Kislinger aus Berndorf wird fallen gelassen, er bleibt aber im **Anhaltelager Wöllersdorf** inhaftiert.
16. Juni: Selbstmord des inhaftierten Karl Posch im **Anhaltelager Wöllersdorf**.
Der ehemalige Bürgermeister Stika von Hirtenberg wurde aus dem **Anhaltelager Wöllersdorf** entlassen.
Ablöse der Bewachungsmannschaft des **Anhaltelagers** (drei Kompanien wurden durch andere ersetzt).
Weiteres: Sportmeldung, Tod eines Dorfbewohners.
7. Juli: Auszeichnung für Messner, Verhaftung eines Fahrraddiebes.
14. Juli: Heiratsanzeige.
28. Juli: Über die Ermordung Dollfuß wird berichtet. Schon am 22. Juli wurden Kommunisten und Sozialdemokraten in das **Anhaltelager in Wöllersdorf** gebracht.
8. September: Tödlicher Verkehrsunfall.
6. und 13. Oktober, 10. und 24. November, 8. Dezember: Sportnachrichten.
20. Oktober: Werbeversammlung für die Vaterländische Front.
27. Oktober: Aktivierung von alten Bräuchen, Sportnachricht.
- 3., 17. November: Todesnachrichten.
- 1., 15. Dezember: Nachricht von einem Begräbnis.
22. Dezember: Brand in einem Werkzeuglager.

Ausgabejahr 1935:

12. Jänner: Politischer Überblick und Zusammenfassung der Geschehnisse vom Februar 1934.
Information, dass zu Weihnachten fast alle Angehaltenen aus **Wöllersdorf** entlassen wurden.
19. Jänner, 16. und 23. März: Sportnachrichten.
9. März: Aus dem Gemeinderat: ein in **Wöllersdorf** inhaftierter Pottensteiner ersucht die Gemeinde Pottenstein um Übernahme der Zahnbehandlungskosten (wird abgelehnt).
6. April: Todesnachricht, Autounfall, Info für Bienenzüchter.
13. April: Zwei Vogelfänger verhaftet, Militärparade.
20. April: Brand in Piesting.
27. Juli: Todesnachricht eines Dorfbewohners.
24. August: Auszeichnung eines Militärseelsorgers, Bericht über eine Schweineseuche.

Ausgabejahr 1936:

28. März: Ein **Anhaltelager in Baden** (Strassergasse) wird erwähnt.

Bemerkung: dieses „Anhaltelager“ befindet sich im Zentrum von Baden in der Strassergasse Nr. 4. Nach Recherchen im „Rollettmuseum“, dem Stadtarchiv Baden, wurde ein Gefängnis im ehemaligen „k. k. Forsthaus Strassern´sches Stiftungshaus“ (Anton Ritter von Strassern´sches Bürger-Versorgungshaus) bestätigt. Es war nur für kurzzeitigen Aufenthalt konzipiert und daher ist es möglich, dass auch Angehaltene für kurze Zeit inhaftiert und sehr bald verlegt wurden. Belege für ein Anhaltelager gibt es im Stadtarchiv nicht.

2. Februar, 28. März, 4. und 25. April, 9. Mai, 6. Juni, 13. und 27. Juni, 11. und 18. Juli, 8. und 22. August, 12. September: Sportmeldungen.

Ausgabejahr 1937:

20. März, 10. und 24. April: Sportmeldung.

3. Juli: Ein Angestellter steht wegen versuchter Befreiung des Wiener Kommunistenführers aus **Wöllersdorf** vor dem Schwurgericht in Wr. Neustadt.

30. Oktober: Einbrecher im Rathaus von Wien und Wöllersdorf verhaftet.

7. August: Motorunfall.

6.7.3 Zusammenfassung:

1933 wurde in der Lokalzeitung nur ein politisch motiviertes Sprengstoffattentat in der Nähe von Wöllersdorf vermerkt. Zum Anhaltelager und von Inhaftierungen wurde nichts geschrieben.

1934 wurden fünf politische Meldungen mit Wöllersdorf-Bezug verbreitet, 1935 nur mehr zwei, diese wurden in einer politisch erkennbaren Tendenz geschrieben.

Alle diese Berichte erwecken den Anschein, als ob das Anhaltelager in Wöllersdorf nicht das Tagesthema in der Umgebung war. Dass die Situation also so alltäglich war, dass die Lokalpresse nicht darüber berichten wollte. Die Ursache kann aber auch in der Zensur liegen

6.8 METAPHERNANALYSE

Wie bereits im fünften Kapitel erklärt, sind Metaphern ein Stilmittel des sprachlichen Ausdrucks, bei dem ein Bedeutungszusammenhang in einen anderen übertragen wird. Sie sind Definitionssache und menschengemacht, daher muss vor der Analyse der Bereich der Metaphern definiert werden.

Methodik:⁹⁰

Wie ich ebenfalls wie im fünften Kapitel erklärt habe, werde ich die Metaphern durch Unterstreichen markieren, die neutralen, positiven und negativen Passagen zum Anhaltelager Wöllersdorf extrahieren, Kategorien bilden, Zusammenhänge abstrahieren und vervollständigen, sowie zum Abschluss die Interpretation und Aussage zusammenfassen.

Zum Vergleich bringe ich die bereits im vorigen Abschnitt analysierte sozialdemokratische Zeitung (Arbeiter-Zeitung), kommunistische Zeitung (Die Rote Fahne), regierungsnahe Zeitung (Neue Freie Presse), nationalsozialistische Zeitung (Österreichische Beobachter), unabhängige Zeitung (Triestingtaler und Piestingtaler Wochenblatt).

Arbeiter-Zeitung

Arbeiter-Zeitung Wien

Ausgabe 28. Oktober 1933 (S. 1):

„Notarrest und Zwangsaufenthalt.“

Amtlich wird mitgeteilt: Bekanntlich hat das Bundeskanzleramt schon vor einiger Zeit die Errichtung von Notarresten veranlasst. Durch diese Einrichtung soll die gemeinsame Unterbringung von Verwaltungssträflingen, die Strafen wegen politischer Delikte zu verbüßen haben, mit anderen Verwaltungssträflingen oder gerichtlichen Strafgefangenen vermieden werden. Im Verordnungsweg wurden ferner vor mehreren Wochen Vorschriften erlassen, die es ermöglichen, Personen, die im begründeten Verdacht stehen, dass sie staatsfeindliche Aktionen vorbereiten oder begünstigen, zum Zwangsaufenthalt an bestimmten Orten zu verhalten.

(...)

Unter den gegenwärtig in Wöllersdorf angehaltenen zwanzig Personen befinden sich mehrere Hochschüler, die wegen der Beteiligung an den letzten Ruhestörungen an der Universität und an der Technischen Hochschule Polizeistrafen zu verbüßen haben, ferner elf Personen aus Steiermark, die eine staatsfeindliche Haltung bekundet haben und zwei kommunistische Agitatoren.

Nach Maßgabe des Bedarfs, werden auch in den anderen Bundesländern ähnliche Einrichtungen getroffen werden“.

⁹⁰ Kruse, Biesel, Schmieder, Metaphernanalyse, 109-117.

Arbeiter-Zeitung Brunn

Ausgabe 19. Jänner 1936 (S. 1):

„Was ist die faschistische Februarpolitik?

Sie ist die Zerstörung der freien Arbeiterorganisationen, der Gewerkschaften, der Genossenschaften, Bildungs- und Sportorganisationen und ihre Unterstellung unter eine gleichgeschaltete korrupte Kommissärwirtschaft.

Sie ist die Zerstörung der persönlichen Rechte durch ein Willkürregiment, das infamste Klassenjustiz, Dutzende Monate Polizeihaft, Anhaltelager, Verfolgungen und Folter aller Art brachte.

Sie ist die Zerstörung der sozialen Rechte der Arbeiterklasse durch unerhörten Lohn- druck, Aussteuerungspraxis, katastrophale Verschlechterung der Sozialversicherung.

Sie ist die nackte, brutalste Form der Herrschaft des Finanzkapitals, dem sie alle Interessen der werktätigen Bevölkerung, der Kleingewerbetreibenden und der Kleinbauern ausliefert, aber maßlose Gewinne durch Rüstungsaufträge zuschiebt.

Sie ist die Politik, die Österreich in der Gefolgschaft des räuberischen italienischen Faschismus, unter Umständen aber auch im Bündnis mit dem Dritten Reich in den Krieg treibt.“

Arbeiter-Zeitung Paris

Ausgabe 23. Juni 1937 (S. 7):

„Die Opfer von Wöllersdorf.

Rudolf Holowatyj, der wegen freigewerkschaftlicher Tätigkeit zuerst zu 10 Jahren, dann zu 6 Jahren Kerker verurteilt, im Juli 1936 „amnestiert“, das heißt: aus dem Gefängnis entlassen, aber zur Verbüßung seiner Polizeistrafe nach Wöllersdorf geschickt wurde, soll am 18. Juni aus Wöllersdorf entlassen werden. Er hat die Absicht Österreich zu verlassen, da ihm die dänische Regierung eine Aufenthaltsbewilligung erteilt hat und ihm eine Arbeitsstelle als Tischlergehilfe eine sichere Aussicht gestellt ist. Die österreichische Polizei will ihn aber nicht freigeben, sondern ihn aus der Strafhaft in die Anhaltshaft in Wöllersdorf versetzen! Alles das nach seiner „Amnestierung“. So sieht in Österreich eine Amnestie aus!“

Nur zum Vergleich der Unterschiede in den Aussagen, werde ich die unterstrichenen Metaphern den drei Ausgabeorten zuordnen. Ich möchte damit aufzeigen, dass die Wortwahl in der Zeit der Zensur (Wiener Ausgabe) und in der Illegalität (Brunn oder Paris) unterschiedliche sind.

Im Anschluss werden die Kategorien zu jedem Ausgabeort gebildet.

Wiener Ausgabe:

Gefahr wird erwartet

staatsfeindliche Aktionen vorbereiten oder begünstigen

Gegenmaßnahmen werden getroffen

Notarrest und Zwangsaufenthalt

Errichtung von Notarresten veranlasst

gemeinsame Unterbringung von Verwaltungssträflingen

Zwangsaufenthalt an bestimmten Orten

Brünner Ausgabe:

Bedrohung und Gefahr

Zerstörung der freien Arbeiterorganisationen

Zerstörung der persönlichen Rechte

Zerstörung der sozialen Rechte

Zerstörung (...) durch ein Willkürregiment

Interessen der werktätigen Bevölkerung (...) ausliefert

Ursache

gleichgeschaltete korrupte Kommissärwirtschaft

infamste Klassenjustiz

nackte, brutalste Form der Herrschaft

räuberischen italienischen Faschismus

maßlose Gewinne

Auswirkung

katastrophale Verschlechterung

Verfolgungen und Folter aller Art

in den Krieg treibt

Ausgabe Paris:

Vorwurf, Vergehen

wegen freigewerkschaftlicher Tätigkeit (...) verurteilt

Strafe

Verbüßung seiner Polizeistrafe
aus der Strafhaft in die Anhaltehaft
will ihn nicht freigegeben

Lösung

aus dem Gerichtsgefängnis entlassen
Absicht Österreich zu verlassen
als Tischlergehilfe eine sichere Aussicht gestellt
So sieht (...) eine Amnestie aus

Allen drei Ausgabeorten der „Arbeiter-Zeitung“ kann eine **Bedrohung und ein Verlust der Freiheit** als Konzept zugeordnet werden:

staatsfeindliche Aktionen vorbereiten oder begünstigen

Zerstörung der freien Arbeiterorganisationen

Zerstörung der persönlichen Rechte

Zerstörung der sozialen Rechte

Notarrest und Zwangsaufenthalt

Verfolgungen und Folter aller Art

In der Wiener Ausgabe der „Arbeiter-Zeitung“ fällt nach Inkrafttreten der Zensur auf, dass alle sozialen Aspekte, für welche die Arbeiterpartei einsteht, vollkommen fehlen. Es wird nur in diesen zwei Kategorien gedacht: in Bedrohung des Staates und den Gegenmaßnahmen. Ganz wie es in einer Zensur zu erwarten ist. Dass der Artikel von der Behörde vorgegeben wurde, ist ersichtlich.

Ganz im Gegensatz zu den „freien“ Ausgaben: in der Brünner Ausgabe wird von Zerstörung der Rechte und der Arbeiterorganisation, von Korruption, Klassenjustiz und von der brutalen Herrschaft des kriegstreibenden Regimes, geschrieben. Hier wird die Konnotation der sozialistischen Bewegung eindrucksvoll verdeutlicht.

Die Pariser Arbeiter-Zeitung schreibt weniger im Jargon der Sozialisten, jedoch wird hervorgehoben, dass ihre Anhänger trotz Amnestie nur schwer der polizeilichen Willkür und Gewalt entkommen. Der Artikel ist zwar als Vorwurf dem Regime gegenüber gedacht, betrachtet man aber die Metaphern, verschwindet er und ein Tatsachenbericht kommt zum Vorschein.

Die Rote Fahne

Ausgabe 1. Februar 1936 (S. 1)

„Was ist die faschistische Februarpolitik?

Sie ist die Zerstörung der persönlichen beiterorganisationen, (sic!) der Gewerkschaften, der Genossenschaften, Bildungs- und Sportorganisationen und ihre Unterstellung unter eine gleichgeschaltete korrupte Kommissärwirtschaft.

Sie ist die Zerstörung der politischen Rechte der Arbeiterschaft durch Verbot der politischen Parteien, Aufhebung der Rede-, Presse-, Koalition- und Versammlungsfreiheit.

Sie ist die Zerstörung der persönlichen Rechte durch ein Willkürregiment, das infamste Klassenjustiz, dutzende Monate Polizeihaft, Anhaltelager, Verfolgungen und Folter aller Art brachte.

Sie ist die Zerstörung der sozialen Rechte der Arbeiterklasse durch unerhörten Lohn- druck, Aussteuerungspraxis, katastrophale Verschlechterung der Sozialversicherung.

Sie ist die nackte, brutalste Form der Herrschaft des Finanzkapitals, dem sie alle Interessen der werktätigen Bevölkerung, der Kleingewerbetreibenden und der Kleinbauern ausliefert, aber maßlose Gewinne durch Rüstungsaufträge zuschiebt.

Sie ist die Politik, die Österreich in der Gefolgschaft des räuberischen italienischen Faschismus, unter Umständen aber auch im Bündnis mit dem Dritten Reich in den Krieg treibt.

Das ist die Februarpolitik! Davon ist bislang nichts liquidiert worden! “

Dieser Artikel vom 1. Februar 1936 ist überwiegend wortgleich mit dem der „Arbeiter-Zeitung“ vom 19. Jänner 1936. Nur wenige Sätze sind unterschiedlich, gleichzeitig haben sich auch Fehler eingeschlichen (statt „Arbeiterorganisationen“ wurde „beiterorganisationen“ geschrieben).

Ob die Wortgleichheit beabsichtigt ist oder ob es sich um ein simples Plagiat handelt, kann nicht festgestellt werden. Einen Hinweis durch den Redakteur gibt es nicht. Es kann aber auch so interpretiert werden, dass die Redakteure der „Arbeiter-Zeitung“ und der „Roten Fahne“ eng zusammengearbeitet haben. Ob die Redakteure der beiden Artikel dieselben sind, wird in den beiden Zeitungen nicht transparent.

Folgende Kategorien können zugeordnet werden:

Bedrohung

Zerstörung der persönlichen (Ar)beiterorganisationen

Zerstörung der persönlichen Rechte

Zerstörung der sozialen Rechte
Zerstörung der politischen Rechte
Zerstörung (...) durch ein Willkürregiment
Interessen der werktätigen Bevölkerung (...) ausliefert

Ursache

gleichgeschaltete korrupte Kommissärwirtschaft
Verbot der politischen Parteien
Aufhebung der Rede-, Presse-, Koalition- und Versammlungsfreiheit
infamste Klassenjustiz
nackte, brutalste Form der Herrschaft
Willkürregiment
räuberischen italienischen Faschismus
maßlose Gewinne

Auswirkung

katastrophale Verschlechterung
Verfolgungen und Folter aller Art
in den Krieg treibt
bislang nichts liquidiert

Auch hier kann eine **Bedrohung und Verlust der Freiheit** als Konzept zugeordnet werden.

Zerstörung (...) durch ein Willkürregiment
Zerstörung der persönlichen (Ar)beiterorganisationen
Aufhebung der Rede-, Presse-, Koalition- und Versammlungsfreiheit
gleichgeschaltete korrupte Kommissärwirtschaft

Durch den wortgleichen Artikel in der Brünner „Arbeiter-Zeitung“, sind die Kategorien natürlich dieselben. Lediglich wird in der „Roten Fahne“ noch mehr an Bedrohung und Ursache zugefügt. Als Bedrohung gelten zentral der Verlust und die Zerstörung aller persönlichen, sozialen und politischen Rechte und als Ursache gelten die korrupte Kommissärwirtschaft, die infamste Klassenjustiz und die nackte, brutalste Form der Herrschaft in dem Willkürregiment der Regierung.

In der Konnotation sind sich hier die sozialistische und die kommunistische Bewegung gleich.

Neue Freue Presse

Ausgabe 21. April 1934 (S. 4):

„Nach Wöllersdorf überstellte sozialdemokratische Führer.

Wie die „Politische Korrespondenz“ erfährt, befinden sich unter den gestern in das Anhaltelager Wöllersdorf überstellten Sozialdemokraten unter anderem folgende Personen, die in der sozialdemokratischen Partei eine führende Rolle gespielt haben: Die ehemaligen Abgeordneten Heinrich Alina und Raimund Sassik, der ehemalige Abgeordnete und Präsident des Stadtschulrates Otto Glöckel, der ehemalige Bezirksvorsteher Anton Feistel, Gemeinderat Andreas Kopitz, Gemeinderat und Obmann des Metallarbeiterverbandes Karl Reisinger, der ehemalige Stadtrat Karl Richter, der ehemalige Bundesrat Dr. Alois Schärf (sic!), Bezirksvorsteher Dr. Emil Maurer.

Wie wir hiezu erfahren, wurden weiter dem Anhaltelager überstellt: die Abgeordneten Leuthner und Richard Seidel, Stadtrat Honay, Gemeinderat Dozent Dr. Friedjung, Gemeinderat Friedrich Schleifer, die Bezirksvorsteher Schober (Alsergrund) und Zanaschka (Meidling) sowie der kommunistische Rechtsanwalt Dr. Egon Schönhof.

In diesem Artikel wird die Verhaftung von Politikern der Sozialistischen Partei und von einem Kommunisten beschrieben. Alle seien Gegner der Regierung. Die Form der Information ist sachlich, trotzdem fehlen Informationen zu den Anschuldigungen und dem Vergehen der Verhafteten.

Unter den Genannten befinden sich sehr bekannte Namen, wie Otto Glöckel (der zusammen mit Bgm. Karl Seitz und Finanzstadtrat Robert Danneberg Verordnungen der Regierung Dollfuß beeinsprucht hatte) oder Dr. Adolf Schärf, der spätere Bundespräsident.

Dass der Vorname von Dr. Schärf falsch wiedergegeben wurde, scheint merkwürdig, da ja zur Verhaftung ein richterlicher oder polizeilicher Antrag gestellt werden musste und die Verhaftung der „richtigen“ Person vermutlich durch das Vorzeigen eines Ausweises gesichert werden musste.

Folgende Kategorien können zugeordnet werden:

Offizielle Mitteilung, Behörde ordnet an:

Politische Korrespondenz

gestern in das Anhaltelager Wöllersdorf überstellte

Vorgegangen wird gegen Feinde:

Personen, die in der sozialdemokratischen Partei eine führende Rolle gespielt haben

ehemalige Abgeordnete und Präsident des Stadtschulrates
ehemaligen Abgeordneten
ehemalige Bundesrat
ehemalige Stadtrat
ehemalige Bezirksvorsteher
kommunistische Rechtsanwalt

Eine Metaphernanalyse fällt hier sehr schwer. Zuerst fällt auf, dass die Einleitung mit der Mitteilung „Politische Korrespondenz“ beginnt, was bereits auf ihren offiziellen staatlichen bzw. behördlichen Charakter schließen lässt.

In der „Neuen Freien Presse“ lässt das Konzept nur auf „**schuldige Gegner und Feinde**“ schließen:

Personen, die in der sozialdemokratischen Partei eine führende Rolle gespielt haben
ehemalige Abgeordnete und Präsident des Stadtschulrates
kommunistische Rechtsanwalt

Es werden die Funktionen der verhafteten Personen bis in die unterste einer politischen Stadtstruktur aufgezählt. Hier soll gezeigt werden, dass die Regierung und deren Vertreter die Macht haben, gegen alle Gegner trotz fehlender Anschuldigungen und Gerichtsverfahren vorzugehen.

Österreichischer Beobachter

Ausgabe 21. Oktober 1936 (S. 4):

„Wir wählen nicht.

Die Bauernkammerwahlen am 25. Oktober sind ein entscheidender Tag, es geht um die grundsätzliche Einstellung jedes Einzelnen zum herrschenden System.

(...)

Darum haben wir kein Vertrauen zu dieser Führung und geben diesem System keine Stimme.

Da durch die Wahlvergewaltigung ein freies Wählen unmöglich ist und uns keine Gelegenheit geboten ist, nach unserem Wunsche Männer an die Spitze des Berufsstandes wählen zu können, sind wir gezwungen, uns nicht an der Wahl zu beteiligen. Es ist das die einzige Möglichkeit, um der Regierung zu zeigen, dass es so nicht weitergeht. Wer sie ungenutzt vorüber gehen lässt und sich noch immer an die bei solchen Gelegenheiten

abgegeben Versprechungen gläubig hält, der verdient kein besseres Los, als unter dieser Führung zugrunde zu gehen.

Der einzige Weg ist also: Nicht zur Wahl zu gehen oder, wenn der Zwang zu groß ist, bei der Wahl ungültig gemachte Stimmen abzugeben.

Wem zu all dem der Mut fehlen sollte, der denke an die vielen Opfer, die von den Besten gebracht wurden, ohne Murren, auch wenn es das Leben galt. Hunderte sind trotz Begnadigungsversprechen noch in Wöllersdorf oder in den Kerkern. Hilf Ihnen und hilf Dir selbst, dass auch bei der Regierung die Einsicht Eingang findet:

Ohne NSDAP für Österreich keine Rettung!

Der „Österreichische Beobachter“ entzieht der Regierung das Vertrauen. Er ruft zum Boykott der Bauernkammerwahlen auf und will so die Wahl zur Farce werden lassen. Polemisch wird suggeriert: der Wähler hat die Wahl, muss sich aber der Opfer der „Besseren“ (gemeint sind die Nationalsozialisten) erinnern und sich nicht „Vergewaltigen“ lassen. In aufwieglerischen und drastischen Worten (Wahlvergewaltigung) wird von der Wahl abgeraten aber zugleich der Nationalsozialismus als Rettung angepriesen.

Gewählte Kategorien:

Gründe nicht zur Wahl zu gehen

bei solchen Gelegenheiten abgegebenen Versprechungen
entscheidender Tag (...) die grundsätzliche Einstellung jedes Einzelnen zum herrschenden System
kein Vertrauen zu dieser Führung
geben diesem System keine Stimme
Möglichkeit um der Regierung zu zeigen, dass es so nicht weitergeht
uns nicht an der Wahl zu beteiligen
bei der Regierung die Einsicht Eingang findet

Zu Wählende sind nicht die Richtigen

keine Gelegenheit geboten ist (...) unsere (...) Männer an die Spitze des Berufsstandes wählen zu können

Wähler werden missbraucht

durch die Wahlvergewaltigung ein freies Wählen unmöglich
trotz Begnadigungsversprechen noch in Wöllersdorf oder in den Kerkern

Die Wähler, die an der Wahl teilnehmen

verdient kein besseres Los
unter dieser Führung zugrunde zu gehen
wer sie (die Change) ungenutzt vorüber gehen lässt

Konsequenzen und Vorschläge

unter dieser Führung zugrunde zu gehen
der einzige Weg ist (...) nicht zur Wahl zu gehen
bei der Wahl ungültig gemachte Stimmen abzugeben
wem zu all dem der Mut fehlen sollte, der denke an die vielen Opfer
von den Besten gebracht
auch wenn es das Leben galt

Lösung

bei der Regierung die Einsicht Eingang findet
hilf Ihnen und hilf Dir selbst
ohne NSDAP für Österreich keine Rettung

Das Konzept der nationalsozialistischen Zeitung „Österreichischer Beobachter“ lässt alle anderen politischen **Gegner als vertrauensunwürdig** erscheinen und macht deutlich, dass sich nur die **NSDAP für die Bürger** einsetze.

geben diesem System keine Stimme

Möglichkeit um der Regierung zu zeigen, dass es so nicht weitergeht

unter dieser Führung zugrunde zu gehen

ohne NSDAP für Österreich keine Rettung

In den gewählten Kategorien wird der Aufbau der Agitation der NSDAP aufgezeigt.

Eine Wahl soll boykottiert werden, weil die eigene Partei keine Mandatare aufstellen durfte.

Damit wird der Vertretung und der Regierung so lange das Vertrauen entzogen, bis sie zur Einsicht kommt. Wer sich missbrauchen lässt und zur Wahl geht, muss die Konsequenzen selber tragen, nämlich unter dieser Regierung zugrunde zu gehen.

Natürlich wird auch eine Lösung angeboten: einerseits nicht zur Wahl zu gehen oder andererseits ungültig zu wählen und dabei an die Vorbilder zu denken, die in den Gefängnissen oder

in Wöllersdorf ihre Opfer für die NSDAP bringen. Getreu dem Motto: Hilf Dir selbst dann hilft Dir Gott und diesen stellt in diesem Fall die NSDAP dar.

Stringent ist immer, dass die „Anderen“ nicht gut für den Menschen sind, nur die eigene Partei ist das Allheilmittel und bringt unter größtem Opfer das Wohlergehen.

Triestingtaler und Piestingtaler Wochenblatt:

Ausgabe 28. Juli 1934 (S. 1):

„Anhaltung von Kommunisten und Sozialdemokraten im Triestingtale.

Über Auftrag der Sicherheitsdirektion für Niederösterreich wurden am Sonntag, den 22. Juli eine Anzahl Anhänger der verbotenen kommunistischen und sozialdemokratischen Partei verhaftet und in das Anhaltelager von Wöllersdorf gebracht.

So wurden im Zuge der Amtshandlung in Groß-Berndorf 14, in Hirtenberg-Enzesfeld 8, in Weißenbach 5 und in Pottenstein 5 Personen verhaftet, die teils der früheren kommunistischen und ehemaligen sozialdemokratischen Partei, resp. dem Republikanischen Schutzbund angehört haben und eine Funktion bekleideten.

Die Anhaltung dieser Personen wurde vorgenommen, da der 1. August als sogenannter Revolutionstag seit Jahren in diesen Kreisen, und zwar nicht nur in Österreich, sondern auch in anderen Staaten gefeiert wird und immer starke Bewegung auslöst. Es ist eine rein polizeiliche Vorkehrung zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung und werden die Personen nach dem 1. August wieder entlassen werden (sic!).

Folgende Kategorien werden ersichtlich:

Gefahrenpotential

1. August als sogenannter Revolutionstag (...) in diesen Kreisen
früheren kommunistischen und ehemaligen sozialdemokratischen Partei, resp. dem Republikanischen Schutzbund angehört haben
zwar nicht nur in Österreich, sondern auch in anderen Staaten
starke Bewegung auslöst

Aktion

Auftrag der Sicherheitsdirektion für Niederösterreich
So wurden im Zuge der Amtshandlung (...) Personen verhaftet
Anhaltung von Kommunisten und Sozialdemokraten im Triestingtale
eine Anzahl Anhänger der verbotenen kommunistischen und sozialdemokratischen Partei verhaftet

Gegenmaßnahmen

und in das Anhaltelager von Wöllersdorf gebracht

Die Anhaltung dieser Personen wurde vorgenommen

Betrachtet man den Artikel im „Triestingtaler und Piestingtaler Wochenblatt“ fällt auf, dass trotz der Unabhängigkeit der Zeitung, sehr vorsichtig über Belange der Regierung geschrieben wird. So schreibt der Autor „frühere kommunistische und ehemalige sozialistische Partei“.

Das Konzept ist, wie sehr oft in diesem Zusammenhang zu bemerken ist, **Gefahr erkennen, Gefahr bannen.**

1. August als sogenannter Revolutionstag (...) in diesen Kreisen

starke Bewegung auslöst

früheren kommunistischen und ehemaligen sozialdemokratischen Partei, resp. dem Republikanischen Schutzbund angehört haben

Auftrag der Sicherheitsdirektion für Niederösterreich

Die Anhaltung dieser Personen wurde vorgenommen

und in das Anhaltelager von Wöllersdorf gebracht

Der Herausgeber dieses Wochenblattes bemüht sich in allen Beiträgen sachlich und ohne persönliche Meinung zu agieren, bei Beiträgen zu Aktionen der Regierung oder Behörden wird er sehr vorsichtig und lehnt sich an die Vorgaben der zensurierten Zeitung und deren Wortlaut an. Entweder bekommt der Herausgeber die Mitteilung von den Behörden vorgegeben, auch wenn das Blatt nicht unter Zensur steht, oder er schreibt von den Tageszeitungen ab. In seiner Aussage bleibt er Regimetreu.

6.9 GLEICHSCHALTUNG DER PRESSE

Zum Abschluss der Analyse möchte ich noch auf das Ende des Anhaltelagers von Wöllersdorf eingehen und mir die Berichte der Presse über das „Niederbrennen von Wöllersdorf“ ansehen. Mir ist beim Studium der Zeitungen aufgefallen, dass alle Berichte sehr pathetisch vom Ende des Lagers und dem Neuanfang „Wöllersdorf Trutzdorf“ berichten. Deutlich ist bemerkbar, wie rasch die Gleichschaltung der Presse vollzogen wurde. In der folgenden Übersicht handelt es sich nur um eine Visualisierung der Artikel, ich werde diese nicht auf

Metaphern hin untersuchen.

Datum	Zeitung	Thema	Bemerkung
2. April 1938	Arbeitersturm, Salzburger Volksblatt, Illustrierte Kronen- Zeitung, Neues Wiener Tagblatt Neue Freie Presse	Ankündigung, dass Gauleiter Bürckel in Wöllersdorf sprechen wird.	Wortgleich.
3. April 1938	Illustrierte Kronen Zeitung	„Freiheitsfeuer über Wöllers- dorf“.	Eine Seite Be- richt.
	Kleine Volkszeitung	„Wöllersdorf in Flammen. Das letzte Schandmal des Schuschnigg Systems ausge- löscht“.	Eine Seite Be- richt.
	Das Kleine Volksblatt	„Das Anhaltelager Wöllersdorf den Flammen übergeben. Statt eines Gefängnisses ein Denk- mal“.	Zwei Seiten Be- richt.
	Neues Wiener Tagblatt	„Freiheitsfeier des erwachten Österreichs. Lager Wöllersdorf in Flammen aufgegangen“.	Bericht zieht sich über mehrere Seiten, auch ein Feuilleton über das Lager wird gedruckt.
	Völkischer Beobachter	„Die Siegesnacht von Wöllers- dorf. Lodernde Flammen über dem Konzentrationslager des Schuschnigg Systems“.	Bericht über zwei Seiten.
	Neue Freie Presse	„Wöllersdorf versinkt in Flam- men. Wöllersdorf-Trutzdorf ent- steht“.	Halbe Seite Be- richt.
4. April 1938	Arbeitersturm	„Flammende Siegesfeier. Wöl- lersdorfer Schandmal beseitigt“.	Weniger als eine halbe Seite Be- richt.

	Bregenzer/Vorarlberger Tagblatt	„Freiheitsfeuer des erwachten Österreich. Das Lager Wöllersdorf in Flamme. Von Wöllersdorf zu Trutzdorf“.	Halbe Seite Bericht.
	Illustrierte Kronen Zeitung	„Freiheitsfeuer über Wöllersdorf“.	Weniger als eine halbe Seite Bericht.
	Salzburger Volksblatt	„Wöllersdorf von der Erde verschwunden. Feierliches Niederbrennen des Lagers“.	Weniger als eine halbe Seite Bericht.
	Neues Wiener Tagblatt	„Wöllersdorf-Trutzdorf“.	Ein Foto, zwei Zeilen Text.
	Salzburger Chronik für Stadt und Land	„Das Lager Wöllersdorf in Flammen aufgegangen“.	Halbe Seite.
5. April 1938	Kleine Volksblatt	„Wöllersdorf-Trutzdorf“.	Ein Foto, zwei Zeilen Text.
8. April 1938	Salzburger Chronik für Stadt und Land	„Wöllersdorf-Trutzdorf“.	Ein Bild, zwei Zeilen Text.
9. April 1938	Der Bauernbündler	„Wöllersdorf versinkt in Flammen. Wöllersdorf-Trutzdorf entsteht“.	Halbe Seite.
	Bludenzer Anzeiger	„Das Lager Wöllersdorf wurde abgebrannt“.	Fünfzeiliger Artikel.
	Der Landbote	„Wöllersdorf in Flammen. Am Tag der österreichischen Legion“.	Bericht über eine ganze Seite.
	Salzburger Volksblatt	Im Wochenspiegel wird auch die Feier in Wöllersdorf erwähnt.	
10. April 1938	Neues Wiener Tagblatt	„Das Inferno der Schuschnigg Zeit. Gedanken eines alten Wöllersdorfers“.	
5. Mai 1938	NS Telegraf	„2.000 Arbeiter werken in Wöllersdorf-Trutzdorf“.	Kurzer Artikel.
6. Mai 1938	Arbeitersturm Das Kleine Volksblatt	„Neues Leben in Wöllersdorf“.	Wortgleiche Überschrift.

	Salzburger Chronik für Stadt und Land Völkischer Beobachter Arbeitersturm Bregenzer Vorarlberger Tagblatt		Sehr ähnlicher Artikel, in eini- gen Zeitungen sind sie wort- gleich.
	Neues Wiener Tagblatt	„Wöllersdorf - eine Hochburg der Arbeit. Und neues Leben blüht aus den Ruinen“.	
	Salzburger Volksblatt	Im Rahmen einer Feier wurde Wöllersdorf durch Flammen vernichtet.	
7. Mai 1938	Bregenzer Vorarlberger Tagblatt	Wöllersdorf Anhaltelager. Nie- derbrennen der „schwarzen“ Baracke. Wöllersdorf Trutzburg	Relative späte Information zum Ereignis.
	Salzburger Volksblatt	„Wöllersdorf-Trutzdorf“. Ein neues Wöllersdorf durch 2.000 Arbeiter.	
8. Mai 1938	Völkischer Beobachter	„Die Luftwaffe baut in Wöllers- dorf“.	Fotos und Text, ganze Seite.
9. Mai 1938	Illustrierte Kronenzei- tung	„Wöllersdorf im Wandel und Spiegel der Zeit“. 2.000 neue Arbeiter sind beschäftigt.	
11. Mai 1938	Das kleine Volksblatt Neues Wiener Tagblatt Völkischer Beobachter	„Neues Leben in und um Wiener Neustadt“. Tausende Hände in Wöllersdorf-Trutzdorf. Keine Arbeitslosigkeit.	
12. Mai 1938	Arbeitersturm Salzburger Chronik für Stadt und Land	Keine Arbeitslosen in Wöllers- dorf-Trutzdorf. Schach der Not.	
12. Juni 1938	Kleine Volkszeitung	„Wöllersdorfer Stüberl in Ma- riahilf. Illegales Museum im Extrazimmer“.	Gasthaus Leitner, Esterhazygasse 22 war ein Treff- punkt der Illega-

			len während der Verfolgungszeit.
--	--	--	----------------------------------

Diese Beispiele zeigen, wie stark die Zeitungen den Wortlaut und die Sprache des Nationalsozialistischen Regimes übernommen haben. Die Schlagzeilen sind wortgleich oder nicht stark variierend, wie die Ankündigung der Feier in Wöllersdorf, bei der auch Gauleiter Bürckel sprechen wird:

Wöllersdorf in Flammen

Wöllersdorf den Flammen übergeben

Wöllersdorf versinkt in Flammen

Wöllersdorf den Flammen übergeben

oder berichten in überhöhter Form:

Flammende Siegesfeier

Freiheitsfeuer

Berichtet wird über die Feier, die Rede von Gauleiter Bürckel, das Anzünden der Baracke am 2. April 1938 bis zum 9. April in unterschiedlichem Umfang. Teilweise wird nur ein Bild mit einem Vierzeiler gedruckt, teilweise mehr als eine Seite. Nur das „Salzburger Volksblatt“ (6. Mai 1938) und das „Bregenzer Vorarlberger Tagblatt“ berichtet noch am 7. Mai 1938 über das „Niederbrennen“ von Wöllersdorf.

Ab Mai 1938 ändert sich die Berichterstattung. Es wird über das „neue Leben“ in Wöllersdorf berichtet, darüber dass dort nun 2.000 Arbeiter beschäftigt seien. Welche Art von Arbeit, bzw. welche Industrie hier entsteht wird nur einmal, im „Völkischer Beobachter“ am 8. Mai 1938 (S. 14) erwähnt: „Die Luftwaffe baut in Wöllersdorf“.

Auch hier fällt auf, dass am 6. Mai 1938 in sechs verschiedenen Zeitungen in wortgleicher Überschrift und fast identischem Inhalt über das „Neue Leben in Wöllersdorf“ geschrieben wird. Klar ersichtlich ist, dass alle Berichte zentral vorgegeben wurden.

Natürlich darf auch ein Bericht über ein „Illegalen - Museum“ nicht fehlen. Wie die „Kleine Volkszeitung“ am 12. Juni 1938 berichtet, hatten sich bereits in der Dollfuß/Schuschnigg Diktatur die Illegalen in diesem Gasthaus getroffen und Artefakte aus Wöllersdorf im Extrazimmer aufbewahrt.

Bemerkung: kritisch sei zu bemerken, dass eine Existenz dieses „Museums“ über fast fünf Jahre unbemerkt erfolgen konnte, ist zu bezweifeln. Dass sich illegale Nationalsozialisten hier getroffen hatten, scheint glaubhaft, aber dass dort Objekte aus dem Anhaltelager im „Stüberl“ aufbewahrt und ausgestellt wurden, scheint mir nicht glaubwürdig.

Höchstwahrscheinlich ist dieses „Museum“ nach dem 12. März 1938 entstanden.

7. ERINNERUNGEN NACH 1945

7.1 RÜCKBLICKE IN ZEITUNGEN

Auch in dieser Analyse ist ANNO (ÖNB) meine Hauptbezugsquelle. Da aber die „Arbeiter-Zeitung“ ab 1937 in ANNO nicht mehr gespeichert ist, werde ich das Archiv der „Arbeiter-Zeitung“ im ehemaligen „Vorwärts Verlag“ heranziehen.

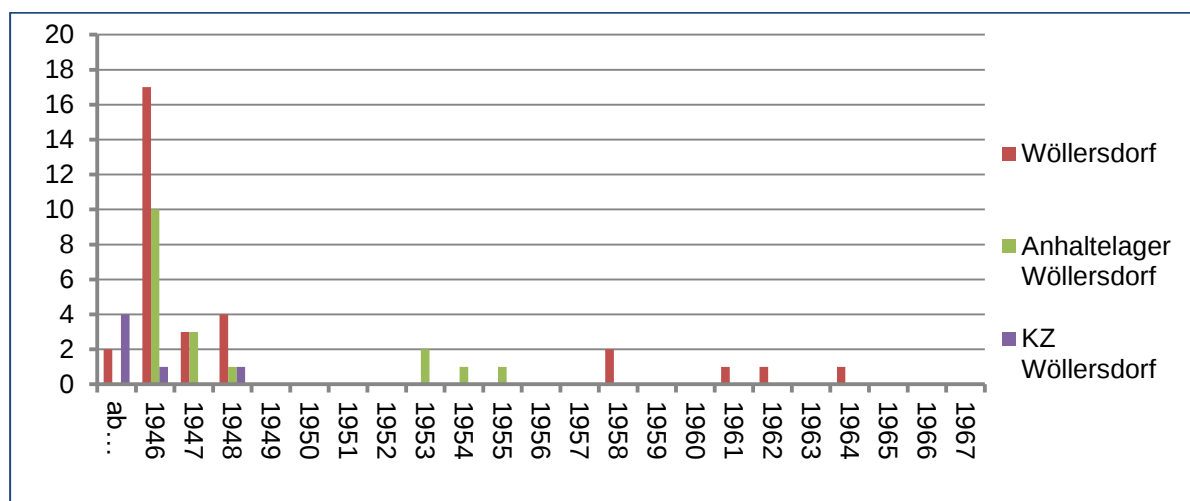
Vergleicht man in ANNO die Anzahl der Erwähnungen von „Mauthausen“ und „Wöllersdorf“ fällt auf, dass die Berichterstattung recht unterschiedlich ausfällt. Mauthausen wird in den Jahren 1946 und 1947 ca. 700-mal pro Jahr, 1948 noch ca. 400-mal und ab 1949 ca. 15-mal pro Jahr erwähnt.

Bemerkung: Der Vergleich mit dem „KZ Mauthausen“ wird nur hergestellt, um die unterschiedliche Intensität der Erinnerungen aufzuzeigen. Kein Teil der vorliegenden Arbeit soll es sein, die Erinnerungskultur an Mauthausen zu analysieren.

Im Unterschied dazu, wird sich an das „Anhaltelager in Wöllersdorf“ kurz nach dem Zweiten Weltkrieg weniger stark erinnert und ab 1947 „verschwindet“ es aus den Zeitungsberichten und wird nur mehr zu „besonderen“ Anlässen erwähnt (siehe Graphik 1, 2, 3 im Kapitel 6.1 und Graphik 4 unten).

Ursache dafür dürfte ein ungeschriebenes Übereinkommen der SPÖ und ÖVP sein die Zeit 1933 bis 1938 nicht zu thematisieren und sich im „Geist der Lagerstraße“ oder der „Opferdoktrin“ auf den Abzug der Besatzungsmächte zu konzentrieren.⁹¹

Quantitative Erwähnungen von Wöllersdorf nach 1945



Graphik 4: Quelle: ÖNB, ANNO, Stand 2019-12-14.

⁹¹ Oliver Ratkolb, The Austrian Voter in Historical Perspective, in: Günther Bischof (Hg), Fritz Plasser, The Changing Austrian Voter. Contemporary Austrian Studies, Vol. XVI (2008), 27-33.

Bemerkung: Die Anzahl der Erwähnungen ist nicht vollständig, da die Digitalisierung der Zeitungen nach 1945 noch nicht abgeschlossen ist. Die Nennungen in der „Arbeiter-Zeitung“ sind in dieser Graphik ebenfalls nicht enthalten.

Trotzdem wird eine Tendenz erkennbar, dass das Anhaltelager in Wöllersdorf sehr schnell aus der Berichterstattung verschwand.

Auch die Zeitungen der Kommunistischen Partei sprechen in der Erinnerung vom „Konzentrationslager Wöllersdorf“ und zwar immer dann, wenn über ehemalige inhaftierte Kommunisten berichtet wird. In Artikeln zu Strafverfolgungen von ehemaligen Nationalsozialisten schreiben sie meist von „Wöllersdorf“ als Ort der Inhaftierung während der Dollfuß/Schuschnigg Diktatur (das ist auch die Erklärung, warum „Wöllersdorf“ in Graphik 4 im Jahr 1946 so oft erwähnt wird). „Anhaltelager Wöllersdorf“ wird meist von unabhängigen Zeitungen, wie der „Wiener Zeitung“ im Zusammenhang mit Strafverfahren gegen Nationalsozialisten verwendet (aber auch von den Zeitungen, die von der Kommunistischen Partei herausgegeben werden).

Bemerkung: Am 26. Jänner 1947 wird in der Wiener Zeitung eine Tabaktrafik in „Wöllersdorf Trutzdorf“ zum Kauf ausgeschrieben. Die Rückbenennung in „Wöllersdorf“ erfolgte aber schon 1945.

Der Name „Wöllersdorf“ taucht ab 1955 nur mehr in „Der Neue Mahnruf“, eine monatliche Zeitschrift des „Bundesverbandes Österreichischer Widerstandskämpfer und Opfer des Faschismus“ auf, wenn Suchmeldungen nach verschollenen Kameraden gedruckt werden, die auch in „Wöllersdorf“ inhaftiert wurden. Leider zeigt ANNO zwar die Zeitschrift an, wann der Name „Wöllersdorf“ gedruckt wurde, aber nicht den Begriff selber, sodass es äußerst schwierig ist, hier eine Zuordnung zu treffen. Deshalb wird ab 1964 keine Zuordnung zu den drei Begriffen gemacht. Dasselbe Problem tritt in der Zeitschrift „Brand Aus“ ab 1981 (eine Zeitschrift der niederösterreichischen Feuerwehr, in welcher nicht im Kontext zum Anhaltelager geschrieben wird) auf und auch in der Zeitschrift „Zeitgeschichte“ ab 1983.

Arbeiter-Zeitung:⁹²

In der „Arbeiter-Zeitung“ (gespeichert im Archiv der Arbeiterzeitung) sind ab 1946 an jedem 12. Februar Erinnerungen und Gedenkfeiern zu finden, ich werde hier nur einige erwähnen. 12. Februar 1950: Anlässlich des Begräbnisses von Altbürgermeister Karl Seitz, wurde an den 12. Februar 1933 gedacht. Die Gewerkschaft und die Bezirkssektionen veranstalten Ge-

⁹² Verein der Geschichte der Arbeiterbewegung (VGA), Archiv Arbeiter-Zeitung, online unter <<http://www.arbeiter-zeitung.at>> (2019-12-15).

denkfeiern.

12. Februar 1954: Gedenkfeier am Zentralfriedhof. Die Gewerkschaft **fordert fünf Minuten Arbeitsstillstand zum Andenken**. In Linz findet eine **Gedenkfeier im Hotel Schiff** statt.

12. Februar 1964: „**Feuerübergabe in Wöllersdorf**“. „Die Jungen tragen das Feuer weiter, das die Freiheitskämpfer in schwerer Zeit gehütet haben“. Bruno Kreisky, Franz Olah, Rosa Jochmann halten Ansprachen.

Bruno Kreisky (Außenminister) und Dr. Drimmel (Unterrichtsminister) fordern anlässlich einer Gedenkfeier im „Verband der Wiener Volksbildung“ eine **objektive Untersuchung** zum Verhalten von Otto Bauer im März 1933. (Bauer selbst erklärte es damit, dass er „an die Mütter dachte“.

Auf einer ganzen Seite wird der Opfer der Kämpfe 1934 im Karl Marx Hof gedacht.

10. Februar 1974: Gedenkfeier am Zentralfriedhof.

12. Februar 1974: **Enthüllung Mahnmahl in Wöllersdorf**. Der 12. Februar 1934 war nur die Folge des Widerstands gegen Verfassungsbruch und Freiheitsentzug. In der Rubrik: „Hintergrund“ erinnern sich Leser an den 12. Februar 1934.

„**Die Wunden nicht aufreißen**“, ein **Dokumentarfilm** von Regisseur Kurt Grotter unter der Mitwirkung der Historiker Ludwig Jedlicka und Gerhard Jagschitz wird gedreht.

14. Februar 1974 eröffnet Kreisky eine **Ausstellung** zum 12. Februar im Wiener Konzerthaus unter dem Titel „**Weder Rachsucht noch Triumph**“.

11. Februar 1984: Bei einem Gedenkgottesdienst in Anwesenheit von Bundespräsident Kirchschläger, Bundeskanzler Sinowatz und dem Bundesparteiobmann der ÖVP Alois Mock meinte **Kardinal König selbstkritisch, dass auch die Kirche versagt habe**.

Bei einer Diskussion in der Wiener Koppreiter Remise (12. Bezirk) am Tage davor, lehnen Karl Blecha (Innenminister) und Heinz Fischer (Wissenschaftsminister) eine „**geteilte Schuld**“ ab, Bundeskanzler Sinowatz schließt sich dieser Meinung an.

Rosa Jochmann lehnt in einem Interview ebenfalls eine **Teilschuld** der Sozialisten ab.

Bemerkung: Norbert Leser, Politikwissenschaftler an der Universität in Salzburg, setzte sich kritisch mit der Sozialdemokratie und der Dollfuß/Schuschnigg Diktatur auseinander und schrieb den Sozialdemokraten eine Teilschuld an den Folgen von 1933 zu. Diese Teilschuld wurde von der „Sozialistischen Partei Österreichs“ vehement abgelehnt.

Weitere Erinnerungen und Diskussionen:

4. März 2008: Gedenkveranstaltung im Reichsratssitzungssaal. Univ. Prof. Mag. Dr. Dr. Oliver Rathkolb erinnert an den 4. März 1933 und dessen Folgen. Er kritisiert, dass trotz der zeitlichen Entfernung, die Erinnerung an dieses Ereignis und die darauffolgenden Jahre der

Dollfuß/Schuschnigg Diktatur nicht beliebt sind. Der Mythos der Selbstausschaltung des Parlamentes wurde bis in den 1980er Jahren in den Schulbüchern verbreitet.⁹³

20. November 2009: „Die Presse“ berichtet über das unterschiedliche geartete kollektive Erinnern der zwei Großparteien. In einem Vortrag von Univ. Prof. Mag. Dr. Dr. Oliver Rathkolb und Dr. Florian Wenninger in Linz, fordern beide Historiker die Rehabilitierung der Opfer des Dollfuß/Schuschnigg Regimes. Interessant ist die Reaktion der damaligen Spitzenpolitiker. Bundeskanzler Werner Faymann meint, dass das sich dabei um eine „Frage für Historiker“ handle und Sebastian Kurz (Obmann der Jungen Volkspartei) stellt sich die Frage, ob es „keine anderen Probleme“ gebe.⁹⁴

7.2 MAHNMAL DES ANHALTELAGERS IN WÖLLERSDORF

Fährt man von Wr. Neustadt kommend Richtung Felixdorf oder zur Autobahn A2, steht rechts vom Kreisverkehr der Nordspange das Mahnmal zur Erinnerung an das Anhaltelager. Dieses Mahnmal steht auf dem Gelände des ehemaligen Lagers, ungefähr an der Stelle, an der die Schwarze Baracke stand, die von den Nationalsozialisten am 2. April 1938 unter hohem medialen Propagandaaufwand abgebrannt wurde.

Heute ist vom Anhaltelager nicht mehr viel zu sehen. Der kleinere, südliche Teil des Lagers I, wo einst die Küche (Objekt 137) und die Kantine (Objekt 292) standen, ist heute Teil der Firma MABA Fertigteilindustrie. Der viel größere Teil, heute Teil der MA 31 (Wiener Wasser), ist eingezäunt und nicht frei zugänglich (Wasserschutzgebiet). Die erste Wiener Hochquellenleitung verläuft unterirdisch durch dieses Areal. Alle Gebäude des Lagers wurden von der Gemeinde Wien niedergerissen, sichtbar von außen sind nur noch Reste der Betonfundamente der Gebäude 84 und 85 (in beiden Gebäuden wurden Inhaftierte einquartiert).

Erste Diskussionen zur Errichtung eines Mahnmales starteten 1963. Anlass war eine Notiz vom 19. August 1963 von W/Hr. (es ist keine Unterschrift vorhanden, aber das Kürzel W/Hr. wird in den Briefen von Nationalrat und Landesparteivorsitzenden Ernst Winkler verwendet) an Anton Wodica (SPÖ), Abgeordneter im Nationalrat und für den Bezirk Wr. Neustadt zuständig, in dem erwähnt wird, dass die Kommunisten in einer Gemeinderatssitzung in Wr. Neustadt den Antrag gestellt hatten, einen Gedenkstein in Wöllersdorf zu errichten. DDr.

⁹³ Oliver Rathkolb, Demokratiehistorische Anmerkungen zum geteilten Erinnerungsort „4. März 1933“: Beginn der Ausschaltung des demokratischen Parlamentarismus durch Engelbert Dollfuß. Demokratiezentrum Wien, online unter <http://www.demokratiezentrum.org/fileadmin/media/pdf/rathkolb_4_maerz_1933.pdf> (2020-02-06).

⁹⁴ Rainer Nowak, Die Presse. Bürgerkrieg: „Es war eine Diktatur“. Punkt., online unter <<https://www.diepresse.com/523335/buergerkrieg-es-war-eine-diktatur-punkt>> (2019-12-02).

Bruno Pittermann, zu dieser Zeit Vorsitzender der SPÖ und Vizekanzler, forcierte daraufhin die Errichtung eines Denkmals in Verantwortung der SPÖ.⁹⁵

Am 11. September 1963 lädt die SPÖ Zentrale in Wien I, Löwelstrasse 18 alle Landesparteiorganisationen anlässlich der „Erinnerung der Eröffnung des 1. Konzentrationslagers in Österreich vor 30 Jahren“ zu einer Mahnmalenthüllung am 12. Oktober des Jahres ein.⁹⁶ In der folgenden Korrespondenz wird über den Spatenstich der Errichtung des Mahnmales gesprochen.⁹⁷

Am 17. Oktober des Jahres wurde im zentralen Parteivorstand (anzunehmen ist, dass der Bundesparteivorstand gemeint ist, da DDR. Pittermann als Bundesparteivorsitzender inkludiert war) der Antrag zur Errichtung eines Mahnmales vorgebracht und zugleich ein Kuratorium mit der Vollmacht dazu bestimmt. Ziel war es, das Mahnmal am 12. Februar 1964 zu enthüllen. Mitglieder dieses Kuratorium waren Vertreter der Stadt Wr. Neustadt (GR Liwanec und BGM Wehrl), Bundesräte und Nationalräte (BR Rudolf Appel, NR Franz Horr (AK NÖ), Rosa Jochmann, Josef Kratky, Ernst Winkler), Minister Bruno Kreisky, Franz Olah, VK Bruno Pittermann, BGM Franz Jonas, Landespartei sekretär Fritz Marsch und Franz Popp (LH Stv. NÖ) Gabriele Proft und Otto Tschadek (LH Stv. NÖ).

Am 23. Dezember 1963 erteilte Landespartei sekretär (LPS) Fritz Marsch dem Architekten Dipl. Ing. Leo Kammel (Maria Theresienstr. 17, Wien IX) den Auftrag erste Planungen und Entwürfe durchzuführen. Erste Vorschläge wurden am 6. Februar 1964 übermittelt (siehe Anhang 7 a und b). Bemerkenswert ist, dass das Mahnmal nicht im Areal des Anhaltelagers, sondern zwischen der (in Planung befindlichen) Autobahn und der Auffahrt Richtung Wien stehen sollte (Distanz zum ehemaligen Lager etwa 1000 Meter). Das Mahnmal sollte von der Autobahn aus gut sichtbar sein.⁹⁸

Wie auch im Anhang 7 b ersichtlich, lautete die Inschrift des Mahnmals „KZ WÖLLERSDORF“.

LPS Marsch schlug vor, dass das Wort „KZ“ entfernt werden sollte und zusätzlich zu „WÖLLERSDORF“ der Wortlaut „1934 - 1964 DIE ÖSTERREICHISCHEN SOZIALISTEN MAHNEN: NIE WIEDER POLITISCHE VERFOLGUNG“ angebracht werden sollte.

Kosten: Ziel war es, dass 150.000 Schilling Gesamtkosten (Mahnmal und Errichtung) nicht überschritten werden sollen (Inflationsbereinigt wären das heute ca. 62.000 €). Architekt Kammel verrechnet nur seine Selbstkosten, Benya (ÖGB) stellt einen namhaften Betrag zur

⁹⁵ Kreisky Archiv, Stand IX.20, Sozialistische Bildungszentrale (SBZ), Box Nr. 48: Feiern, Mahnmale (Wöllersdorf), Habsburg, NÖ1933/34, Scharf. Mappe: Wöllersdorf.

⁹⁶ Kreisky Archiv, Stand IX.20, Box 48, Rundschreiben L/10/63, Zentralsekretariat Wien, 11. September 1963.

⁹⁷ Kreisky Archiv, Stand IX.20, Box 48, Rundschreiben Nr. 42, Landesparteiorganisation Wien, 11. September 1963.

⁹⁸ Kreisky Archiv, Stand IX.20, Box 48, Entwurf für das Mahnmal in Wöllersdorf.

Verfügung (Höhe nicht bekannt), die Kammern werden um Zuschüsse gebeten, die Landespartei SPÖ NÖ sagte 25.000 Schilling zu und die SPÖ Wien soll denselben Betrag zahlen. Die Freiheitskämpfer Niederösterreichs sagten 5.000 Schilling zu und die Bezirksorganisationen sollen zwischen 500 Schilling und 2.000 Schilling spenden.

Am 25. Mai 1964 schrieb LPS Marsch an NR Wodica, dass das Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau den Standort des Mahnmals wegen mangelnder Zufahrt und Parkmöglichkeiten abgelehnt habe. Am 21. Juli 1964 wurde ein Platz im Areal des Anhaltelagers ange-regt und diskutiert (Marsch, Liwanec und Wodica). Der geplante Standort war entweder im Eigentum der Republik oder der Gemeinde Wien (hier gibt es eine Divergenz zwischen Grundbuch und Mitteilung von NR Wodica). Am 30. Dezember 1964 schrieb LPS Marsch an NR Horr, dass das Grundstück nicht der Gemeinde Wien gehöre, sondern dem Ministerium für Landesverteidigung.

Auffallend ist, dass die erste Zeitplanung (Spatenstich 12. Oktober 1963) und die Wirklichkeit (am 30. Dezember 1964 ist noch immer nicht klar, wer der Eigentümer des geplanten Platzes für das Mahnmal ist) extrem weit auseinander klafften. Es entsteht der Eindruck, dass der Elan nach dem 12. Februar 1964 mehr und mehr verflachte. Schon am 27. April 1964 protes-tieren die sozialistischen Freiheitskämpfer, Gruppe Floridsdorf, gegen die Verschleppung (in diesem Brief wird BK Klaus für die Verschleppung verantwortlich gemacht). Unverständlich ist, dass die Frage des Grundstückeigentums nicht geklärt werden konnte. Schon am 11. Sep-tember 1963 luden Leopold Gratz, Willi Liwanec und Bruno Pittermann alle Landespartei-or-ganisationen zum Spatenstich für den 12. Oktober 1963 nach Wöllersdorf ein, der aber von Leopold Gratz kurz davor abgesagt werden musste, weil das Handelsministerium den Platz für das Mahnmal nicht zur Verfügung stellte. Auch der Alternativvorschlag von NR Appel am 29. Dezember 1964 an LPS Marsch, dass eventuell der April 1965 anlässlich des 20. Jahres-tages der Gründung der 2. Republik als Tag für den feierlichen Spatenstich ins Auge gefasst werden sollte, brachte keinen weiteren Fortschritt.⁹⁹

Neun Jahre später, im Jahre 1973, wurde ein Verein namens „Mahnmal Februar 1934“ mit dem folgendem Zweck gegründet: *„Der Verein, dessen Tätigkeit nicht auf Gewinn gerichtet ist, hat sich die Aufgabe gestellt, durch Errichtung eines Mahnmales in Wöllersdorf - am Ort, an dem sich früher das Anhaltelager Wöllersdorf befand - der Opfer der politischen Verfol-gung des Februar 1934 zu gedenken, dieses Andenken zu wahren und zu pflegen und vor al-lem der Jugend die Gefahren des Faschismus durch Information und ständige Aufklärung vor Augen zu führen“.*

⁹⁹ Kreisky Archiv, Stand IX.20, Box Nr. 48.

Mitglieder des Vereins waren: Rosa Jochmann (Bund sozialistischer Freiheitskämpfer), Anton Benya (ÖBG Präsident, NR), Hans Czettel (SPÖ NÖ), Franz Horr (AK NÖ), Fritz Marsch (Zentralsekretär SPÖ), Alfred Ströer (NR, DÖW, VGA), Otto Probst (NR, Wiener SPÖ Obmann) und Anton Wodica (NR). Am 22. August 1973 wurde der Verein durch die Sicherheitsdirektion Wien bestätigt.

Der erste Entwurf des Mahnmals wich stark vom Konzept des Jahres 1963 ab. Das Konzept einer unüberwindlichen Umzäunung stand jetzt Pate. Die Inschrift in diesem ersten Entwurf lautete: „*IN MEMORIAM KZ WÖLLERSDORF*“ (siehe Anhang 8).¹⁰⁰

Eingereicht wurde die Bauantrag in der Gemeinde Wöllersdorf am 28. Mai 1973, die Bauverhandlung fand am 28. September 1973 statt und die Baubewilligung wurde am 4. Oktober 1973 von der Gemeinde Wöllersdorf erteilt.¹⁰¹

Verantwortlich für die Errichtung des Mahnmals war derselbe Architekt, der schon 1963/64 mit dem Bau beauftragt wurde: Dr. Techn. Dipl. Ing. Arch. Leo Kammel, Wien IX. Den künstlerischen Entwurf zeichnete der Akademische Maler Alfred Kirchner. Die Firma Lang & Menhofer aus Wr. Neustadt errichtete das Mahnmal an der Stelle, an der heute der Kreisverkehr zur Nordspange liegt. Laut dem Zeitzeugen Dr. Johannes Stippel (NR i.R.) kam beim Aufstellen des Mahnmales ein Arbeiter zu Tode (leider gibt es dazu keine weiteren Unterlagen).

Am 10. Februar 1974 hielten Bruno Kreisky, Rosa Jochmann, Otto Probst, Johann Haas (ehemaliger Schutzbundkommandant des Wiener Karl Marx Hofes) und Irmgard Auer (Junge Sozialisten) in der Schwechater Halle in Wr. Neustadt (heute steht an diesem Platz eine Wohnanlage und die NÖ GKK) in Anwesenheit von 3.000 Zuhörern aus ganz Österreich, eine Rede zur Erinnerung an das Anhaltelager an die in den KZs Getöteten und die Gefallenen des Zweiten Weltkrieges.¹⁰² Anschließend führen die Anwesenden in das ehemaligen Areal des Anhaltelagers und Bruno Kreisky, Rosa Jochmann, Rudolfine Muhr und Anton Benya enthüllten das Mahnmal.¹⁰³

Im Jahre 1999, anlässlich der Errichtung der Nordspange Wr. Neustadt von Wöllersdorf nach Theresienfeld (Fertigstellung 30. September 2000), musste das Mahnmal versetzt werden (an diesem Platz befindet sich heute der Kreisverkehr Autobahnauffahrt, Nordspange). Das Mahnmal steht heute gut sichtbar auf einem kleinen Hügel einige Meter von der ursprünglichen Stelle entfernt. Zusätzlich wurde, initiiert durch Dr. Johannes Stippel und den Lokalhis-

¹⁰⁰ Kreisky Archiv, Stand IX.20, Box 48, Entwurf Plan Nr. 3093/1, Ehrenmal Wöllersdorf.

¹⁰¹ Privatarhiv Dr. Johann Stippel, NR. i.R., (2019-10-05).

¹⁰² Kreisky Archiv, I.8. Reden, Bnd.11 (Originalskript).

¹⁰³ Archiv Arbeiter Zeitung, 12. Februar 1974, 2.

toriker und Widerstandskämpfer Karl Flanner (Gründer des Industrieviertelmuseums) ein kleiner Gedenkstein beim Zugang des Mahnmals gesetzt (siehe Abbildungen 9 a-f).¹⁰⁴

Das Mahnmal besteht aus drei Elementen und dem Gedenkstein beim Zugang.

Inschrift linker Teil: *12. Februar 1934*

Den Opfern im Kampf für die Demokratie und Freiheit in Österreich

Inschrift mittlerer Teil: *Mahnmal Februar 1934*

Inschrift rechter Teil: *Nach Zerstörung der Demokratie*

in Österreich am 12. Februar 1934

wurden im Anhaltelager Wöllersdorf

Funktionäre der österreichischen Arbeiterbewegung

wider Recht und Gesetz festgehalten.

Sie büßten hier für ihre aufrechte Gesinnung

und ihre unverbrüchliche Treue zur Demokratie.

Ihre Haltung verpflichtet darauf zu achten

dass in unserer Heimat nie wieder

vom Weg der Demokratie abgewichen wird.

Wöllersdorf 12. Februar 1974

Bemerkung: Eigentlich ist die Inschrift in diesem Teil nicht ganz richtig. Die Demokratie wurde ab dem 4. März 1933 Zug um Zug geschwächt, da nach einer Abstimmungspanne und nach der Niederlegung des Vorsitzes der drei Nationalratspräsidenten, der Nationalrat ohne formale Schließung der Sitzung auseinander ging. Eine neuerliche Einberufung des Nationalrates am 15. März wurde mit Polizeigewalt verhindert. Mit dem Verbot der Parteien, der Zensur, der Ausschaltung des Verfassungsgerichtshofes, der Ausrufung des autoritären Ständestaates in der Trabrennplatzrede und der Anhaltungen in Wöllersdorf wurde die Demokratie mehr und mehr ausgeschaltet. Am 12. Februar 1934 begann der Bürgerkrieg mit dem Aufstand der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei und nach dessen gewaltsamer Niederschlagung durch Polizei und Bundesheer. Es folgte eine massive Verhaftungswelle von Sozialdemokraten und Kommunisten. Endpunkt war die autoritäre ständische Verfassung vom Mai 1934.

¹⁰⁴ Zeitzeuge Dr. Johann Stippel, (2019-10-30).

Die Schwachstelle der Geschäftsordnung des Parlaments wurde erst 1975 repariert: sollten die drei Präsidenten verhindert sein, führt der dienstälteste Abgeordnete den Vorsitz. Sollte auch dieser verhindert sein, folgt jener Abgeordnete, der am zweitlängsten in Dienst steht, usw.¹⁰⁵

Inschrift Gedenkstein (ab 2000): *Anhaltelager Wöllersdorf*
1933 - 1938
Zum Mahnmal

Dieser Gedenkstein wurde bei der Versetzung des Mahnmals im Jahr 2000 durch Dr. Johann Stippel und Karl Flanner gesetzt.

Zum Gedenken werden noch heute jedes Jahr zu Allerheiligen, ein Kranz durch die SPÖ Wr. Neustadt am Mahnmal niedergelegt.

Zusammenfassung der Erinnerungen nach 1945:

Schon bald nach Ende des Zweiten Weltkrieges ist das Anhaltelager in Wöllersdorf kein Thema mehr. Von 1945 bis 1948 wurde noch häufig über das Anhaltelager und Mauthausen geschrieben, danach ist die geringe Anzahl der Nennungen auffällig, was auch in der Graphik 4 verdeutlicht wird. Die Zeitungen der Kommunisten Partei schreiben immer vom „Konzentrationslager Wöllersdorf“ wenn von den Genossen und von „Wöllersdorf“ wenn über ehemalige illegale Nationalsozialisten geschrieben wird.

Ab 1955 wird am häufigsten in der „Arbeiter-Zeitung“ anlässlich von Jahrestagen des Bürgerkrieges geschrieben. Ausnahmen sind die Zeitschriften „Der Neue Mahnruf“, herausgegeben vom „Bundesverband Österreichischer Widerstandskämpfer und Opfer des Faschismus“ und die Zeitschrift „Zeitgeschichte“.

Oft wird auch in Vorträgen und Diskussionen zu „runden“ und „halbrunden“ Jahrestagen an die Diktatur der Zeit zwischen 1933 und 1938 gedacht, vor allem von Historikern des „Institutes für Zeitgeschichte“ der Universität Wien.

Auch das sichtbare Zeichen der Erinnerung, das Mahnmal im ehemaligen Areal des Anhaltelagers in Wöllersdorf, hat eine holprige Entstehungsgeschichte.

Die Idee zum Mahnmal wurde geboren, weil die Kommunistische Partei 1963 einen Gedenkstein errichten wollte und der damalige Vorsitzende der SPÖ daraufhin den Anstoß zum Bau des Mahnmals gab. Lange Diskussionen über den Standort (geplant war die Errichtung bei der

¹⁰⁵ Rechtinformation des Bundes. Staats- und Bundesgesetzblatt 1945 - 2003. BGBl 410/1975 (29. Juli 1975), online unter <https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblPdf/1975_410_0/1975_410_0.pdf> (2020-01-18).

Autobahn, sichtbar für den Vorbeifahrenden) mit dem (nicht klaren) Grundeigentümer verzögerte die Entscheidung um über ein Jahr, bis schlussendlich eine Stelle im ehemaligen Areal mit der Gemeinde Wien (MA 31) fixiert wurde.

Erste Entwürfe zeigten ein Mahnmal mit der Aufschrift „KZ Wöllersdorf“, die aber von Landespartei sekretär sofort abgeändert wurde. Die meisten Teilorganisationen der SPÖ (ÖGB, Landespartei, Freiheitskämpfer, Bezirksorganisationen) beteiligten sich an der Finanzierung. Nach Problemen bei der Findung eines geeigneten Grundstückes, wurde erst 1973 die Idee wieder aufgenommen und ein Verein „Mahnmal Februar 1934“ mit hochrangigen Vertretern der SPÖ gegründet. Derselbe Architekt wie schon 1963 und ein Künstler entwarfen einen „stilisierten Zaun“ mit der Aufschrift „In Memoriam KZ Wöllersdorf“, die ebenfalls geändert wurde.

Am 10. Februar 1974 wurde das Mahnmal schließlich durch Bundeskanzler Dr. Bruno Kreisky enthüllt. Im Jahre 2000 wurde das Mahnmal wegen dem Bau einer Umfahrung um einige Meter versetzt und ist nun deutlich sichtbar, wenn man von der Autobahn Richtung Wr. Neustadt fährt.

8. CONCLUSIO

Die Frage für diese Arbeit lautete in Kapitel 4.3 wie die Presse über Wöllersdorf berichtete?

Nach der Analyse kann folgender Schluss gezogen werden:

Es ist nicht deutlich erkennbar, welche Zeitungen dem Dollfuß Regime gegenüber positiv oder negativ eingestellt waren, da durch die Vorgaben der Zensur die Meinungsfreiheit verhindert oder sehr stark eingeschränkt wurde. Natürlich waren sozialistische und kommunistische Zeitungen kritisch eingestellt, es war aber durch die Zensur nicht möglich, diese Meinung öffentlich zu publizieren. Erst in der Illegalität (Druck der „Arbeiter-Zeitung“ und der „Rote Fahne“ außerhalb von Österreich und schmuggeln der Drucke in das Land) entsteht das Aufzeigen von Missständen.

Durch die verwendete Methode der Metaphernanalyse kommt sehr deutlich heraus, dass trotz der unterschiedlichen politischen Ausrichtung der einzelnen Zeitungen, die Kategorien zwar unterschiedlich sind, aber das Konzept und die Aussagen der politischen Ausrichtung folgen. So schreibt die sozialistische „Arbeiter Zeitung“ und die kommunistische Zeitung „Die Rote Fahne“ immer von **Bedrohung und Verlust der Freiheit.**

Die „Neue Freie Presse“, die im mehrheitlichen Aktienbesitz der Regierung ist, folgte in Zusammenhang von Verhaftungen und Anhaltungen nur der Regierungsvorgabe. Daher ist das Konzept sehr knapp gefasst, es gibt nur **schuldige Gegner und Feinde.** Das ist innerhalb der Beiträge daran erkennbar, da die Verhafteten meist in Verbindung zu den gegnerischen Parteien genannt wurden und im Falle der Sozialisten und Kommunisten fast nie der Verhaftungsgrund genannt wurde. Anders sah es bei Verhaftungen von Nationalsozialisten aus, hier wurden meist Sprengstoffanschläge, Verdacht auf Anschläge oder Beihilfe genannt, der Verhaftungsgrund war fast immer ersichtlich. Auffällig in dieser Zeitung ist weiter, dass über Wöllersdorf immer nur in Verbindung mit Verhaftungen geschrieben wurde, es aber sonst keine Hinweise auf die Haftbedingungen (auch wenn sie als gut beschrieben werden könnten) gab und auch keine Informationen zur Bewachung vorhanden sind.

Vergleicht man die Metaphern der Trabrennplatzrede mit den Zeitungen, werden sehr wohl Parallelen erkennbar. Dollfuß lässt schon das Konzept erkennen, dass **Österreich in Gefahr** ist, er **der Gefahr trotzen** und **eine Lösung finden** und anschließend das **Land wieder aufbauen** will.

Das unabhängige Wochenblatt „Triestingtaler und Piestingtaler Wochenblatt“ folgte dem Konzept, das dem der Regierung und deren Vorgaben folgt: **die Gefahr erkennen, die Gefahr bannen.**

Überraschend war für mich, dass in der monatlichen sozialdemokratischen Ausgabe „Der Kampf“ nie Bezug auf Wöllersdorf genommen wurde, weder in Wien noch in den Ausgaben aus Teplitz Schönau oder Paris.

Im „Österreichischer Beobachter“, der Zeitschrift der Illegalen Nationalsozialisten, wird generell schwarz/ weiß geschrieben. Der **Gegner ist vertrauensunwürdig** und nur die **NSDAP setzt sich für die Bürger** ein. Nach dem Anschluss Österreichs an das nationalsozialistische Deutschland, wird das „alte System“ schlecht gemacht, nur die Illegalen hätten durch „Leid und Tapferkeit“ zur Erlösung Österreichs beigetragen. Wie in der Metaphernanalyse der Rede von Gauleiter Bürckel in Wöllersdorf (Kapitel 5.3) herausgearbeitet wurde, ist das das Narrativ der Nationalsozialisten. **Die NSDAP sei die Rettung Österreichs.**

Gleichzeitig mit dem Anschluss ist eine Gleichschaltung der Presse bemerkbar. Am Beispiel von „Wöllersdorf brennt“ und „Trutzburg Wöllersdorf“ sind die Schlagzeilen und der sinn- gemäße Inhalt in allen Zeitungen gleich. Oft sind die Schlagzeilen wortgleich. In der Übersicht im Kapitel 6.9 ist deutlich ersichtlich, wie schnell diese Gleichschaltung von statten ging.

Auch die These in Kapitel 4.4 kann bestätigt werden. Die regierungsnahen und offiziellen Zeitungen berichten nur, dass die Regierung so handeln muss um Ruhe im Lande zu gewährleisten. Die Kontinuität dieser Berichterstattung bleibt bis zum Ende Österreichs bestehen. Brüche zeigen sich in der illegalen Presse. Schrieben sie in der Zensur nur nach Vorgaben, wird es in der Illegalität in Brünn und Paris kritischer und offener, aber nicht sehr polemisch. Ganz im Gegensatz zu der illegalen Zeitschrift der NSDAP („Österreichischer Beobachter“), die von Anfang an die Regierung als Unheilsbringer dargestellt und nur die NSDAP Österreich retten kann.

9. ANHANG

Kriegswirtschaftliches Ermächtigungsgesetz (KwEG):

Dieses wird am 10. Juli 1917 Im Parlament beschlossen und am 24. 7. 1917 (RGBl. Nummer 307) veröffentlicht. Am 1. Okt. 1920 im §7 Abs. 2 des Verfassungsgesetzes vom 1. Oktober 1920 bestätigt. Es wurde erst durch das Bundesverfassungsgesetz vom 25. 7. 1946 (Bundesgesetzblatt Nummer 143) aufgehoben¹⁰⁶

Die Regierung wird ermächtigt, während der Dauer der durch den Krieg hervorgerufenen außerordentlichen Verhältnisse durch Verordnung die notwendigen Verfügungen zur Förderung und Wiederaufrichtung des wirtschaftlichen Lebens, zur Abwehr wirtschaftlicher Schädigung und zur Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln und anderer Bedarfsgegenstände zu treffen.

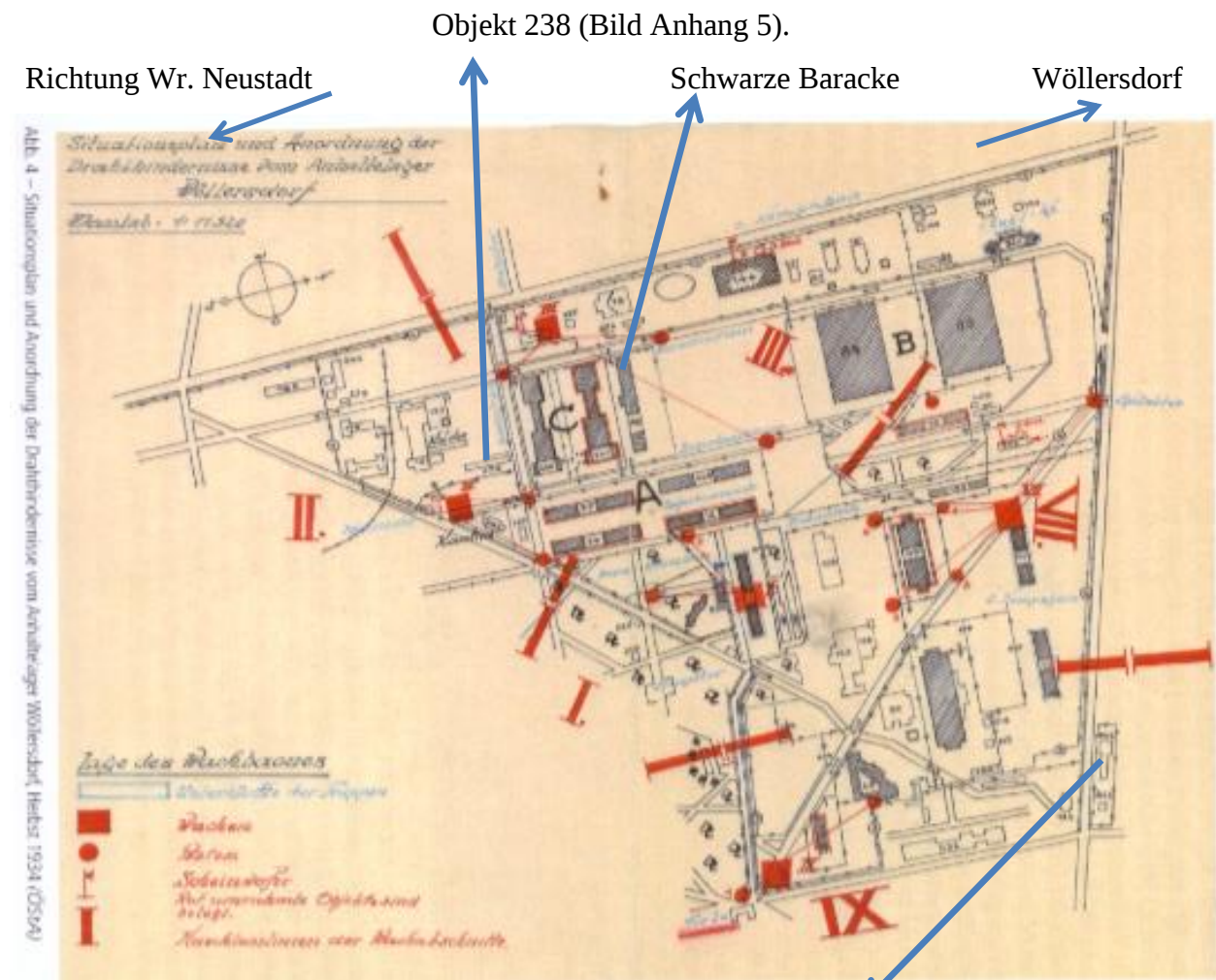
Anhaltelager Verordnung vom 23. Sept. 1933



Anhang 1

¹⁰⁶Gerhard Wurzing, Austria Forum. Kriegswirtschaftliches Ermächtigungsgesetz, online unter <https://austria-forum.org/af/AEIOU/Kriegswirtschaftliches_Ermächtigungsgesetz> (2018-03-23).

Anhaltelager (Situationsplan, Lage der Baracken) ¹⁰⁷



Anhang 2:

Objekt 862: Baracke in der am 17. Oktober 1934 die ersten Angehaltenen untergebracht wurden.



Anhang 3: Quelle: Objekt im Heeresgeschichtlichen Museum. Gedenktafel wurde vom Justizministerium an das HGM übergeben. (Foto: Franz Gehringer, 13. Juli 2018).

¹⁰⁷ Quelle: Pia Schölnberger, Das Anhaltelager Wöllersdorf 1933-1938. Strukturen-Brüche-Erinnerungen. (Wien 2015), 113.

Länderweise Zusammenstellung sämtlicher ha. bekannten am Juliputsch beteiligten bzw. der Beteiligung verdächtigen öffentl. Bediensteten

Kategorien	Wien				Nieder- österreich				Ober- österreich				Salzburg				Steiermark				Kärnten				Tirol				Vorarlberg				Burgenland			
	hievon			Sonst.	hievon			Sonst.	hievon			Sonst.	hievon			Sonst.	hievon			Sonst.	hievon			Sonst.	hievon			Sonst.	hievon			Sonst.				
	In Evidenz	120	52		In Evidenz	120	52		In Evidenz	120	52		In Evidenz	120	52		In Evidenz	120	52		In Evidenz	120	52		In Evidenz	120	52		In Evidenz	120	52		In Evidenz	120	52	In Evidenz
Bundesbedienstete:																																				
a) aktiv	40	23	1	5 flüch- tig 9 MGH	5	4			10	8	1		1	1			32	27			21	14	4 ent- lassen						1							
b) i. R.	1	1			1	1			1				3				9				3		1 flüch- tig					1								
Bundesbahnbe- dienstete:																							1 ent- lassen													
a) aktiv									1	1							7	6			10	9														
b) i. R.																	2				5															
Landesbedienstete:																																				
a) aktiv																	3	2	1 ent- lassen		5	5			1	1										
b) Lehrpersonen									1	1			2	2			32	28	1		78	77														
c) Ärzte (Tierärzte)					2	2							7	7			22	17	1 ent- lassen		6	6											3	3		
d) Pensionisten													3				1				2															
Sonstige					1	1							3	2			5	1			8	4														
Summe	41	23	2		9	6	2		13	10	1		19	12			113	81	1		138	115			1	1			2			3	3			

Gesamtsumme: In Evidenz: 339*)
 120 = Dienstenthebung: 251
 52 = Amts- und Pensionsverbot: 6

*) die weder nach Vdg. 120 noch 52 behandelten bestehen aus:
 a) im kurzen Weg Entlassenen
 b) Flüchtigen
 c) Ruheständlern
 d) dem Mil. Ger. Hof Unterstellten

Wien, am 28. August 1934

Anhang 4: Quelle: Österreichisches Staatsarchiv, Ministerratsprotokolle, Beilage zum Ministerratsprotokoll 963 vom 28. August 1934.

Diese Übersicht wird vom Bundeskommissär für Personalangelegenheiten Dr. Fleisch im Ministerrat bei Bedarf vorgelegt.



Anhang 5:

Foto: Franz Gehringer, 26. November 2018

Gebäude 238 im Anhaltelager, heute im Areal der Firma „MABA Fertigteilindustrie“. Die Nummer ist von der Zufahrtsstraße zum Verwaltungsgebäude der MA 31 (Wiener Wasser-

werke) sichtbar, die Ziffern 2 und 8 fehlen, sind aber in der Kontur an der Wand noch erkennbar.

Gegenüber dieser Wand lagen die Baracken 236 und 141. In deren Nachbarschaft stand die Baracke 143, in der sich am 18. September 1918 eine Explosion die ca.500 Menschen tötete. An der Stelle der Baracke 143 wurde das Objekt Nr. 78, die sogenannte "Schwarze Baracke", errichtet¹⁰⁸, die am 2. April 1938 unter großer Propagandainszenierung von den Nationalsozialisten abgebrannt wurde.

Oft wird die abgebrannte Baracke mit dem Gebäude 84 identifiziert (Lokalhistoriker, Pia Schölnberger), was aber nicht stimmen kann, da auf einer Luftbildaufnahme vom 23. März 1945¹⁰⁹ die Objekte 236, 141, 84 und 85 eindeutig erkennbar sind, nicht aber die Baracke, die an der Stelle des Objektes 143 erbaut wurde (diese Luftaufnahme kann aus urheberrechtlichen Gründen nicht angehängt werden). Auch berichtet "Der Landbote" in seiner Ausgabe vom 9. April 1938 "auf einem Feld vor der berühmten schwarzen Baracke stand das Rednerpult". Eine größere Fläche existierte zwischen der „Schwarzen Baracke“ und der Baracke 84. Als Indiz meiner These betrachte ich die Luftaufnahme vom 23. März 1945. Möglicherweise stammt diese falsche Annahme aus Zeitungsberichten, die vom Niederbrennen der Baracke 84 berichteten.¹¹⁰

Wichtigstes Indiz meiner Aussage ist das Foto unten (Anhang 6): zu sehen ist das Objekt, das niedergebrannt wurde. Auf dem Gebäude dahinter ist deutlich die Ziffer „141“ zu sehen (die Barackennummer) und davor ein großer freier Platz (auf dem die Baracke 143 stand). Dieses Foto beweist, dass die „Schwarze Baracke“ das Objekt mit der Nummer 78 war.



Anhang 6:

¹⁰⁸ Österreichische Nationalbibliothek, ANNO. Illustrierte Kronen-Zeitung, Ausgabe Nr. 13.891, Dienstag 20. September 1938, 9, online unter < <http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=krz&datum=19380920&seite=9&zoom=33>> (2019-06-06).

¹⁰⁹ Pia Schölnberger, Das Anhaltelager Wöllersdorf 1933 - 1938, 342.

¹¹⁰ Österreichische Nationalbibliothek, ANNO: Das interessante Blatt, 7. April 1938, 5, online unter < <http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=dib&datum=19380407&seite=5&zoom=33>> (2019-12-10).

Quelle: ÖNB ANNO, Salzburger Chronik für Stadt und Land. Bericht vom 8. April 1938 S. 3.

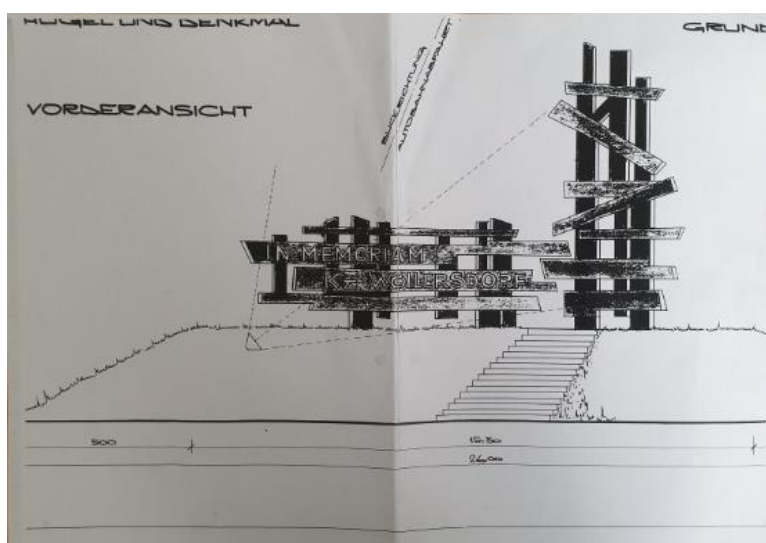


Anhang 7a, b: Erster Entwurf zum Standort und Mahnmal Wöllersdorf.

Die Inschrift lautet: „KZ WÖLLERSDORF“.

Quelle: Kreisky Archiv, Stand IX.20, Sozialistische Bildungszentrale (SBZ), Box Nr. 48: Feiern, Mahnmale (Wöllersdorf), Habsburg, NÖ1933/34, Scharf. Mappe: Wöllersdorf.

Die Inschrift lautet: „KZ WÖLLERSDORF“.



Anhang 8: Ausschnitt aus dem ersten Entwurf aus dem Jahre 1973.

Die Inschrift lautet: „IN MEMORIAM KZ WÖLLERSDORF“.

Quelle: Privatarhiv Dr. Johann Stippel

Informationen zu den Fotos Anhang 9 a-f:

(Quelle: Privatfotos von Franz Gehringer).

Anhang 9 a: Gesamtanlage des Mahnmals, im Vordergrund ist der Gedenkstein, der im Jahr 2000 durch NR i. R. Dr. Johann Stippel und Karl Flanner gesetzt wurde.

Anhang 9 b: Sicht auf die 3er Anordnung des Mahnmals auf der Erhebung.

Anhang 9 c, d: Rechter und mittlerer Teil des Mahnmals

Anhang 9 e: linker Teil des Mahnmals.

Anhang 9 f: Seitenansicht des mittleren Teiles. Der Name "A. Kirchner" verweist auf den Künstler, der das Mahnmal entworfen hat.



Anhang 9 a



Anhang 9 b



Anhang 9 c



Anhang 9 d



Anhang 9 e



Anhang 9 f



Anhang 10: Dollfuß bei der Trabrennplatzrede.

Quelle: Österreichische Nationalbibliothek, Bildarchiv Austria, Bundeskanzler Engelbert Dollfuß, 11. 09. 1933, online unter <http://www.bildarchivaustria.at/Pages/Image-Detail.aspx?p_iBildID=14694595> (2020-01-25).



Anhang 11:

Das Kruckenkreuz als Orden wurde ab 4. November 1922 auf dem „Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik“ verliehen. Hier der Orden, verliehen an Emil Fey am 16. Dezember 1922.

Quelle: Heeresgeschichtliches Museum Wien.

Foto: Franz Gehringer, 13. Juli 2018.

10. ABSTRACT

Ziel dieser Masterarbeit war es, eine Analyse der Zeitungsberichte zu dem Anhaltelager Wöllersdorf vom Entstehen 1933 bis zur Auflösung 1938 zu erstellen. Es wurden fünf ausgewählte Zeitungen (legale und illegale) für eine Metaphernanalyse herangezogen. Im Vergleich zu den Zeitungen wurde auch eine Metaphernanalyse zu der Trabrennplatzrede von Engelbert Dollfuß und der Rede von Gauleiter Bürckel in Wöllersdorf durchgeführt.

Obwohl beiden Reden ähnlichen im Aufbau sind, betont Engelbert Dollfuß die glorreiche Kultur (Bau Stephansdom) und Vergangenheit Wiens (Türkenbelagerung) und den Glauben an Gott mit dessen Hilfe er den Staat retten will. Josef Bürckel betont das Leiden der illegalen Nationalsozialisten, den tiefen Glauben an das Reich und den Führer und der Adelung der Verfolgten durch ihn.

In legalen Zeitungsartikeln werden nur der Zensur genehme Formulierungen gewählt, ganz im Gegensatz zu den meisten illegalen Zeitungen. Gerade die „Arbeiter-Zeitung“ erwähnt sehr oft die Zustände in Wöllersdorf, während „Der Kampf“ und „Die Rote Fahne“ überraschenderweise nichts darüber schreiben. Auch wird die Gleichschaltung der Presse nach dem Anschluss 1938 beleuchtet.

Bei der Entstehung und Umsetzung der Anhaltelager und zu den Verordnungen der Dollfuß Regierung gab es massive Widerstände innerhalb der Regierung und von außerhalb. Anhand der Ministerratsprotokolle und der Rathauskorrespondenz sind diese aufgezeigt.

Wird am Beginn der Arbeit die Entstehung der Lager beschrieben, endet sie mit der Erinnerung an das Anhaltelager in Wöllersdorf. Von der Gründung des Raketendörfel bis zur langen Geschichte der Entstehung des Mahnmales und immer selteneren Erinnerungen an das Anhaltelager in den Zeitungen.

11. QUELLENVERZEICHNIS

11.1 Literatur

Werner *Anzenberger*, Heimo *Halbrainer* (Hg.), „Unrecht im Sinne des Rechtsstaates“. Die Steiermark im Austrofaschismus. (Graz 2014).

Kurt *Bauer*, Zum Entstehen der Anhaltelager in Österreich 1933/34. In: 7. Österreichischer Zeitgeschichtetag 2008 1968 - Vorgeschichten - Folgen; Bestandsaufnahme der österreichischen Zeitgeschichte Ingrid Böhler; Eva Pfanzelter, Thomas Spielbüchler, Rolf Steininger (Hrsg.) (2008).

Zygmunt *Bauman*, Das Jahrhundert der Lager? In: Mihran Dabag/Kristin Platt (Hg.), Genozid und Moderne, Bd.1: Strukturen kollektiver Gewalt im 20. Jahrhundert. (Opladen 1998).

Mihran *Dabag*, Kristin *Platt*, Verlust und Vermächtnis. Überlebende des Genozids an den Armeniern erinnern sich. (Paderborn 2015).

Jörg *Ganzenmüller* (Hg), Raphael *Utz* (Hg), Orte der Shoa in Polen: Gedenkstätten zwischen Mahnmal und Museum. (Böhlau Verlag, Köln, Weimar, Wien 2016).

Walter *Göhring*, Brigitte *Pellar*, Anpassung und Widerstand. Arbeiterkammern und Gewerkschaften im österreichischen Ständestaat. (Wien 2001).

Karl Ludolf *Hübener*, Illegale Österreichische Presse von 1933 bis 1938. Dissertation Universität Wien 1969.

Christoph *Jahr*, Jens *Thiel* (Hg), Lager vor Auschwitz. Gewalt und Integration im 20. Jahrhundert. (Metropol 2013).

Joël *Kotek*, Pierre *Rigoulot*, Das Jahrhundert der Lager. Gefangenschaft, Zwangsarbeit, Vernichtung. (Propylen Verlag, Berlin/München 2001).

Jan *Kruse*, Kay *Biesel*, Christian *Schmieder*, Metaphernanalyse. Ein rekonstruktiver Ansatz. (VS Verlag, Wiesbaden 2011).

Christian *Lackner*, Brigitte *Mazohl*, Walter *Pohl*, Oliver *Ratkolb*, Thomas *Winkelbauer* (Hg), Geschichte Österreichs. Philipp Reclam, (Stuttgart 2015).

Gabriele *Lotfi*, KZ der Gestapo. Arbeitserziehungslager im Dritten Reich. (Stuttgart, München 2000).

Harald *Lönnecker*, Die Versammlung der „besseren Nationalsozialisten“? Der Völkische Waffenring (VWR) zwischen Antisemitismus und korporativem Elitarismus. In: burschenschaftsgeschichte.de. (2003).

Klaus-Dieter *Mulley* (Hg), Hans *Leopold*, , Geschoße-Skandale-Stacheldraht. Arbeiterschaft und Rüstungsindustrie in Wöllersdorf, Enzesfeld und Hirtenberg. Eigenverlag der Gewerkschaft der Eisenbahner, Ortsgruppe Ebenfurth Pottendorfer Linie. (Ebenfurth 1999).

Norman M. *Naimark*, Flammender Hass. Ethnische Säuberungen im 20. Jahrhundert. (C.H.Beck Verlag, Bonn 2009).

Cord *Pagenstecher*, Arbeiterziehungslager. In: Wolfgang *Benz* (Hg), Barbara *Distel* (Hg), Der Ort des Terrors. Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager, Band 9. (Verlag C.H.Beck, München 2009).

Hugo *Portisch*, Österreich I. Die unterschätzte Republik, (Wien 1989).

Oliver *Ratkolb*, The Austrian Voter in Historical Perspective, in: Günther *Bischof* (Hg), Fritz *Plasser*, The Changing Austrian Voter. Contemporary Austrian Studies, Vol. XVI (2008).

Pia *Schölnberger*, Das Anhaltelager Wöllersdorf 1933-1938. Strukturen-Brüche-Erinnerungen. (Wien 2015).

Eva-Maria *Sedlak*, Politische Sanktionen gegen öffentliche Bedienstete im österreichischen Ständestaat“. Diss. der Uni Wien, Wien 2004.

Emmerich *Talos*, Wolfgang *Neugebauer* (Hg.), Austrofaschismus. Politik-Ökonomie-Kultur 1933-1938), 7.Auflage. (Wien, Berlin 2014).

Wilhelm J. *Wagner*, Bildatlas der österreichischen Zeitgeschichte 1918-1938.
(Wien/Köln/Weimar 2007).

Helmut *Wohnout*, Zwischen Ständestaat und Austrofaschismus. Anmerkungen zur österreichischen Kanzlerdiktatur 1933/34-1938. In: Werner *Anzenberger*, Heimo *Halbrainer* (Hg.), „Unrecht im Sinne des Rechtsstaates“. Die Steiermark im Austrofaschismus. CLIO, Graz 2014).

11.2 Archive

Kreisky Archiv, Stand IX.20, Sozialistische Bildungszentrale (SBZ), Box Nr. 48.

Österreichisches Staatsarchiv (ÖStA), Ministerratsprotokolle der Regierung Dollfuß und Schuschnigg.

Wienbibliothek im Rathaus, Rathauskorrespondenz.

Privatarchiv NR. i. R. Dr. Johann Stippel

11.3 Internetquellen

Abkommen betreffend der Gesetze und Gebräuche des Landkrieges (Haager Langkriegsordnung), online unter <https://www.1000dokumente.de/pdf/dok_0201_haa_de.pdf>.

Der Bundesrat. Das Portal der Schweizer Regierung, online unter <<https://www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/19490188/index.html#app3ahref0>> .

Österreichische Nationalbibliothek, ANNO, Historische Österreichische Zeitungen und Zeitschriften, online unter < <http://anno.onb.ac.at/>>.

Österreichische Nationalbibliothek, ANNO: Das interessante Blatt, 7. April 1938, 5, online unter <<http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=dib&datum=19380407&seite=5&zoom=33>>.

Österreichische Nationalbibliothek, ANNO. Illustrierte Kronen-Zeitung, Ausgabe Nr. 13.891, Dienstag 20. September 1938, 9, online unter < <http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=krz&datum=19380920&seite%20=9&zoom=33>>.

Österreichische Nationalbibliothek, ANNO, Historische Österreichische Zeitungen und Zeitschriften, Salzburger Chronik, 8. März 1933, 1, online unter <<http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=sch&datum=19330308&zoom=33>>.

Österreichische Nationalbibliothek, ANNO, Neuen Freien Presse, online unter <http://anno.onb.ac.at/info/nfp_info.htm>.

Verein der Geschichte der Arbeiterbewegung (VGA), Archiv Arbeiter-Zeitung, online unter <<http://www.arbeiter-zeitung.at>>.

Gerhard Wurzinger, Austria Forum. Kriegswirtschaftliches Ermächtigungsgesetz, online unter <https://austria-forum.org/af/AEIOU/Kriegswirtschaftliches_Erm%C3%A4chtigungsgesetz>.

Ingeborg Schinnerl, Austria Forum, Neue Freie Presse, online unter <https://austria-forum.org/af/AEIOU/Neue_Freie_Presse>.

Austria Forum, online unter <https://austria-forum.org/af/AustriaWiki/Selbstausschaltung_des_Parlaments>.

Peter Diem, Orden und Ehrenzeichen - einst und heute. Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich - Erste Republik, online unter <https://austria-forum.org/af/Wissenssammlungen/Symbole/Orden_und_Ehrenzeichen>.

Österreichische Nationalbibliothek, Bildarchiv Austria, Bundeskanzler Engelbert Dollfuß, 11. 09. 1933, online unter <http://www.bildarchivaustria.at/Pages/Image_Detail.aspx?p_iBildID=14694595>.

Der Standard (20. 7. 2017), online unter <<https://www.derstandard.at/story/2000061591674/sozialdemokratischer-fraktionsvorsitzender-kurz-will-aus-lampedusa-ein-anhaltelager-machen>>.

Oliver Rathkolb, Demokratiehistorische Anmerkungen zum geteilten Erinnerungsort „4. März 1933“: Beginn der Ausschaltung des demokratischen Parlamentarismus durch Engelbert Dollfuß. Demokratiezentrum Wien, online unter <http://www.demokratiezentrum.org/fileadmin/media/pdf/rathkolb_4_maerz_1933.pdf>.

DeuFraMat, Krieg und Aussöhnung, Französische Zwangsarbeiter in Deutschland, KZ Häftlinge, online unter <<http://www.deuframat.de/konflikte/krieg-und-aussoehnung/franzoesische-zwangsarbeiter-in-deutschland-1940-45/kz-haeftlinge.html>>.

Valle de los Caidos, online unter <https://de.wikipedia.org/wiki/Valle_de_los_Ca%C3%ADdos>.

Rainer Nowak, Die Presse. Bürgerkrieg: „Es war eine Diktatur“. Punkt., online unter <<https://www.diepresse.com/523335/buergerkrieg-es-war-eine-diktatur-punkt>>.

Bibliographisches Institut GmbH, online unter <<https://www.duden.de/rechtschreibung/Metapher>>.

Hans Schafranek, Oberösterreichische Landesregierung, ÖLA SS-Biographien, online unter <<https://e-gov.ooe.gv.at/bgdfiles/p6555/Fellner2.pdf>>.

Felix *Czeike*, Wien, Wiener Stadt- und Landesarchiv. Wien Geschichte Wiki. Arbeiterzeitung, online unter <<https://www.geschichtewiki.wien.gv.at/Arbeiterzeitung>>.

Wien Geschichte Wiki, Lager in Wien, online unter <https://www.geschichtewiki.wien.gv.at/Lager_in_Wien>.

Felix *Czeike*, Wien, Wiener Stadt- und Landesarchiv. Wien Geschichte Wiki. Neue Freie Presse, online unter <https://www.geschichtewiki.wien.gv.at/Neue_Freie_Presse>.

Internationales Bildungs- und Begegnungswerk GmbH, Dortmund. Wanderausstellung „Vernichtungsort Maly Trostenez. Geschichte und Erinnerung. Online unter <<https://ibb-d.de/wanderausstellung-vernichtungsort-maly-trostenez-geschichte-und-erinnerung-ist-ab-4-dezember-in-der-kongresshalle-in-giessen-zu-sehen/>>.

Martin *Erian*, Die Rote Fahne, online unter <<https://litkult1920er.aau.at/litkult-lexikon/die-rote-fahne/>>.

Mauthause Komitee Österreich, online unter <<https://www.mauthausen-guides.at/aussenlager-des-kz-mauthausen/orte-ehemaliger-aussenlager>>.

Österreichische Mediathek, Audiovisuelles Archiv, Online Archiv, Sitzung des NÖ Landtages vom 30. 10. 1934, online unter <<https://www.mediathek.at/akustische-chronik/suche/detail/atom/136BC08D-0DA-02D28-00000904-136AFAF1/pool/BWEB/>>.

Sebastian *Barzel*, Münzen, Medaillen, Banknoten, online unter <https://www.muenzen12.de/umlaufmuenzen-west-europa/oesterreich_1923_bis_1938.php>.

Rechtinformation des Bundes. Staats- und Bundesgesetzblatt 1945 - 2003. BGBl 410/1975 (29. Juli 1975), online unter <https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblPdf/1975_410_0/1975_410_0.pdf>.

Silvia *Dallinger*, Katholikentag und Staatliche Türkenbefreiungsfeier, online unter <<https://www.tuerkengedaechtnis.oeaw.ac.at/feierlichkeit/allgemeiner-deutscher-katholikentag-7-12-september-1933/>>.

Justus Liebig Universität Giessen, Erinnerungsort Malyj Trostenez. Geschichte und Erinnerung, online unter <<https://www.uni-giessen.de/ueber-uns/veranstaltungen/ausstellungen/Vernichtungsort%20Malyj%20Trostenez>>.

Verordnung der Bundesregierung vom 24. April 1934 über die Verfassung des Bundesstaates Österreich B.G.Bl. 1934 I. Nr. 239, online unter <<https://www.verfassungen.at/at34-38/index34.htm>>.

Johann Heinrich *Zedler*, Großes vollständiges Universal-Lexicon aller Wissenschaften und Künste, online unter: <<https://www.zedler-lexikon.de/index.html?c=blaettern&id=151600&bandnummer=16&seitenzahl=0123&supplement=0&dateiformat=1%27>>.